

Europäische
Kommission



LAGE DER UNION 2023

KOMMISSION
VON DER LEYEN

Lage der Union 2023 – Kommission von der Leyen

Europäische Kommission
Generaldirektion Kommunikation
1049 Brüssel
BELGIEN

Print ISBN 978-92-68-05617-2 doi:10.2775/731703 NA-09-23-325-DE-C
PDF ISBN 978-92-68-05620-2 doi:10.2775/634600 NA-09-23-325-DE-N

Die Kommission haftet nicht für die Folgen, die sich aus der Weiterverwendung dieser Veröffentlichung ergeben.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2023.



© Europäische Union, 2023

Die Weiterverwendung von Dokumenten der Europäischen Kommission ist durch den Beschluss 2011/833/EU der Kommission vom 12. Dezember 2011 über die Weiterverwendung von Kommissionsdokumenten (ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 39) geregelt. Sofern nichts anderes angegeben ist, wird dieses Dokument zu den Bedingungen einer Lizenz Creative Commons 4.0 International (CC BY 4.0) (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>) zur Verfügung gestellt. Das bedeutet, dass die Weiterverwendung zulässig ist, sofern die Quelle ordnungsgemäß genannt wird und etwaige Änderungen angegeben werden.

Für jede Verwendung oder Wiedergabe von Elementen, die nicht Eigentum der EU sind, muss gegebenenfalls direkt bei den jeweiligen Rechteinhabern eine Genehmigung eingeholt werden.

QUELLENANGABEN

Alle Fotos: © Europäische Union, sofern nicht anders angegeben.

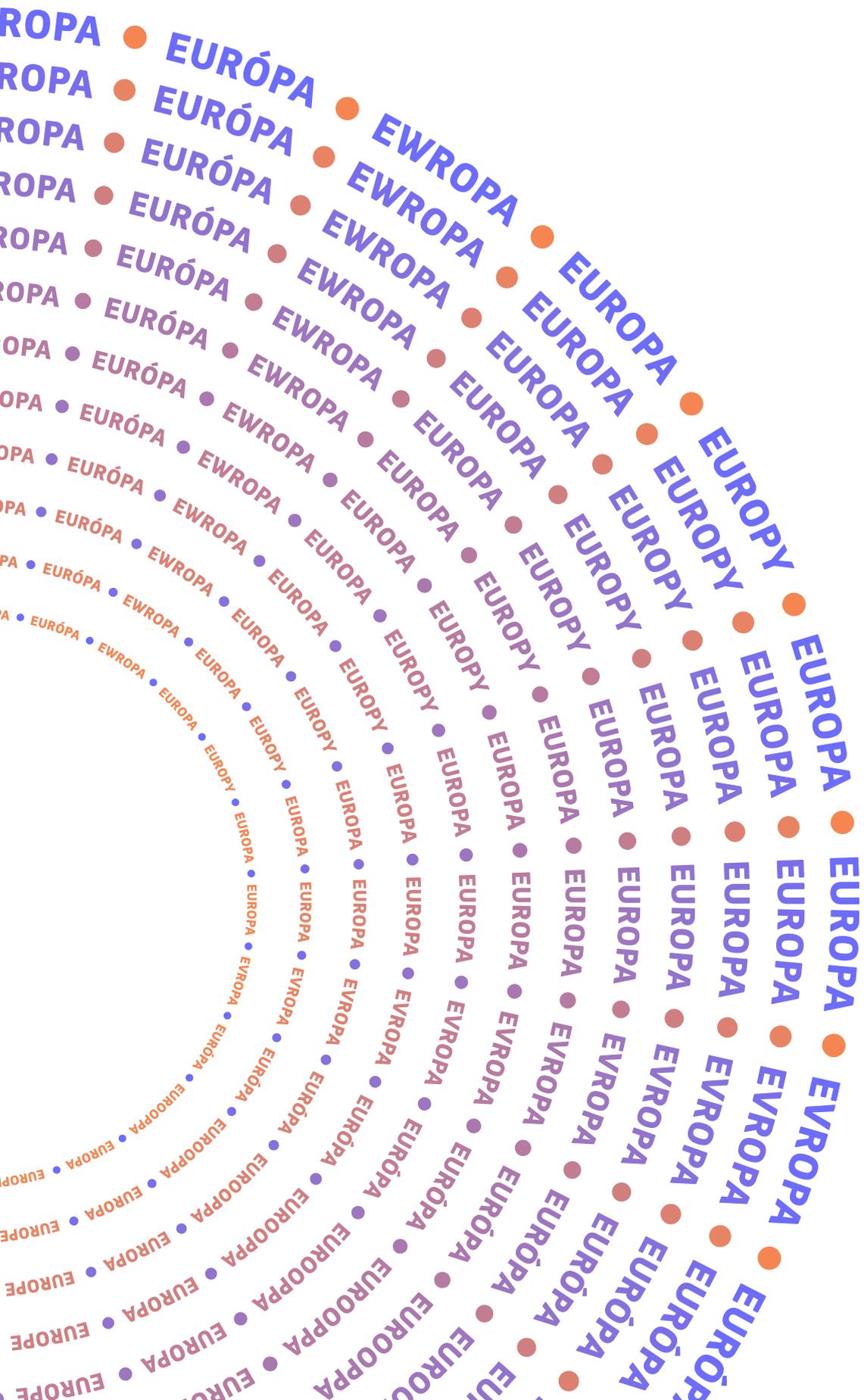
Vorbemerkung

Jedes Jahr im September hält die Präsidentin oder der Präsident der Europäischen Kommission vor dem Europäischen Parlament eine Rede zur Lage der Union, in der Bilanz der Arbeit des vorangegangenen Jahres gezogen und ein Ausblick auf die Prioritäten des kommenden Jahres gegeben werden. Darin wird auch dargelegt, wie die Europäische Kommission die drängendsten Probleme in der Europäischen Union angehen will. Im Anschluss an die Rede findet eine Aussprache im Parlament statt. Die Rede bildet den Auftakt für den Dialog zwischen Europäischem Parlament und Rat über das Arbeitsprogramm der Kommission für das folgende Jahr.

Die Rede zur Lage der Union hat ihren Ursprung im Vertrag von Lissabon und ist Teil der Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2010, die zudem verlangt, dass sich die Präsidentin oder der Präsident in einer Absichtserklärung an die Präsidentin oder den Präsidenten des Europäischen Parlaments und den amtierenden Ratsvorsitz wendet und darin einen detaillierten Überblick über die gesetzlichen und sonstigen Maßnahmen und Initiativen gibt, die die Europäische Kommission bis zum Ende des darauffolgenden Jahres durchführen will.

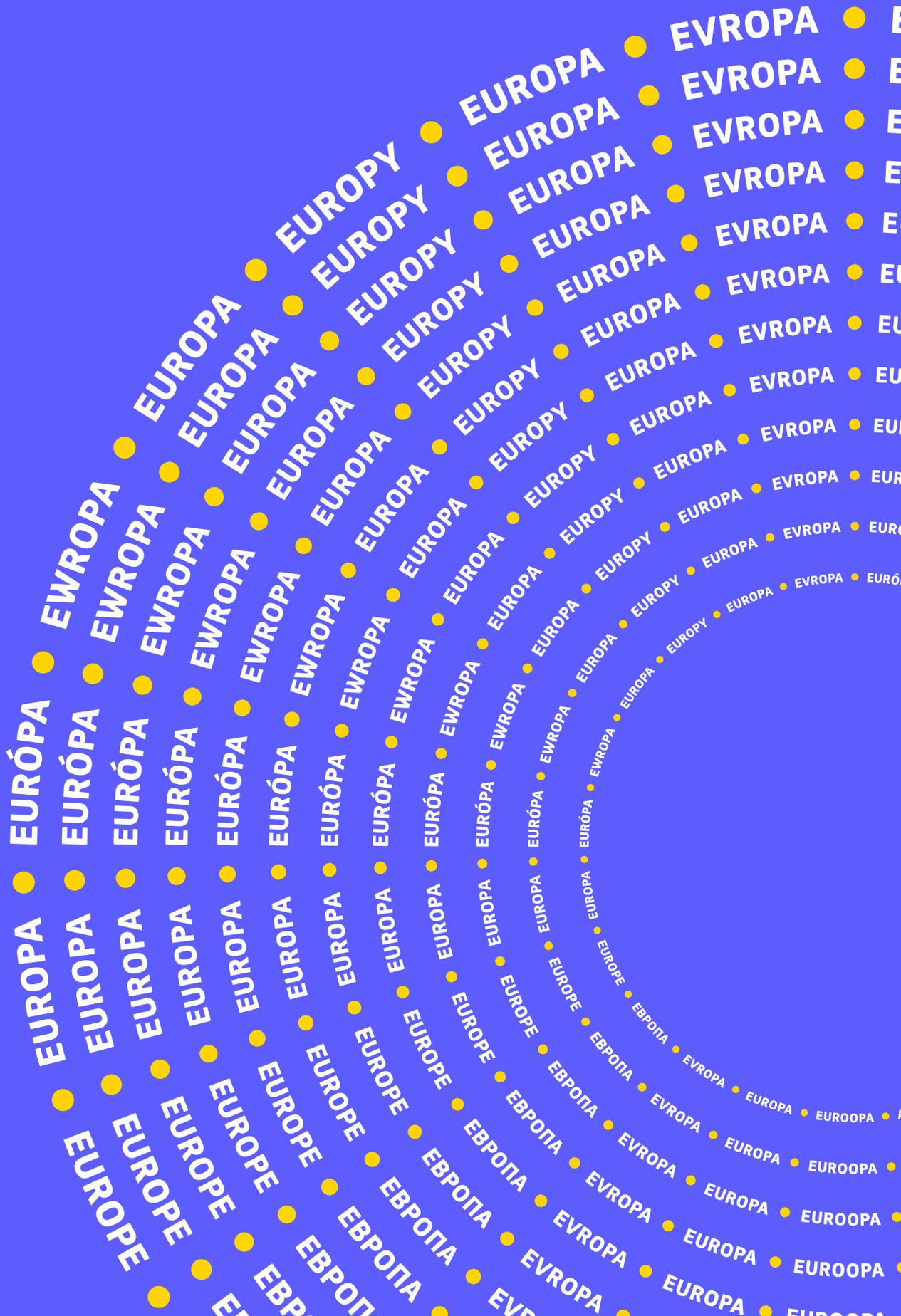
Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hielt ihre vierte Rede zur Lage der Union am 13. September 2023.

Sämtliche Materialien sind abrufbar unter: ec.europa.eu/soteu2023.



Inhalt

Rede	5
Europa stellt sich seinem historischen Auftrag	6
Absichtserklärung an Präsidentin Roberta Metsola und Ministerpräsident Pedro Sánchez	36
Prioritäten für 2024	39
Bilanz	40
Europa: eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt	41
1 Einlösung von Europas Versprechen	43
2 Investitionen in Europas Wohlstand	60
3 Ausbau der gesellschaftlichen Krisenfestigkeit Europas	102
Zeitleiste	119



Europa stellt sich seinem historischen Auftrag

Heute handeln, damit wir
für morgen bereit sind



Meine Damen und Herren Abgeordnete,

in weniger als 300 Tagen werden die Europäerinnen und Europäer in unserer einzigartigen und bemerkenswerten Demokratie zu den Wahlen gehen.

Wie bei jeder Wahl ist dies der Moment, wenn die Menschen über die Lage in unserer Europäischen Union nachdenken werden – und darüber, was jene geleistet haben, die unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger vertreten.

Es wird aber auch der Moment sein, darüber zu entscheiden, welche Zukunft und welches Europa die Wählerinnen und Wähler sich wünschen.

Unter ihnen werden Millionen von Erstwählerinnen und -wählern sein, die jüngsten wurden im Jahr 2008 geboren.

Wenn sie in der Wahlkabine stehen, werden sie überlegen, was für sie wichtig ist.

Sie werden an den Krieg denken, der an unseren Grenzen wütet.

Oder an die Folgen des zerstörerischen Klimawandels.

Daran, wie künstliche Intelligenz ihr Leben beeinflussen wird.

Oder an ihre Chancen, in den nächsten Jahren einen Job, ein Haus oder eine Wohnung zu finden.

Unsere heutige Union spiegelt die Visionen derer wider, die nach dem **Zweiten Weltkrieg** von einer besseren Zukunft träumten.

Von einer Zukunft in einer Union, in der Nationen, Demokratien und Menschen zusammenarbeiten würden, um gemeinsam in Frieden und Wohlstand zu leben.

Sie glaubten an Europa als die Antwort auf die Herausforderungen der damaligen Zeit.

Wenn ich heute mit jungen Leuten aus der neuen Generation spreche, dann erkenne ich bei ihnen dieselbe Vision einer besseren Zukunft.

Dasselbe brennende Verlangen, etwas zu gestalten, das besser ist.

Es ist dieselbe Überzeugung, dass **Europa** sich in einer Welt voller Ungewissheiten **wieder seinen historischen Herausforderungen stellen muss**.

Und das ist, was wir **gemeinsam** angehen müssen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

Es beginnt damit, dass wir uns das **Vertrauen** der Europäerinnen und Europäer **verdienen** und uns mit ihren Hoffnungen und Ängsten auseinandersetzen.

In den **kommenden 300 Tagen** müssen wir die **Aufgaben zu Ende bringen**, die sie uns anvertraut haben.

Ich möchte diesem Haus für seine führende Rolle bei der Realisierung einer der ehrgeizigsten Transformationen danken, die diese Union je in Angriff genommen hat.

Als ich im Jahr 2019 mit meinem Programm für ein **grünes, digitales und geopolitisches Europa** vor Ihnen stand, war mir klar, dass einige von Ihnen Zweifel hegten.

Und das war, **bevor** die Welt durch eine globale Pandemie und einen brutalen Krieg auf europäischem Boden aus den Fugen geriet.

Aber schauen Sie nur, wo Europa heute steht:

Wir haben die Geburt einer **geopolitischen Union** erlebt – die die Ukraine unterstützt, der Aggression Russlands standhält, auf ein selbstbewusst agierendes China reagiert und in Partnerschaften investiert.

Wir haben einen **europäischen Grünen Deal**, der das **Herzstück** unserer Wirtschaft und von **beispielloser** Ambition getragen ist.

Wir haben den Weg für den **digitalen Wandel** geebnet und sind **weltweit Vorreiter bei den Online-Rechten**.

Wir haben **NextGenerationEU** ins Leben gerufen – eine historische Errungenschaft, die **Investitionen und Reformen** im Umfang von 800 Milliarden Euro kombiniert und **gute Arbeitsplätze** für heute und morgen **schafft**.

Wir haben das **Fundament** für eine **Gesundheitsunion** gelegt und dabei geholfen, einen gesamten Kontinent zu impfen – sowie weite Teile der Welt noch dazu.



Wir haben die Geburt einer **geopolitischen Union** erlebt.



Wir haben damit begonnen, uns in kritischen Bereichen wie Energie, Chips und Rohstoffe **unabhängiger** zu machen.

Ich möchte Ihnen auch für die **bahnbrechende Arbeit** danken, die wir für die **Gleichstellung der Geschlechter** geleistet haben.

Als Frau bedeutet mir das sehr viel.

Wir haben Dossiers abgeschlossen, von denen viele gedacht haben, dass sie auf ewig stecken

bleiben würden – die **Richtlinie über Frauen in Aufsichtsräten** beispielsweise oder den **historischen Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention**.

Mit der **Richtlinie über die Lohntransparenz** haben wir den Grundsatz, dass gleiche Arbeit gleiches Entgelt verdient, gesetzlich verankert.

Es gibt kein einziges Argument, warum eine Frau bei gleicher Arbeit schlechter bezahlt werden sollte als ein Mann.

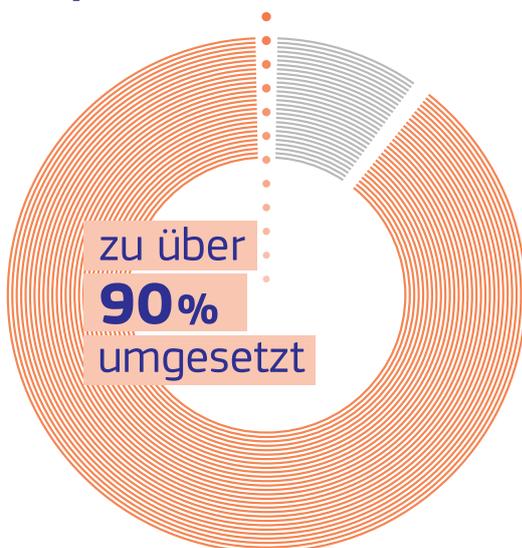
Aber unsere Arbeit ist noch lange nicht getan, wir müssen weiter gemeinsam auf Fortschritte drängen.

Ich weiß, dass dieses Haus unseren Vorschlag zur **Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen** unterstützt.

Auch hier möchte ich, dass wir ein weiteres Grundprinzip in das Gesetz aufnehmen: **Nein heißt nein**.

Es gibt keine wirkliche Gleichberechtigung ohne Freiheit von Gewalt.

2019 vorgelegte politische Leitlinien



Auch hier möchte ich, dass wir ein weiteres Grundprinzip in das Gesetz aufnehmen: **Nein heißt nein. Es gibt keine wirkliche Gleichberechtigung ohne Freiheit von Gewalt.**



Und es ist diesem Parlament, den Mitgliedstaaten und meinem Team von Kommissarinnen und Kommissaren zu verdanken, dass wir **bei mehr als 90 Prozent der politischen Leitlinien**, die ich 2019 vorgelegt habe, **liefern konnten**.

Gemeinsam haben wir gezeigt, **was ein Europa, das kühn und mutig ist, alles schaffen kann**.

Und unsere Arbeit ist noch lange nicht getan – **also lassen Sie uns weiter zusammenhalten**.

Lassen Sie uns heute handeln, um für morgen bereit zu sein.

Der europäische Grüne Deal

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

vor vier Jahren haben wir uns mit dem europäischen Grünen Deal **der historischen Herausforderung gestellt**.

Und der diesjährige Sommer – der heißeste, der jemals in Europa verzeichnet wurde – hat uns die Dringlichkeit jäh in Erinnerung gerufen.

Griechenland und Spanien wurden von verheerenden Waldbränden heimgesucht – und nur Wochen später hatten sie mit katastrophalen Überschwemmungen zu kämpfen.

Wir haben das **Chaos und Elend** durch extreme Wetterereignisse gesehen – von Slowenien bis Bulgarien und überall in unserer Union.

Dies ist die Realität eines Planeten, der kocht.

Der Europäische Green Deal wurde aus dieser Notwendigkeit heraus geboren, unseren Planeten zu schützen.

Aber er wurde auch als Chance entworfen, unseren Wohlstand für die Zukunft zu bewahren.

Zu Beginn unseres Mandats haben wir mit dem Klimagesetz und dem 2050-Ziel eine langfristige Perspektive vorgegeben.

Wir haben die Klima-Agenda zu einer **wirtschaftlichen Agenda** weiterentwickelt. **Damit haben wir eine klare Richtung vorgegeben für Investitionen und Innovation.**

Und wir haben bereits gesehen, dass diese **Wachstumsstrategie** auch kurzfristig **Früchte trägt**.

Die europäische Industrie zeigt Tag für Tag, dass sie bereit ist, diesen Übergang voranzubringen.

Sie beweist, dass **Modernisierung und Dekarbonisierung** Hand in Hand gehen können.

In den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl **sauberer Stahl Fabriken** in der EU von null auf 38 gestiegen.

Wir ziehen inzwischen **mehr Investitionen in sauberen Wasserstoff** an als die USA und China **zusammen**.

Und morgen werde ich zusammen mit Ministerpräsidentin Mette Frederiksen nach Dänemark reisen, um diese Innovation aus erster Hand zu sehen.



Wir ziehen inzwischen mehr **Investitionen in sauberen Wasserstoff** an als die USA und China zusammen.



Wir werden den Stapellauf des ersten Containerschiffs feiern, das mit sauberem Methanol aus Sonnenenergie betrieben wird. **Das ist die starke Antwort Europas auf den Klimawandel.**

Der europäische Grüne Deal bietet den nötigen Rahmen, Anreize und Investitionen – doch es sind die Menschen, die Erfinderinnen und Erfinder, Ingenieurinnen und Ingenieure, die die Lösungen entwickeln.

Und deshalb, meine Damen und Herren Abgeordnete,

wird sich auch beim Schritt in die **nächste Phase** des europäischen Grünen Deals eines niemals ändern.

Wir werden die europäische Industrie weiter unterstützen – während des gesamten Übergangs.

Wir haben mit einem Paket von Maßnahmen begonnen – **vom Netto-Null-Industriegesetz bis hin zum Gesetz über kritische Rohstoffe.**

Mit unserer **Industriestrategie** schauen wir uns für jedes Ökosystem die Risiken und Bedürfnisse bei diesem Übergang an.

Wir müssen diese Arbeit zu Ende bringen.

Und damit müssen wir einen Ansatz für jedes industrielle Ökosystem entwickeln.

Deshalb werden wir – und wir fangen noch in diesem Monat an – **eine Serie von Energiewende-Dialogen** mit der Industrie führen

Kernziel wird es sein, jeden Sektor gezielt bei der Entwicklung seines Geschäftsmodells für die Dekarbonisierung der Industrie zu unterstützen.

Denn wir sind überzeugt, dass dieser Übergang für die künftige Wettbewerbsfähigkeit Europas entscheidend ist.

Aber es geht auch um die **Menschen und ihre Arbeitsplätze von heute.**

Unsere **Windindustrie** zum Beispiel ist eine europäische Erfolgsgeschichte.

Aber sie steht derzeit vor einer einzigartigen Kombination von Herausforderungen.

Deshalb werden wir ein **Paket für die Windkraft in Europa** vorlegen – und dabei eng mit der Industrie und den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten.

Wir werden die Genehmigungsverfahren noch weiter beschleunigen.

Wir werden die Auktionssysteme in der gesamten EU verbessern.

Wir werden uns auf Kompetenzen, den Zugang zu Finanzmitteln und stabile Lieferketten konzentrieren.



Aber hier geht es um **mehr** als einen Sektor:

Von Windkraft bis Stahl, von Batterien bis hin zu Elektrofahrzeugen, unser Ziel ist ganz klar:
Die Zukunft unserer Clean-Tech-Industrie muss in Europa liegen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

mit Blick auf den europäischen Grünen Deal heißt dies:

Wir bleiben auf Kurs.

Wir bleiben ehrgeizig.

**Wir halten an unserer
Wachstumsstrategie fest.**

**Und wir werden uns immer für einen
fairen und gerechten Übergang
starkmachen!**

Das ist auch fair mit dem Blick auf künftige
Generationen – sie sollen auf einem gesunden
Planeten leben können.

Und ein faires Angebot an alle Beteiligten – mit **guten Jobs und dem festen Versprechen,
dass niemand zurückgelassen wird.**

Denken Sie nur an **Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe und Wettbewerbsfähigkeit:**
ein Thema, über das wir in diesen Tagen viel diskutieren.

Unsere Industrie und Tech-Unternehmen **schätzen** den Wettbewerb.

Sie **wissen**, dass der globale Wettbewerb **gut** fürs Geschäft ist.

Und dass er hier in Europa gute Arbeitsplätze **schafft** – und **sichert**.

Wettbewerb ist aber **nur so lange legitim**, solange er auch **fair** ist.

Unsere Unternehmen werden allzu oft von ausländischen Märkten ausgeschlossen oder geraten
durch Verdrängungspraktiken ins Hintertreffen.

Sie werden häufig von **Wettbewerbern unterboten**, die enorme staatliche Subventionen
kassieren.

Wir **haben nicht vergessen**, wie sich Chinas **unfaire Handelspraktiken** auf unsere
Solarindustrie ausgewirkt haben.

Viele junge Unternehmen wurden von stark subventionierten chinesischen Konkurrenten vom
Markt gedrängt.

Pionierunternehmen mussten Insolvenz anmelden.

Vielversprechende Talente gingen ins Ausland, um dort ihr Glück zu versuchen.



Von Windkraft bis Stahl,
von Batterien bis hin zu
Elektrofahrzeugen, unser Ziel ist
ganz klar: **Die Zukunft unserer
Clean-Tech-Industrie muss in
Europa liegen.**



Deshalb ist Fairness so wichtig für die Weltwirtschaft – denn sie hat Einfluss auf unser Leben wie auch auf unsere Lebensgrundlagen.

Ganze Industrien und Gemeinschaften sind davon abhängig.

Deshalb müssen wir uns über die Risiken, denen wir gegenüberstehen, absolut im Klaren sein.

Nehmen Sie nur den Elektrofahrzeug-Sektor.

Eine entscheidende Industrie für eine saubere Wirtschaft – mit enormem Potenzial für Europa.

Doch nun werden die Weltmärkte mit billigeren chinesischen Elektroautos **überschwemmt**.

Der Preis dieser Autos wird durch riesige staatliche Subventionen **künstlich** gedrückt.

Das verzerrt unseren Markt.

Und so, wie wir dies nicht von innen akzeptieren, akzeptieren wir es auch nicht von außen.

Und so kann ich Ihnen heute mitteilen, dass die Kommission eine **Antisubventionsuntersuchung zu Elektrofahrzeugen aus China** einleitet.

Europa ist offen für Wettbewerb. Nicht für einen ungleichen Unterbietungswettlauf.

.....

Die Kommission leitet eine Antisubventionsuntersuchung zu Elektrofahrzeugen aus China ein. **Europa ist offen für Wettbewerb. Nicht für einen ungleichen Unterbietungswettlauf.**

.....



Wir müssen uns gegen unfaire Praktiken wehren.

Gleichzeitig ist es aber unabdingbar, **Kommunikationskanäle nach China offenzuhalten und im Dialog zu bleiben.**

Denn **es gibt auch** Themen, bei denen wir zusammenarbeiten können und müssen.

Risiken minimieren, aber nicht abkoppeln: Das wird **mein Standpunkt gegenüber der chinesischen Führung beim EU-China-Gipfel später in diesem Jahr** sein.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

In der Europäischen Union sind wir stolz auf unsere **kulturelle Vielfalt**.

Wir sind das „Europa der Regionen“ mit einer ganz besonderen Vielfalt an Sprachen, Musik, Kunst, Traditionen, Handwerken und kulinarischen Spezialitäten.

Wir sind auch das **Europa einer einzigartigen biologischen Vielfalt**.

Etwa 6 500 Arten kommen **nur** bei uns in Europa vor.

Im Norden Europas liegt das **Weltnaturerbe Wattenmeer**, ein einzigartiger Lebensraum, der seltenen Tier- und Pflanzenarten eine Heimat bietet und für Millionen von Zugvögeln überlebenswichtig ist. Und mit der **Ostsee haben wir das größte Brackwassermeer der Welt**.

Nach Süden schließen sich **europäische Tiefebene** an, die von **großen Mooren und Feuchtgebieten** geprägt sind.

Diese Regionen sind **wichtige Verbündete gegen das Fortschreiten des Klimawandels**.

Geschützte Moore und Feuchtgebiete binden große Mengen an **Treibhausgasen**, sichern **regionale Wasserkreisläufe** und beheimaten eine einzigartige Artenvielfalt.

Und Europa ist ein **Kontinent der Wälder**.

Von den **mächtigen Nadelwäldern des Nordens und Ostens** über **die letzten Reste unberührter Eichen- und Buchenwälder** in Mitteleuropa bis hin zu den **Korkeichenwäldern Südeuropas**: All diese Wälder sind eine unersetzliche Quelle von Gütern und Dienstleistungen.

Sie binden Kohlenstoff, liefern Holz und andere Produkte, erzeugen fruchtbare Böden, filtern Luft und Wasser.

Biodiversität und Ökosystemleistungen sind für alle Menschen in Europa **überlebenswichtig**.

Der Verlust dieser Natur **zerstört nicht nur die Lebensgrundlage**, sondern auch das **Heimatgefühl von Menschen**.



.....
Wir sind auch **das Europa einer einzigartigen biologischen Vielfalt**.
.....

Wir müssen sie schützen.

Gleichzeitig bleibt die **Ernährungssicherung im Einklang mit der Natur eine wesentliche Aufgabe.**

Ich möchte an dieser Stelle unseren Landwirten meine Anerkennung aussprechen und ihnen dafür danken, dass sie uns Tag für Tag mit Lebensmitteln versorgen.

Für uns in Europa ist diese Aufgabe der Landwirtschaft - die Erzeugung gesunder Lebensmittel - die Grundlage unserer Agrarpolitik.

Und auch die Selbstversorgung mit Lebensmitteln ist für uns wichtig.

Das leisten unsere Landwirtinnen und Landwirte.

Das ist nicht selbstverständlich, denn die Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine, der Klimawandel mit Dürren, Waldbränden und Überflutungen, aber auch neue Verpflichtungen prägen zunehmend die Arbeit der Landwirte und ihre Einkommenssituation.

Wir müssen dem Rechnung tragen.

Viele setzen sich schon heute für eine nachhaltigere Landwirtschaft ein.

Wir müssen zusammen mit den Männern und Frauen in der Landwirtschaft, diese neuen Herausforderungen bewältigen.

Nur so können wir unsere Lebensmittelsicherheit auch für die Zukunft absichern.

Wir brauchen mehr Dialog und weniger Polarisierung.

Aus diesem Grund möchten wir einen **strategischen Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU starten.**

.....
Wir möchten einen strategischen Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU starten.
.....



.....

Die **Ernährungssicherung im Einklang mit der Natur** bleibt eine wesentliche Aufgabe.

.....

Ich bin und bleibe davon überzeugt, dass **Landwirtschaft und Naturschutz zusammen gehen.**

Wir brauchen beides.

Wirtschaft, Soziales und Wettbewerbsfähigkeit

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

ein gerechter Übergang für Landwirte, Familien und Industrie.

Dies ist eines der zentralen Ziele dieser Amtszeit.

Dieses Ziel ist umso wichtiger, angesichts der wirtschaftlich äußerst schwierigen Zeiten, die wir durchleben.

Die drei großen wirtschaftlichen Herausforderungen, vor denen unsere Industrie im kommenden Jahr steht, sind der Arbeits- und Fachkräftemangel, die Inflation und die Rahmenbedingungen für Unternehmen, die wir verbessern müssen.

Ersteres betrifft unseren Arbeitsmarkt.

Wir haben die Anfänge der globalen Pandemie nicht vergessen.

Damals sagten alle eine **neue Welle der Massenarbeitslosigkeit im Stil von 1930** voraus.

Wir haben sie alle Lügen gestraft.

Mit SURE – der ersten europäischen Kurzarbeitsregelung – haben wir 40 Millionen Arbeitsplätze gerettet.

Dies ist die soziale Marktwirtschaft Europas in Aktion.

Und wir können stolz auf sie sein!

Mit NextGenerationEU haben wir den Wirtschaftsmotor sofort wieder angeworfen.

Die Ergebnisse sind nun sichtbar.

Europa verzeichnet nahezu Vollbeschäftigung.

Statt Millionen von Menschen, die einen Arbeitsplatz suchen, suchen jetzt Millionen von Arbeitsplätzen nach Menschen.



Statt Millionen von Menschen, die einen Arbeitsplatz suchen, **suchen jetzt Millionen von Arbeitsplätzen nach Menschen.**



Der Arbeits- und Fachkräftemangel hat Rekordstände erreicht – sowohl bei uns als auch in allen anderen großen Volkswirtschaften.

74 Prozent aller KMU geben an, unter Fachkräftemangel zu leiden.

In der Hauptferienzeit müssen Restaurants und Bars in Europa ihre Öffnungszeiten verkürzen, weil sie kein Personal finden.

Krankenhäuser verschieben Behandlungen, weil ihnen Krankenschwestern und -pfleger fehlen.

Und zwei Drittel der europäischen Unternehmen können ihren Bedarf an IT-Spezialisten nicht decken.

Gleichzeitig versuchen **Millionen von Eltern** – meist Mütter – verzweifelt, Arbeit und Familie in Einklang zu bringen, **weil Kinderbetreuung fehlt**.

Und 8 Millionen junger Menschen sind weder in Arbeit noch in Schule oder Ausbildung.

Ihre Träume müssen warten, sie leben im Stand-By-Modus.

Dies verursacht nicht nur viel persönliches Leid.

Es ist auch eines der größten Hindernisse für unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Denn Arbeitskräftemangel bremst Innovationsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand.

Aus diesem Grund müssen wir den Zugang zum Arbeitsmarkt verbessern.

Vor allem für **junge Menschen, für Frauen**.

Und wir brauchen die **Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte**.

Auch auf den **tiefgreifenden technologischen, gesellschaftlichen und demografischen Wandel** müssen wir reagieren.

Hierfür sollten wir auf die Expertise der **Tarifpartner, sprich der Unternehmen und Gewerkschaften**, zurückgreifen.

Vor fast vierzig Jahren hat Jacques Delors in Val Duchesse ein Treffen einberufen, bei dem der europäische soziale Dialog ins Leben gerufen wurde.

Seither haben die Sozialpartner die Union von heute geformt – und dadurch Millionen von Menschen Fortschritt und Wohlstand gebracht.

Und auch in der heutigen Welt, die sich schneller wandelt als je zuvor, kommt den Sozialpartnern bei der Gestaltung unserer Zukunft eine zentrale Rolle zu.

Gemeinsam müssen wir die Herausforderungen für den Arbeitsmarkt in den Blick nehmen – vom Fach- und Arbeitskräftemangel bis hin zu den neuen Herausforderungen, die die KI mit sich bringt.

.....

Die Zukunft Europas wird **mit und von unseren Sozialpartnern** aufgebaut.

.....

Aus diesem Grund werden wir im kommenden Jahr gemeinsam mit der belgischen Präsidentschaft **erneut einen Gipfel mit den Sozialpartnern in Val Duchesse einberufen**.

Die Zukunft Europas wird **mit und von unseren Sozialpartnern** aufgebaut.



Die zweite große wirtschaftliche Herausforderung ist die anhaltend hohe Inflation.

Christine Lagarde und die Europäische Zentralbank setzen alles daran, um die Inflation einzudämmen.

Wir wissen, dass es einige Zeit brauchen wird, bis sie erneut beim mittelfristigen Ziel der EZB liegen wird.

Die gute Nachricht ist, dass die Energiepreise dank der Maßnahmen auf europäischer Ebene erneut zurückgehen.

Wir haben nicht vergessen, wie **Putin Gas gezielt als Waffe eingesetzt** und damit Ängste vor einem Blackout und einer Energiekrise wie in den 70er-Jahren geschürt hat.

Viele dachten, unsere Energievorräte würden nicht für den Winter reichen.

Doch wir haben es geschafft.

Weil wir uns geschlossen gezeigt – unsere Nachfrage gebündelt und Energiekäufe gemeinsam getätigt haben.

Anders als in den 1970er-Jahren haben wir die Krise aber auch dazu genutzt, massiv in erneuerbare Energien zu investieren und die Umstellung auf saubere Technologien voranzutreiben.

Wir haben die kritische Masse Europas dazu genutzt, die Preise zu senken und unsere Versorgung zu sichern.

Vor einem Jahr kostete Gas in Europa mehr als 300 Euro pro Megawattstunde. Heute sind es etwa 35.

Wir müssen deshalb nach Wegen suchen, wie wir **dieses Erfolgsmodell** in anderen Bereichen wie **bei kritischen Rohstoffen oder sauberem Wasserstoff kopieren** können.

Die dritte Herausforderung besteht darin, den europäischen Unternehmen ihre Tätigkeit zu erleichtern.

Kleinen Unternehmen fehlt es an Kapazitäten, komplexe administrative Anforderungen zu erfüllen.

Oder sie werden durch langwierige Verfahren gebremst.

Dies bedeutet oft, dass sie die zur Verfügung stehende Zeit schlechter nutzen können – und dass ihnen Wachstumschancen entgehen.

Aus diesem Grund werden wir – noch vor Ende des Jahres – einen **KMU-Beauftragten der EU** ernennen, der mir direkt Bericht erstattet.



Wir haben die kritische Masse Europas dazu genutzt, die Preise zu senken und unsere Versorgung zu sichern. Wir müssen nach Wegen suchen, wie wir **dieses Erfolgsmodell** in anderen Bereichen wie **bei kritischen Rohstoffen oder sauberem Wasserstoff kopieren** können.





Wir wollen von den **kleinen und mittleren Unternehmen** direkt erfahren, vor welchen Herausforderungen sie tagtäglich stehen.

Wir unterziehen jeden neuen Rechtsakt einem **Wettbewerbsfähigkeits-Check-up**, der von einem **unabhängigen Ausschuss** durchgeführt wird.

Und im kommenden Monat werden wir die ersten **Legislativvorschläge zur Verringerung der Meldepflichten** auf europäischer Ebene um 25 Prozent vorlegen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

seien wir ehrlich – dies wird nicht leicht. Und wir benötigen Ihre Unterstützung.

Denn dies ist ein gemeinsames Unterfangen aller europäischen Organe.

Um auf nationaler Ebene das 25-Prozent-Ziel zu erreichen, müssen wir auch mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten.

Es ist an der Zeit, den Unternehmen in Europa ihre Tätigkeiten zu erleichtern!

Doch müssen die europäischen Unternehmen auch **Zugang zu Schlüsseltechnologien** erhalten, um innovativ sein, sich entwickeln und ihre Produkte fertigen zu können.

Wie in Versailles von den Staats- und Regierungschefs unterstrichen, ist dies eine Frage der **europäischen Souveränität**.

Wirtschaft und nationale Sicherheit gebieten es, dass Europa bei kritischen und neuen Technologien einen Vorsprung behält.

Diese europäische Industriepolitik erfordert auch eine **gemeinsame europäische Finanzierung**.

Aus diesem Grund haben wir – im Rahmen unseres Vorschlags zur Überprüfung unseres Haushalts – die Plattform STEP vorgeschlagen.

Mit STEP können wir EU-Mittel **mobilisieren, hebeln und steuern**, um in allen Bereichen – **von der Mikroelektronik bis hin zur Quanteninformatik und KI** – zu investieren.

Von der Biotechnologie bis hin zu sauberen Technologien.

Unsere Unternehmen benötigen diese Unterstützung sofort – deshalb **fordere ich Sie dringend auf, rasch eine Einigung über unseren Haushaltsvorschlag zu erzielen**.

Und ich weiß, dass ich auf dieses Haus zählen kann.



Es ist an der Zeit, den Unternehmen in Europa ihre Tätigkeiten zu erleichtern!



Doch ist das nicht alles, wenn es um die **Wettbewerbsfähigkeit** geht.

So gibt es echte Engpässe in den **globalen Lieferketten**, die auch auf die **gezielte Politik anderer Länder** zurückzuführen sind.

Denken Sie nur an die **chinesischen Exportbeschränkungen** für **Gallium** und **Germanium** – beide für die Produktion von **Halbleitern** und **Solarpaneelen** von zentraler Bedeutung.

Dies zeigt, warum es für Europa so wichtig ist, die **wirtschaftliche Sicherheit zu erhöhen**.

Durch Minderung von Risiken, nicht durch Abkopplung.

Und ich bin **sehr stolz** darauf, dass dieses Konzept **bei unseren wichtigsten Partnern auf breite Zustimmung gestoßen ist**.

Von **Australien über Japan bis hin zu den Vereinigten Staaten**.

Und viele andere Länder weltweit **wollen zusammenarbeiten**.

Bei kritischen Mineralien hängen **viele von ihnen allzu sehr** von einem **einzigem Lieferanten** ab.

Andere – von Lateinamerika bis Afrika – wollen **ihre eigene Industrie für die Verarbeitung und Raffination** aufbauen, anstatt **nur** ihre Ressourcen ins Ausland zu **verschiffen**.

Aus diesem Grund werden wir noch in diesem Jahr **das erste Treffen unseres neuen Clubs für kritische Rohstoffe** einberufen.

Gleichzeitig werden wir auch weiterhin einen offenen und fairen Handel vorantreiben.

Bislang haben wir mit **Chile, Neuseeland und Kenia** neue Freihandelsabkommen geschlossen.

Wir sollten uns bemühen, **bis Ende des Jahres auch mit Australien, Mexiko und dem Mercosur** zu einem Abschluss zu gelangen.

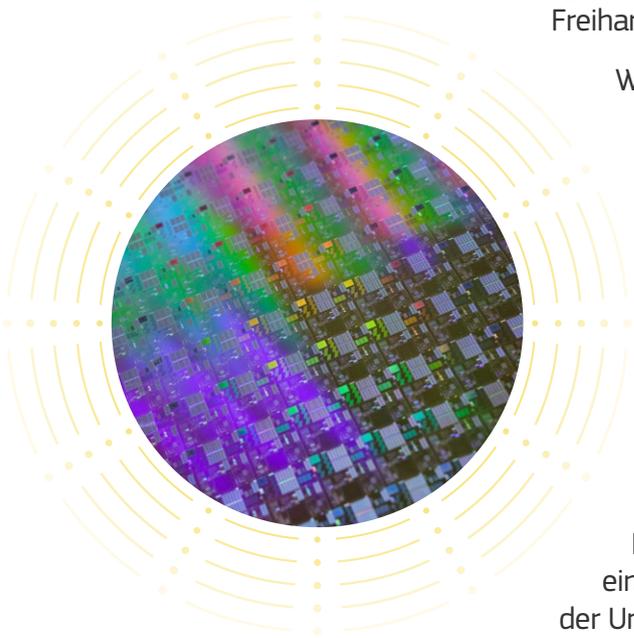
Und bald danach mit Indien und Indonesien.

Intelligenter Handel schafft gute Arbeitsplätze und Wohlstand.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

diese drei Herausforderungen – der Arbeitskräftemangel, die Inflation und die Rahmenbedingungen für Unternehmen – stellen sich zu einer Zeit, in der wir die Industrie auch dazu auffordern, bei der Umstellung auf saubere Technologien in Führung zu gehen.

Wir müssen deshalb weiter in die Zukunft blicken und darlegen, **wie** wir dabei wettbewerbsfähig bleiben.



Aus diesem Grund habe ich Mario Draghi – einen der größten Wirtschaftsexperten Europas – gebeten, einen **Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit** zu erstellen.

Denn Europa wird tun, „was immer nötig ist“, um seinen Wettbewerbsvorteil zu halten.

Digitaltechnologie & KI

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

wir haben gesehen, wie sehr Digitaltechnologie Unternehmen und Menschen das Leben erleichtert.

Es spricht für sich, dass **das 20-Prozent-Investitionsziel** für digitale Projekte bei NextGenerationEU bei Weitem **übertroffen** wurde.

Die Mitgliedstaaten haben die Investitionen dazu genutzt, ihr Gesundheitswesen, ihr Justizsystem oder ihr Verkehrsnetz zu digitalisieren.

Gleichzeitig hat Europa eine Vorreiterrolle beim **Umgang mit den Risiken der digitalen Welt** übernommen.

Das Internet wurde als Instrument für den **Austausch von Wissen** geschaffen dafür, **den geistigen Horizont zu erweitern und Menschen zusammenzubringen**.

Aber es hat auch **zu ernsthaften Herausforderungen** geführt.

Desinformation, Verbreitung schädlicher Inhalte und Risiken für den Schutz unserer privaten Daten.

All dies führt zu einem **Vertrauensverlust** und zu einer **Verletzung der Grundrechte von Menschen**.

Als Reaktion darauf hat sich Europa zum **weltweiten Vorreiter für die Bürgerrechte** in der digitalen Welt entwickelt.

DSA und DMA schaffen einen **sichereren digitalen Raum**, in dem die Grundrechte geschützt sind.



Ich habe Mario Draghi – einen der größten Wirtschaftsexperten Europas – gebeten, einen **Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit** zu erstellen.



Und sie gewährleisten Fairness sowie klare **Verantwortlichkeiten der Big-Tech-Unternehmen**.

Dies ist eine historische Errungenschaft – und wir sollten stolz auf sie sein.

Das Gleiche sollte für die **künstliche Intelligenz** gelten.

Sie wird die **Gesundheitsversorgung verbessern, die Produktivität steigern und zur Eindämmung des Klimawandels beitragen**.

Doch sollten wir auch die durchaus realen Gefahren **nicht unterschätzen**.

Hunderte führender KI-Entwickler, Wissenschaftler und Experten warnten kürzlich:

„Die Verringerung des **Risikos**, dass die KI **zum Aussterben des Menschen führt**, sollte neben anderen gesellschaftlichen Risiken wie Pandemien und Atomkriegen eine globale Priorität darstellen.“

KI ist eine allgemein einsetzbare Technologie, die **zugänglich und leistungsfähig** ist und an eine Vielzahl ziviler und militärischer Verwendungszwecke **angepasst werden kann**.

Und sie entwickelt sich schneller als selbst von ihren Erfindern angenommen.

Unsere Möglichkeiten, diese Technologie in verantwortungsvolle Bahnen zu lenken, werden immer geringer.

Europa sollte zusammen mit seinen Partnern **den Weg zu einem neuen globalen Rahmen** für KI vorgeben, der auf drei Säulen ruht: **Leitplanken, Governance und gelenkte Innovation**.

Zunächst zu den **Leitplanken**.

Unsere oberste Priorität ist es, sicherzustellen, dass sich die **KI auf eine menschenzentrierte, transparente und verantwortungsvolle Weise entwickelt**.

Deshalb habe ich mich in meinen politischen Leitlinien verpflichtet, **innerhalb der ersten 100 Tage einen Gesetzentwurf** vorzulegen.

Wir haben das **Gesetz über künstliche Intelligenz** vorgelegt – das weltweit **erste umfassende innovationsfreundliche KI-Gesetz**.

Und ich möchte dem Hohen Haus und dem Rat für die unermüdliche Arbeit an diesem richtungsweisenden Gesetz danken.

Unser Gesetz über künstliche Intelligenz ist bereits eine **Blaupause für die ganze Welt**.

Wir müssen nun zusehen, dass wir die Vorschriften möglichst rasch verabschieden und umsetzen.

.....

Unser Gesetz über künstliche Intelligenz ist bereits eine **Blaupause für die ganze Welt**.

Wir müssen nun zusehen, dass wir die Vorschriften möglichst rasch verabschieden und umsetzen.

.....

Die zweite Säule ist die **Governance**.

Wir legen jetzt die Grundlagen für ein einheitliches Governance-System in Europa.

Wir sollten uns aber auch mit unseren Partnern zusammenschließen, um einen **globalen Ansatz** für das Verständnis der Auswirkungen der KI in unseren Gesellschaften zu gewährleisten.

Denken Sie nur an den unschätzbaren Wert des Weltklimarates, eines Gremiums, das der Politik die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Verfügung stellt.

Ich glaube, wir brauchen ein ähnliches Gremium für KI **über die Risiken und ihren Nutzen für die Menschheit**.

Mit der Wissenschaft, Technologieunternehmen und unabhängigen Fachleuten an einem Tisch.

Nur so können wir rasch und weltweit abgestimmt handeln – aufbauend auf der **Arbeit des Hiroshima-Prozesses und anderer**.

Die dritte Säule ist die verantwortungsvolle **Steuerung von Innovationen**.

Dank unserer Investitionen in den vergangenen Jahren ist Europa jetzt **führend in Sachen Supercomputer** – mit drei der fünf leistungsstärksten Supercomputer weltweit.

Daraus müssen wir etwas machen.

Deshalb kann ich heute **eine neue Initiative ankündigen, KI-Start-ups unsere Hochleistungscomputer zur Verfügung zu stellen**, um ihre Geschäftsmodelle zu erproben.

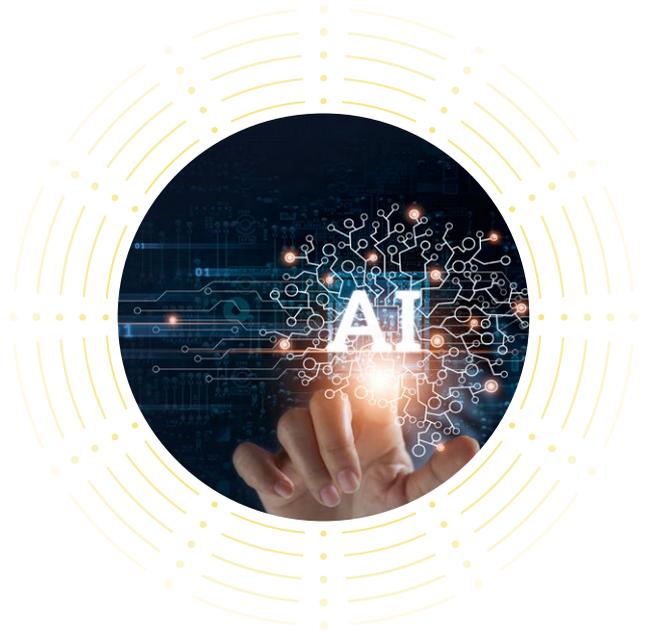
Aber das ist nur ein Teil unserer Maßnahmen zur **Steuerung von Innovationen**.

Wir brauchen einen **offenen Dialog** mit denen, die **KI entwickeln und einsetzen**.

Das ist der Fall in den Vereinigten Staaten, wo sich sieben große Tech-Unternehmen bereits auf **freiwillige Regeln in puncto Sicherheit, Gefahrenabwehr und Vertrauen** verständigt haben.

Hier werden wir mit den KI-Unternehmen zusammenarbeiten, damit sie sich freiwillig zu den Grundsätzen des **KI-Gesetzes** verpflichten, **bevor** es in Kraft tritt.

Nun sollten wir all diese Arbeiten in **globale Mindeststandards für eine sichere und ethische KI-Nutzung** gießen.



Globales, Migration und Sicherheit

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

als ich vor vier Jahren hier stand, sagte ich, dass man uns nicht spalten kann, wenn wir im Inneren geeint sind.

Und das war der Gedanke hinter der Geopolitischen Kommission.

Unser **Team-Europa-Konzept** hat es uns ermöglicht, strategischer, konsequenter und geschlossener aufzutreten.

Und das ist wichtiger denn je.

Uns blutet das Herz, wenn wir die verheerenden Verluste an Menschenleben in **Libyen und Marokko** nach den heftigen Überschwemmungen und dem Erdbeben sehen.

.....

Unser **Team-Europa-Konzept** hat es uns ermöglicht, strategischer, konsequenter und geschlossener aufzutreten.

.....

Europa wird immer bereit sein, in jeder erdenklichen Weise zu helfen.

Oder denken Sie an die Sahelzone, eine der ärmsten Regionen, deren Bevölkerung aber am schnellsten wächst.

Die Serie von Militärputschen wird die Region auf Jahre destabilisieren.

Russland hat seine Hände im Spiel und schlägt aus dem Chaos Kapital.

Und die Region ist fruchtbarer Boden für zunehmenden Terrorismus geworden.

Das gefährdet Europa unmittelbar – unsere Sicherheit und unseren Wohlstand.

Wir müssen also Afrika gegenüber ebenso **an einem Strang ziehen, wie wir es bei der Ukraine getan haben.**

Wir müssen uns auf die **Zusammenarbeit mit rechtmäßigen Regierungen und regionalen Organisationen** konzentrieren.

Und wir müssen eine für beide Seiten vorteilhafte Partnerschaft entwickeln, die sich mit Fragen beschäftigt, die für Europa und Afrika gleichermaßen von Interesse sind.

Deshalb werden wir im Verbund mit dem Hohen Vertreter Borrell ein **neues Strategiekonzept erarbeiten, das wir beim nächsten EU-AU-Gipfel vorlegen.**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
wir stehen vor einer historischen Zäsur.

Russland führt einen umfassenden Krieg gegen die Grundsätze der UN-Charta.

Das bereitet Ländern von Zentralasien bis zum indopazifischen Raum große Sorge.

Sie fürchten, dass sie in einer gesetzlosen Welt das gleiche Schicksal ereilt wie die Ukraine.

Wir erleben den eindeutigen Versuch einiger, zum Blockdenken zurückzukehren – mit dem Versuch, Länder dazwischen zu isolieren und zu beeinflussen.

Und das zu einer Zeit, in der viele Schwellenländer ein tieferes Unbehagen gegenüber Institutionen und Globalisierung empfinden.

Diese Sorge ist berechtigt.

Diese aufstrebenden Volkswirtschaften – mit ihren Menschen und Bodenschätzen – sind wichtige Verbündete für eine sauberere, sicherere und wohlhabendere Welt.

Europa wird immer mit ihnen zusammenarbeiten, um die internationale Ordnung zu reformieren und zu verbessern.

Wir wollen die Bemühungen vorantreiben, die regelbasierte Ordnung fairer gestalten und zu mehr Verteilungsgerechtigkeit gelangen.

Das bedeutet auch, dass wir mit neuen und alten Partnern zusammenarbeiten, um engere Bande zu knüpfen.

Und Europas Angebot mit **Global Gateway** ist wirklich einzigartig.

Global Gateway ist transparenter, nachhaltiger und wirtschaftlich attraktiver.

Erst vergangene Woche war ich in Neu-Delhi, um das ehrgeizigste Projekt unserer Generation zu unterzeichnen:

den **Wirtschaftskorridor Indien–Nahe Osten–Europa**.

Er wird Indien, den Persischen Golf und Europa auf bislang kürzester Distanz verbinden: Per Eisenbahn wird der Handel zwischen Indien und Europa um 40 Prozent schneller.

Mit einem Stromkabel und einer grünen Wasserstoffpipeline – um den Handel mit sauberer Energie zwischen Asien, dem Nahen Osten und Europa zu fördern.

Mit einem Hochgeschwindigkeits-Datenkabel, um einige der innovativsten digitalen Ökosysteme der Welt miteinander zu vernetzen und überall Geschäftsmöglichkeiten zu schaffen.



Das sind modernste Verbindungen für die Welt von morgen.

Schneller, kürzer, sauberer.

Und **Global Gateway setzt ganz neue Maßstäbe.**

Ich habe es in Lateinamerika, Südostasien und ganz Afrika gesehen – vom Aufbau einer lokalen Wasserstoffwirtschaft mit Namibia und Kenia bis hin zu einer digitalen Wirtschaft mit den Philippinen.

Das sind Investitionen in die Wirtschaft unserer Partner.

Und es sind Investitionen in Europas Wohlstand und Sicherheit in einer sich rasch wandelnden Welt.



Global Gateway setzt ganz neue Maßstäbe.



Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Tag für Tag werden Menschen durch Konflikte, Klimawandel oder politische Instabilität aus ihrer Heimat vertrieben.

Ich war immer der festen Überzeugung, dass Migration gesteuert werden muss.

Das erfordert allerdings Geduld und langfristige Maßnahmen in Abstimmung mit unseren Partnern.

Und vor allem Geschlossenheit innerhalb unserer Union.

Und genau das ist der Geist des neuen Migrations- und Asylpakets.

Als ich mein Amt antrat, schien kein möglicher Kompromiss in Sicht zu sein.

Aber mit dem Pakt haben wir eine neue Balance gefunden.

Zwischen dem Schutz der Grenzen und dem Schutz der Menschen.

Zwischen Souveränität und Solidarität.

Zwischen Sicherheit und Menschlichkeit.

Wir haben allen Mitgliedstaaten zugehört und uns mit allen Migrationsrouten beschäftigt.

Und wir haben den Geist des Pakts in praktische Lösungen umgesetzt.

Wir haben schnell und geschlossen auf den hybriden Angriff aus Belarus reagiert.



We worked closely with our Western Balkan partners and irregular flows have been reduced. Wir haben eng mit unseren Westbalkan-Partnern zusammengearbeitet und irreguläre Ströme reduziert.

We have entered a partnership with Tunisia that goes beyond migration questions and brings mutual benefits – from education and professional skills to energy and security. Wir sind mit Tunesien eine Partnerschaft eingegangen, die über Migrationsfragen hinaus beidseitigen Nutzen bringt – von Bildung und Fachkompetenz bis hin zu Energie und Sicherheit.

And now we want to work on similar agreements with other countries. Und jetzt wollen wir an ähnlichen Abkommen mit anderen Ländern arbeiten.

We have strengthened border protection. Wir haben den Grenzschutz verstärkt.

EU agencies have intensified their cooperation with member states. Die EU-Agenturen haben ihre Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten intensiviert.

And I would like to thank Bulgaria and Romania in particular, for their good example and for their proven procedures in the area of asylum and return. Und ich möchte insbesondere Bulgarien und Rumänien danken, dass sie mit gutem Beispiel vorangegangen sind, indem sie auf bewährte Verfahren im Bereich Asyl und Rückführung verwiesen.

Sie haben es bewiesen: Bulgarien und Rumänien sind Teil unseres Schengen-Raums.

Lassen wir sie also endlich herein, ohne weiteren Verzug!

Meine Damen und Herren,

our work on migration questions is based on the conviction that a solution is within reach. unsere Arbeiten in Fragen der Migration beruhen auf der Überzeugung, dass eine Einigung in greifbarer Nähe liegt.

We have not yet reached an agreement on a package so far. Noch nie waren wir einer Verständigung auf ein Paket so nah.

The Parliament and the Council have the unique opportunity to conclude it. Das Parlament und der Rat haben die einmalige Gelegenheit, es zu beschließen.

Zeigen wir, dass Europa migration efficient and humane at the same time.

Bring us to the end of the work!

Very respected ladies and gentlemen Members of Parliament,

we know that migration requires constant attention.

This is especially true for the fight against smugglers.

With their empty promises they lure vulnerable people.

And they send them on deadly routes through the desert or in non-seaworthy boats to the open sea.

The fantasy of these smugglers knows no boundaries.

Aber unsere Gesetzgebung ist über 20 Jahre alt und muss dringend aktualisiert werden.

Deshalb brauchen wir neue Rechtsvorschriften und eine neue Führungsstruktur.

Wir brauchen eine strengere Anwendung des Gesetzes, strafrechtliche Verfolgung und mehr Befugnisse für unsere Agenturen – Europol, Eurojust und Frontex.

Nur in Zusammenarbeit mit unseren Partnern können wir dem weltweiten Menschenhandel beikommen.

Deshalb plant die Kommission eine **internationale Konferenz zur Bekämpfung des Menschenhandels**.



Die Kommission plant eine **internationale Konferenz zur Bekämpfung des Menschenhandels**.



Es ist Zeit, diesem skrupellosen und verbrecherischen Geschäft ein Ende zu bereiten!

Ukraine

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

an dem Tag, an dem die russischen Panzer über die Grenze in die Ukraine rollten, machte sich eine junge ukrainische Mutter nach Prag auf, um ihr Kind in Sicherheit zu bringen.

Als am tschechischen Grenzübergang ihr Pass abgestempelt wurde, brach sie in Tränen aus.

Ihr Sohn verstand es nicht. Er fragte seine Mutter, warum sie weinen würde.

Sie sagte: „Weil wir zu Hause sind.“

„Hier ist aber nicht die Ukraine“, erwiderte er.

Also erklärte sie es ihm: „Das ist Europa.“

An jenem Tag spürte diese ukrainische Mutter, dass Europa ihr Zuhause war.

Denn „wir sind dort zu Hause, wo wir einander vertrauen“.

Und die Menschen in der Ukraine konnten ihren Mitmenschen in Europa vertrauen.

Sie hieß Wiktorija Amelina.

Sie war eine bedeutende junge Schriftstellerin ihrer Generation und trat unermüdlich für Gerechtigkeit ein.

Sobald ihr Sohn in Sicherheit war, kehrte Wiktorija zurück in die Ukraine, um die russischen Kriegsverbrechen zu dokumentieren.

Ein Jahr danach wurde sie bei einem Abendessen mit Kolleginnen und Kollegen von einer russischen Rakete getötet – Opfer eines russischen Kriegsverbrechens, eines der zahllosen Angriffe auf unschuldige Zivilisten.

Amelina war an diesem Tag mit drei Freunden zusammen – einer von ihnen war Héctor Abad Faciolince, ein Schriftstellerkollege aus Kolumbien.

Er ist an einer Kampagne namens „Aguanta Ucrania“ beteiligt – „Halte stand, Ukraine“, ins Leben gerufen, um die Menschen in Lateinamerika über den russischen Überfall und die Angriffe auf die Zivilbevölkerung aufzuklären.

Aber niemals wäre es Héctor eingefallen, dass er selbst zum Ziel werden könnte.

Später sagte er, dass er nicht wüsste, warum er noch am Leben und sie gestorben sei.

Aber jetzt erzählt er der Welt von Wiktorija. Um die Erinnerung an sie zu bewahren und den Krieg zu beenden.

Und es ist mir eine Ehre, Héctor heute bei uns zu haben.

Und ich möchte, dass Sie wissen, dass wir das Gedenken an Wiktorija – und alle Opfer – wachhalten werden.

Aguanta, Ucraina. Slava Ukraini!

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

wir werden der Ukraine bei jedem Schritt auf ihrem Weg zur Seite stehen.

So lange wie nötig.

Seit Beginn des Krieges haben vier Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer in unserer Union Zuflucht gefunden.

Und ich möchte ihnen sagen, dass sie heute noch genauso willkommen sind wie in jenen schicksalhaften ersten Wochen.

Wir haben dafür gesorgt, dass sie Zugang zu Wohnraum, Gesundheitsdiensten, dem Arbeitsmarkt und vielem mehr erhalten.



Meine Damen und Herren Abgeordnete,
hier stellte sich Europa dem Gebot der Stunde.

Deshalb bin ich stolz, Ihnen mitteilen zu können, dass die Kommission die Verlängerung des vorübergehenden Schutzes für die Ukrainerinnen und Ukrainer in der EU vorschlagen wird.

Unsere Unterstützung der Ukraine wird von Dauer sein.

Wir haben allein in diesem Jahr 12 Milliarden Euro für die Zahlung von Löhnen und Renten bereitgestellt.

Um Krankenhäuser, Schulen und andere Dienste am Laufen zu halten.

Und mit unserem ASAP-Vorschlag steigern wir die Munitionsproduktion, um den unmittelbaren Bedarf der Ukraine zu decken.

Doch wir schauen weiter voraus.

Deshalb haben wir die Bewilligung von weiteren 50 Milliarden Euro für Investitionen und Reformen vorgeschlagen.

Sie werden zur Zukunft der Ukraine beitragen, zu ihrem Wiederaufbau als modernes und blühendes Land.

Und diese Zukunft ist deutlich abzusehen.

Dieses Haus hat es laut und deutlich ausgesprochen: Die Zukunft der Ukraine liegt in unserer Union.

Die Zukunft des Westbalkans liegt in unserer Union.

Die Zukunft Moldaus liegt in unserer Union.

Und ich weiß, wie wichtig die EU-Perspektive für viele Menschen in Georgien ist.



Die Kommission wird die **Verlängerung des vorübergehenden Schutzes für die Ukrainerinnen und Ukrainer in der EU** vorschlagen.



Meine Damen und Herren Abgeordnete,

zu Beginn meiner Rede sprach ich davon, wie sich Europa **seiner historischen Aufgabe** stellt.

Und diese Aufgabe ist, unsere Union zu vollenden.

In einer Welt, in der einige versuchen, sich andere Länder nach und nach unter den Nagel zu reißen, können wir es uns nicht leisten, unsere europäischen Freunde im Stich zu lassen.

In einer Welt, in der Größe und Gewicht zählen, liegt es ganz klar im strategischen und sicherheitspolitischen Interesse Europas, die Union zu vollenden.

Doch jenseits von Politik und Geopolitik müssen wir uns bewusst machen, was auf dem Spiel steht.

Wir brauchen eine Vision für eine erfolgreiche Erweiterung.

Eine vollendete Union mit über 500 Millionen Menschen, die in einer freien, demokratischen und blühenden Gemeinschaft leben.

Eine vollendete Union, in der junge Menschen in Freiheit leben, studieren und arbeiten können.

Eine vollendete Union mit lebendigen Demokratien, in denen die Justiz unabhängig ist, Opposition respektiert wird und Journalistinnen und Journalisten geschützt werden.

Weil Rechtstaatlichkeit und Grundrechte stets die Grundlagen unserer Union bilden werden – in den heutigen wie auch künftigen Mitgliedstaaten.

Deshalb genießen die Berichte über die Rechtstaatlichkeit für die Kommission höchste Priorität.

Wir arbeiten jetzt mit den Mitgliedstaaten eng zusammen, um Fortschritte und Bedenken festzustellen – und wir sprechen für das kommende Jahr Empfehlungen aus.

Damit ist die Rechenschaft vor diesem Hause und den nationalen Parlamenten gewährleistet.

Es wurde der Dialog zwischen den Mitgliedstaaten ermöglicht.

Und es bringt Ergebnisse.

Ich denke, dass dasselbe auch für künftige Mitgliedstaaten möglich ist.

Daher freue ich mich ganz besonders, Ihnen mitteilen zu können, dass wir die Berichte über die Rechtsstaatlichkeit jenen Beitrittsländern zugänglich machen, die weiter Fahrt aufnehmen wollen.



Rechtstaatlichkeit und Grundrechte werden stets die Grundlagen unserer Union bilden – in den heutigen wie auch künftigen Mitgliedstaaten.



Sie werden dadurch mit den Mitgliedstaaten auf Augenhöhe sein.

Und bei ihren Reformbemühungen Unterstützung erhalten.

Und es wird sichergestellt, dass unsere Zukunft in einer Union der allgemeinen Freiheit, Rechte und Werte liegt.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

das liegt in unser aller Interesse.

Denken Sie nur an die große Erweiterung vor 20 Jahren.

Wir haben sie die „europäische Willkommensfeier“ genannt.

Und sie war ein Triumph der Entschlossenheit und Hoffnung über die Lasten der Vergangenheit.

In den 20 Jahren, die seitdem vergangen sind, haben wir eine wirtschaftliche Erfolgsstory erlebt, die das Leben von Millionen Menschen verbessert hat.

Ich möchte, dass wir uns auf die nächste europäische Willkommensfeier und die nächsten wirtschaftlichen Erfolgsgeschichten freuen.

Wir wissen, dass dieser Weg nicht einfach ist.

Ein Beitritt beruht auf Leistung – und die Kommission wird diesen Grundsatz stets verteidigen.

Er erfordert **harte Arbeit und Führungsstärke.**

Aber schon jetzt gibt es viele Fortschritte.

Wir haben die großen Schritte gesehen, die die Ukraine bereits gemacht hat, nachdem ihr der Kandidatenstatus verliehen wurde.

Und wir haben die Entschlossenheit weiterer Beitrittskandidaten gesehen, sich zu reformieren.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

es ist jetzt für uns an der Zeit, dieser Entschlossenheit gerecht zu werden.

Und das heißt, dass wir uns darüber Gedanken machen müssen, wie wir uns auf eine vollendete Union vorbereiten können.

Wir müssen die alten Schwarz-Weiß-Diskussionen über die Erweiterung hinter uns lassen.



Ein Beitritt beruht auf Leistung – und die Kommission wird diesen Grundsatz stets verteidigen.



27 von uns haben mit dem Aufbau der Europäischen Verteidigungsunion begonnen.

Und ich glaube, dass mehr als 30 Staaten sie vollenden werden.

Wir haben bewiesen, dass wir eine geopolitische Union sein können und gezeigt, dass wir schnell vorankommen, wenn wir an einem Strang ziehen.

Und ich glaube, dass Europa auch mit mehr als 30 Staaten funktioniert.

Es geht hier nicht darum, ob wir entweder die Integration vertiefen oder die Union erweitern.

Wir können und müssen beides tun.

Damit wir geopolitisch an Gewicht gewinnen und handlungsfähig sind.

Das ist es, was unsere Union stets getan hat.

Jede Erweiterungswelle ging mit einer politischen Vertiefung einher.

Wir gelangten von Kohle und Stahl zur vollen wirtschaftlichen Integration.

Und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs verwandelten wir ein Wirtschaftsprojekt in eine wahre Union der Menschen und Staaten.

Ich denke, dass auch die nächste Erweiterung ein Katalysator für den Fortschritt sein muss.

27 von uns haben mit dem Aufbau einer Gesundheitsunion begonnen.

Und ich glaube, dass mehr als 30 Staaten sie vollenden werden.



Meine Damen und Herren Abgeordnete,
ich weiß, dass dieses Haus das auch glaubt.

Und das Europäische Parlament war stets ein wichtiger Motor für die europäische Integration.

Das war es im Laufe der Jahrzehnte.

Und das ist es heute erneut.

Ich werde dieses Haus stets unterstützen – und all jene, die die EU reformieren wollen, damit sie den Bürgerinnen und Bürgern mehr Nutzen bringt.

Und ja, notfalls auch durch einen Europäischen Konvent und eine Änderung der Verträge!

.....

27 von uns haben mit dem Aufbau der Europäischen Verteidigungsunion begonnen, und ich glaube, dass mehr als 30 Staaten sie vollenden werden.

.....

Aber wir können und **sollten nicht auf eine Vertragsänderung warten, um die Erweiterung voranzubringen.**

Eine erweiterungsfähige Union können wir rascher erreichen.

Dazu müssen praktische Fragen geklärt werden, wie eine Union mit mehr als 30 Ländern in der Praxis funktionieren wird.

Und insbesondere darüber, wie wir handlungsfähig bleiben.

Die gute Nachricht lautet, dass sich bei jeder Erweiterung die Behauptung, wir würden dadurch weniger effizient, als Irrtum erwiesen hat.

Nehmen Sie die letzten paar Jahre.

27 von uns haben sich auf NextGenerationEU geeinigt.

27 von uns haben vereinbart, Impfstoffe zu kaufen.

Wir haben in Rekordzeit Sanktionen vereinbart – ebenfalls 27 von uns.

Wir haben vereinbart, Erdgas zu kaufen – nicht nur 27 von uns, sondern auch die Ukraine, Moldau und Serbien.

Es ist also möglich.

Aber wir müssen uns jeden Politikbereich genau anschauen und sehen, wie sich eine größere Union darauf auswirken würde.

Daher wird die Kommission eine Reihe von **Überprüfungen von Politikfeldern im Vorfeld der Erweiterung** einleiten, um zu sehen, wie die einzelnen Bereiche möglicherweise an eine größere Union angepasst werden müssen.

Wir werden uns überlegen müssen, wie unsere Institutionen funktionieren würden – wie das Parlament und die Kommission aussehen würden.

Wir müssen über die Zukunft unseres Haushalts sprechen – darüber, **was** daraus bezahlt wird und **wie** der Haushalt **finanziert** wird.

Und wir müssen uns darüber klarwerden, wie wir in einer Welt, in der die Abschreckung mehr denn je zählt, **glaubhaft Sicherheit garantieren können**.

Das sind Fragen, denen wir uns **heute** stellen müssen, um für die Zukunft gewappnet zu sein.

Und die Kommission wird ihren Part übernehmen.

.....

Die Kommission wird eine Reihe von **Überprüfungen von Politikfeldern im Vorfeld der Erweiterung** einleiten, um zu sehen, wie die einzelnen Bereiche möglicherweise an eine größere Union angepasst werden müssen.

.....

Deshalb werden wir **unsere Ideen in die Gespräche der Staats- und Regierungsspitzen unter belgischem Ratsvorsitz einbringen**.

Uns treibt die Überzeugung an, dass die Vollendung der Union die beste Investition in den Frieden, die Sicherheit und den Wohlstand unseres Kontinents ist.

Die Zeit für Europa ist gekommen, wieder im großen Maßstab zu denken und das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen!

Fazit

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

Wiktorija Amelia glaubte, dass es unsere gemeinsame Pflicht ist, eine neue Geschichte für Europa zu schreiben.

Hier steht Europa heute.

In einer Zeit und an einem Ort, wo Geschichte geschrieben wird.

Die Zukunft unseres Kontinents hängt von unseren heutigen Entscheidungen ab.

Von den Schritten, die wir zur Vollendung unserer Union unternehmen.

Die Menschen in Europa wünschen sich eine Union, die in einer Zeit des Wettlaufs der Großmächte für sie einsteht.

Aber auch eine Union, die sie als Partner und Verbündete im täglichen Kampf schützt und ihnen zur Seite steht.

Und wir werden auf sie hören.

Was den Europäerinnen und Europäern wichtig ist, ist wichtig für Europa.

Denken Sie noch einmal an die Vision und Vorstellungskraft der jungen Generation zurück, mit der ich meine Rede begonnen habe.

Dies ist der Moment, um ihnen zu zeigen, dass wir einen Kontinent gestalten können, wo sie sein können, wer sie wollen, wo sie lieben können, wen sie wollen, und wo sie sich die höchsten Ziele stecken können.

.....

Einen Kontinent, der **mit der Natur versöhnt und bei der Entwicklung neuer Technologien** führend ist.

.....

Einen Kontinent, der **mit der Natur versöhnt und bei der Entwicklung neuer Technologien** führend ist.

Einen Kontinent, der **in Freiheit und Frieden geeint** ist.

Wieder einmal gilt – dies ist für Europa der Moment, sich seinem historischen Auftrag zu stellen.

Es lebe Europa!

Brüssel, den 13. September 2023

Sehr geehrte Frau Präsidentin Metsola,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Sánchez,

wir leben in bewegten Zeiten. Die Ereignisse der vergangenen vier Jahre – von einer globalen Pandemie und der Rückkehr des Krieges auf unserem Kontinent bis zum Anstieg extremer Wetterereignisse und dem Voranschreiten der künstlichen Intelligenz – werden die Welt auch in den kommenden Jahrzehnten prägen.

Dieser Wendepunkt in der Weltgeschichte war auch für Europa einschneidend. Mit unserer Reaktion auf den Krieg gegen die Ukraine und auf den Machtkampf zwischen den Großmächten ist eine geopolitische Union entstanden. NextGenerationEU hat unsere Wirtschaft wieder angekurbelt und den sauberen und digitalen Wandel beschleunigt. Der europäische Grüne Deal – unsere Wachstumsstrategie – hat Europa auf einen soliden Kurs hin zur Klimaneutralität gebracht und gleichzeitig unsere Reaktion auf die russische Aggression bestimmt. Wir haben damit begonnen, eine Gesundheitsunion aufzubauen und in wichtigen Sektoren wie Energie, Chips und Rohstoffe unabhängiger zu werden. Wir sind zu globalen Vorreitern im Bereich digitaler Rechte geworden. Zudem haben wir die sozialen Rechte in den Mittelpunkt der Erholung nach der Krise gerückt und dank unserer Initiative zur Kurzarbeit 40 Millionen Arbeitsplätze bewahrt. Darüber hinaus haben wir Pionierarbeit für die Gleichstellung der Geschlechter geleistet, von der Richtlinie über Frauen in Aufsichtsräten bis zum Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention.

Dank der gemeinsamen Arbeit der EU-Organe haben wir trotz aller Krisen **mehr als 90 % der politischen Leitlinien von 2019 umgesetzt.** Wir konnten bei **63 % der 633** Legislativvorschläge, die die Kommission vorgelegt hat, Einvernehmen erzielen. Damit ist die Arbeit allerdings noch lange nicht getan. Die Zeit bis zur Europawahl ist entscheidend, um die begonnenen Vorhaben abzuschließen, aber auch um künftige Initiativen auf den Weg zu bringen.

Es kommt nun darauf an, hier und jetzt Ergebnisse zu erzielen und sich zugleich auf die Zukunft vorzubereiten. Daher müssen wir unbedingt eine Einigung über die bereits vorgelegten Legislativvorschläge erreichen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Das haben das Europäische Parlament und der Rat in dieser Amtszeit immer wieder unter Beweis gestellt – zuletzt mit der Verabschiedung der Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion in Rekordzeit. In den kommenden Monaten müssen wir unter Beweis stellen, dass wir bei wichtigen Rechtsvorhaben wie dem neuen Migrations- und Asylpaket, bei der Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung und der Verabschiedung des Gesetzes über künstliche Intelligenz an einem Strang ziehen. Zudem sollten wir unseren Vorschlag für eine Halbzeitüberprüfung des EU-Haushalts voranbringen, der nicht zuletzt notwendige Mittel für unsere unmittelbaren Prioritäten umfasst.

Um diesen laufenden Legislativvorschlägen Vorrang einzuräumen, wird die Kommission nur eine **begrenzte Zahl neuer Initiativen vorlegen, die unsere bestehenden Verpflichtungen widerspiegeln oder auf neue Herausforderungen reagieren,** wie das Klimaziel für 2040 oder die Bekämpfung organisierter krimineller Aktivitäten wie Menschen schmuggeln oder Drogenhandel. Die nachstehende Liste enthält unsere wichtigsten Prioritäten, bei denen wir auf einen umfassenden politischen Dialog mit dem Europäischen Parlament, dem Rat und den beratenden Einrichtungen setzen. Diese Maßnahmen werden in unserem Arbeitsprogramm für 2024 ausführlich beschrieben und ergänzt.

Parallel dazu werden wir uns weiter für einen gerechten Übergang für Menschen, Industrie und Landwirtschaft einsetzen. Wir wollen den Verwaltungsaufwand weiter verringern und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und den Binnenmarkt stärken. Wir werden weiter daran

arbeiten, Europa gerechter zu gestalten und die europäische Säule sozialer Rechte umzusetzen, insbesondere im Rahmen des **Gipfeltreffens von Val Duchesse** mit den Sozialpartnern unter belgischem Ratsvorsitz – fast 40 Jahre nach dem historischen Treffen, das am selben Ort dazu beigetragen hat, den europäischen sozialen Dialog aus der Taufe zu heben. Darüber hinaus werden wir eine Reihe von **Dialogen über den sauberen Wandel mit der Industrie** und einen **strategischen Dialog mit der Landwirtschaft** führen, damit der Wandel auf faire, intelligente und integrative Weise umgesetzt wird. Mario Draghi wird einen Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit vorlegen, in dem die Herausforderungen beleuchtet werden, vor denen Industrie und Unternehmen in unserem Binnenmarkt stehen.

Wir werden auch weiterhin darauf hinarbeiten, dass **unsere Institutionen die Menschen, für die sie bestehen, besser repräsentieren**. Heute bekleiden Frauen mehr als 47 % der Führungspositionen in der Kommission. Damit haben wir ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis erreicht. Zum ersten Mal in der Geschichte der Kommission gibt es mehr Generaldirektorinnen als Generaldirektoren.

Auch jetzt, wo der Krieg schon fast zwei volle Jahre andauert, steht Europa unerschütterlich und ungebrochen an der Seite der Ukraine, und wird dies so lange wie nötig tun. Die Union und ihre Mitgliedstaaten haben insgesamt bereits **76 Mrd. EUR** zur Unterstützung der ukrainischen Wirtschaft und Gesellschaft und des ukrainischen Militärs bereitgestellt. Ich bin stolz darauf, dass wir vorgeschlagen werden, **den vorübergehenden Schutz von Ukrainerinnen und Ukrainern in der EU zu verlängern**. Das bedeutet, dass unsere ukrainischen Freunde weiterhin Zugang zu unserem Arbeitsmarkt, unseren Schulen und unserem Gesundheitssystem haben werden. Auf dem Weg zum rechtmäßigen Platz der Ukraine in der Union werden wir deren wirtschaftliche Heranführung vorantreiben. Gleichzeitig verschärfen und verlängern wir die Sanktionen, arbeiten daran, unsere militärische Unterstützung durch die Europäische Friedensfazilität zu erhöhen, und bilden ukrainische Soldatinnen und Soldaten aus.

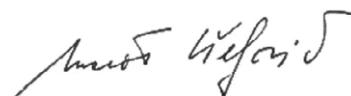
Wir stehen vor einer historischen Aufgabe. **Während sich die Kandidatenländer auf den Beitritt vorbereiten, muss sich auch die Union auf die Situation einstellen**. Diese nächste Erweiterung muss ein Katalysator für den Fortschritt sein, wie auch alle bisherigen Erweiterungen durch tiefgreifende institutionelle Reformen vorbereitet und mit diesen verknüpft wurden. Die Kommission wird ihre Ideen hierzu einbringen.

In den ersten Monaten dieser Amtszeit habe ich gesagt, dass Europa ein Mehrgenerationen-Projekt ist. Jetzt, da eine neue Generation von Europäerinnen und Europäern an die Wahlurnen geht, müssen wir ihren Wünschen gerecht werden und ihre Sorgen ernstnehmen. Wir müssen zeigen, wie wir **unsere Union vollenden und die nächste Generation des europäischen Projekts vorbereiten**.

Dies ist unsere gemeinsame Aufgabe. Sie können darauf zählen, dass die Kommission stets die Zusammenarbeit mit Ihnen suchen wird.



Ursula von der Leyen



Maroš Šefčovič

Prioritäten für 2024

Ein europäischer Grüner Deal

- Europäisches Windkraftpaket
- Klimaziel für 2040
- Initiative für einen resilienten Wassersektor

Ein Europa für das digitale Zeitalter

- EU-Weltraumgesetz
- Strategie zur Weltraumdatenökonomie
- Initiative zur Öffnung europäischer Supercomputerkapazitäten für ethische und verantwortungsvolle KI-Start-ups

Eine Wirtschaft in den Diensten der Menschen

- EU-Biotechnologie- und Bioproduktionsinitiative
- Folgemaßnahmen zum Gipfeltreffen von Val Duchesse
- Industrielle Führungsrolle dank fortgeschrittener Werkstoffe
- Initiative mit Bestimmungen zum Europäischen Betriebsrat

Ein stärkeres Europa in der Welt

- Stärkung der Partnerschaft mit Afrika
- Europäische Strategie für die Verteidigungsindustrie

Förderung unserer europäischen Lebensweise

- Verlängerung des vorübergehenden Schutzes für Menschen, die aus der Ukraine fliehen
- Aktionsplan zur Bekämpfung des Drogenhandels, auch durch die Europäische Hafenallianz
- Aktualisierung des Rechtsrahmens und Stärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Schleusung von Migranten
- Gemeinsame europäische Hochschulabschlüsse

Neuer Schwung für die Demokratie in Europa

- Mitteilung über Reformen im Vorfeld der Erweiterung und Überprüfung politischer Maßnahmen
- Empfehlung der Kommission zu integrierten Kinderschutzsystemen



Europa: eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt

Vor einem Jahr stand die Europäische Union vor einer ihrer größten Herausforderungen: Krieg auf unserem Kontinent – und erstmals wurde ein Nachbarland aufgrund seines Wunsches, unserer Union beizutreten, angegriffen. Russland versuchte, Energie als Druckmittel gegen uns einzusetzen, und Europa stand kurz vor einer Krise in puncto fossile Brennstoffe. Wir wussten nicht, ob unsere Gasreserven uns über den Winter bringen würden. Aber wir wussten im Grunde unseres Herzens, dass wir unsere ukrainischen Freundinnen und Freunde, die für ihre Freiheit kämpfen, nicht im Stich lassen konnten. **Da wir uns rasch von fossiler Energie aus Russland unabhängig machen mussten, stellten wir uns breiter auf und beschleunigten die Energiewende. Und zwar gemeinsam.** Nicht etwa, weil es leicht war, sondern weil es richtig war.

Das ist der Geist von Präsidentin Ursula von der Leyens Europäischer Kommission. Seit 2019 haben die Europäer/innen eine globale Pandemie erlebt, eine Energiekrise überstanden und die meisten Vertriebenen seit dem Zweiten Weltkrieg bei sich aufgenommen. Bei all diesen Widrigkeiten haben wir den europäischen Grünen Deal, auf den Menschen ausgerichtete digitale Innovationen und soziale Gerechtigkeit nie aus den Augen verloren. **Dies ist eine Kommission, die zu ihrem Wort steht und Taten folgen lässt.**

Nicht nur, dass die EU-Bürger/innen wieder Vertrauen in die Krisentauglichkeit, Flexibilität und Vision unserer Union haben – wir Europäer/innen sind auch stärker und geeinter geworden. Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 stehen wir der Ukraine und ihrer Bevölkerung auch weiterhin zur Seite. Wir haben den Wirkungskreis unserer Sanktionen,

die die russische Kriegsmaschinerie schwer treffen, vertieft und erweitert. Wir setzen uns für die regelbasierte Ordnung ein, ziehen Russland für seine Verbrechen zur Rechenschaft und **arbeiten auf einen gerechten Frieden hin.** Wir halfen der Ukraine, ihre Haushaltslücke für 2023 zu schließen und schlugen vor, ihre Wirtschaft auch in den kommenden Jahren aus einer neuen Fazilität im EU-Haushalt zu stützen. Gleichzeitig **bereiten wir die Aufnahme der Ukraine in unsere europäische Familie vor,** wobei der Schwerpunkt auf Wiederaufbau und Reformen liegt. Für eine verstärkte Sicherheit unserer erweiterten Union bauen wir zudem die europäischen Verteidigungskapazitäten aus.

Mit **REPowerEU** haben wir den Energiekrieg gewonnen, den Russland gegen unsere Wirtschaft geführt hat: Wir haben Stromausfälle vermieden, die Energiepreise auf Vorkriegsniveau gesenkt und saubere, erschwingliche und heimische erneuerbare Energien verdoppelt. Im Mai 2023 **erzeugte die EU erstmals mehr Strom aus Wind- und Solarenergie als aus fossilen Brennstoffen.** Zudem besinnen wir uns wieder auf das, was die europäische Industrie im globalen Wettlauf um Klimaneutralität braucht – von der Netto-Null-Industrie-Verordnung über das Gesetz zu kritischen Rohstoffen bis hin zur Wasserstoffbank – allesamt wegweisende Gesetzgebungsinitiativen.

Den Kern des wirtschaftlichen Wandels in der EU bildet **NextGenerationEU**, unser epochaler Aufbau- und Investitionsplan. Zum 30-jährigen Bestehen des Binnenmarktes investieren die 27 Mitgliedstaaten gemeinsam in Infrastruktur wie Verbindungsleitungen und Energieinseln sowie in Elektromobilität.

Wir bauen innovative Industriezweige wie Batterien, Halbleiter und Wasserstoff aus. Der EU-Arbeitsmarkt ist so leistungsfähig wie seit Jahrzehnten nicht mehr, aber der Mangel an Kompetenzen, die für den ökologischen und digitalen Wandel benötigt werden, könnte der Verwirklichung unserer Ziele im Weg stehen. Deswegen haben wir das Jahr 2023 zum Europäischen Jahr der Kompetenzen ausgerufen: um lebenslanger Aus- und Weiterbildung einen neuen Stellenwert zu verleihen.

Für diese Kommission heißt „EU“ in erster Linie, dass „die Menschen vereint für etwas eintreten – für ihre Freiheit, für ihre Werte, kurzum für eine bessere Zukunft“. Im Vorfeld der **Europawahl 2024** müssen wir alles in unserer Macht Stehende tun, um die Menschen zu informieren und sicherzustellen, dass sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Wir werden die Demokratie vor Einmischung und Bedrohungen, auch vor Korruption, Desinformation, Angriffen auf Journalisten und ausländischen Spaltungsversuchen, schützen. **Unsere demokratische Tradition, Bestrebungen und Einheit ist unsere Stärke.**

Von den Gründervätern des europäischen Friedensprojekts, die nach dem Zweiten Weltkrieg kühn über ein geeintes Europa nachdachten, über diejenigen, die 1989 den Eisernen Vorhang, Symbol der Spaltung unseres Kontinents, niederrissen, bis hin zu den tapferen Menschen in der Ukraine, die derzeit für Freiheit und eine europäische Zukunft ihrer Kinder kämpfen – **was uns vereint, ist der Kampf für das, was richtig ist.** Mittlerweile steht Europa wieder für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt – und diese Zukunft liegt in unserer Hand.



Mittlerweile steht Europa wieder für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt – und **diese Zukunft liegt in unserer Hand.**

1 Einlösung von Europas Versprechen

Erstmalig in unserer Geschichte wird ein Nachbarland aufgrund seines Wunsches, Teil der europäischen Familie zu sein, angegriffen. Russland führt Krieg gegen die souveräne Entscheidung der Ukraine – und den unmissverständlich geäußerten Willen ihrer Bevölkerung –, sich unserer Union anzunähern. Unsere Antwort ist klar und bleibt auch klar. Wir müssen und werden uns weiterhin für einen gerechten Frieden einsetzen. Das bedeutet, dass wir der Ukraine helfen, sich zu verteidigen, ihre volle Souveränität zurückzuerlangen und auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft voranzukommen.

Hierzu leisten wir der Ukraine humanitäre, wirtschaftliche und militärische Hilfe, stellen wir erhebliche Mittel für die unmittelbaren Bedürfnisse, für die Erholung und die Modernisierung des Landes bereit, sorgen wir dafür, dass grundlegende öffentliche Dienste wie Krankenhäuser und Schulen aufrechterhalten werden, setzen wir von Russland zerstörte kritische Infrastruktur wie Energienetze, Wasserversorgung, Verkehrsnetze, Straßen und Brücken wieder instand und helfen dabei, die erforderlichen Verteidigungsfähigkeiten bereitzustellen. Zudem haben wir in der EU lebenden Ukrainerinnen und Ukrainern vorübergehende Schutzrechte gewährt, bieten Schutz- und Reha-Maßnahmen für traumatisierte und unbegleitete Minderjährige sowohl in der Ukraine als auch in der EU an und unterstützen die umfassende Kinderbetreuungsreform in der Ukraine.

Zusätzlich helfen wir der Ukraine, Russland für sein Verbrechen der Aggression sowie für seine Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu

ziehen, und erleichtern die sichere Rückkehr ukrainischer Kinder, die nach Russland verschleppt wurden. Um die Kriegsfähigkeit Russlands zu schwächen, **hat die Europäische Union elf weitreichende Sanktionspakete verhängt**, die Schlüsselsektoren der russischen Wirtschaft betreffen, erhebliche Vermögenswerte eingefroren und wichtige russische Banken vom SWIFT-System abgekoppelt. Im Verteidigungsbereich hat die EU die Zusammenarbeit mit der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) ausgebaut und gleichzeitig ihre eigenen gemeinsamen Verteidigungsfähigkeiten durch den Europäischen Verteidigungsfonds gestärkt.

Unterstützung für die Ukraine – so lange wie nötig

Seit dem Moment, in dem der russische Angriffskrieg seine dunklen Schatten über die Ukraine warf, war es oberste Pflicht für die Europäische Union, die ukrainische Zivilbevölkerung zu schützen. Am 4. März 2022, nur wenige Tage nach dem Beginn der russischen Invasion, hat die EU erstmalig in den 20 Jahren seit Annahme dieses Rechtsakts die **Richtlinie über vorübergehenden Schutz** einstimmig in Kraft gesetzt. Hierdurch erhielten ukrainische Kriegsflüchtlinge bereits von Anfang an Rechte innerhalb der EU, darunter Aufenthaltstitel, Wohnraum, Zugang zum Arbeitsmarkt, medizinische Versorgung und vor allem ein Bildungsangebot für Kinder.

Die EU-Mitgliedstaaten haben ihre Häuser und Herzen für Millionen Ukrainer/innen geöffnet und bieten rund 4 Millionen Menschen vorübergehenden Schutz, von denen fast die Hälfte Frauen sind. **Die EU ist für knapp jedes fünfte Kind aus der Ukraine zum Zufluchtsort geworden.** Diese umfassende Reaktion auf die größte Vertreibung von Menschen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg ging durch unsere gesamte Gesellschaft.



Ukrainische Kriegsflüchtlinge retten eine ländliche

Grundschule in Irland vor der Schließung. Die Lismoil National School in Roscommon nahm 14 ukrainische Kinder auf, die mehr als die Hälfte der Gesamtschülerzahl der Schule ausmachen.



Derzeit müssen wir von mehr als 5 Millionen Binnenvertriebenen innerhalb der Ukraine ausgehen. Die dunklen Wolken des Krieges und die vorsätzlichen Angriffe Russlands auf die Zivilbevölkerung bedeuten, dass 2023 rund 17,6 Millionen Menschen humanitäre Hilfe benötigen dürften.

Seit Beginn der Invasion hat die Kommission 733 Mio. EUR für humanitäre Hilfsprogramme bereitgestellt. Insgesamt wurden 685 Mio. EUR für humanitäre Hilfe in der Ukraine und 48 Mio. EUR für Kriegsflüchtlinge und Aufnahmegemeinschaften in der benachbarten Republik Moldau bereitgestellt. Zwischen Januar und Juni 2023 haben **7,9 Millionen Ukrainer/innen**, auch in besonders betroffenen Gebieten, **humanitäre Hilfe von der EU** und anderen großzügigen Gebern **erhalten**.

Seit Januar 2023:

- Gut 4 Millionen Menschen erhielten Nahrungsmittelhilfe,
- 5,6 Millionen Menschen wurden medizinisch versorgt,
- Bargeldhilfe hat 2,9 Millionen Menschen erreicht,
- kritische Schutzdienste wurden auf 1,1 Millionen Menschen ausgeweitet und

Vorübergehender Schutz für rund 4 Millionen Personen



Die Kommission hat **733 Mio. EUR** für humanitäre Hilfsprogramme bereitgestellt



- knapp 3,3 Millionen Menschen haben wieder Zugang zu Trinkwasser und grundlegenden Hygiene- und Sanitärversorgungsdiensten.

Darüber hinaus wurde mit den 2022 eingeführten **CARE-Initiativen** (Kohäsionsaktion für Flüchtlinge in Europa und flexible Hilfe für Gebiete) eine umfassende Flexibilität in der Kohäsionspolitik eingeführt, sodass nicht zugewiesene Mittel in Höhe von rund 17 Mrd. EUR für den Zeitraum 2014-2020 umgeschichtet werden konnten, wobei für 2021-2027 eine gewisse Flexibilität speziell zur Unterstützung von Flüchtlingen vor der russischen Invasion vorgesehen war.



Die meisten unter vorübergehendem Schutz stehenden Ukrainer/innen in der EU sind gut integriert. Dies gilt insbesondere für Estland, wo fast die Hälfte der Ukrainerinnen und Ukrainer im erwerbsfähigen Alter bereits Arbeit gefunden haben.



Per Aktivierung des **EU-Katastrophenschutzverfahrens** hat die EU die Hilfe aus allen 27 Mitgliedstaaten sowie aus Island, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien und der Türkei effizient an die Ukraine weitergeleitet. Gut 94 000 Tonnen Sachhilfe im Gegenwert von gut 760 Mio. EUR gingen in die Ukraine. Hierzu gehört der Rückgriff auf unsere eigenen rescEU-Notbestände, aus denen wir Unterkünfte, Energie, medizinische Hilfe und Spezialausrüstung im Wert von 121 Mio. EUR bereitgestellt haben, um chemische, biologische, radiologische und nukleare Gefahren für die öffentliche Gesundheit zu mindern. **Dies ist ein Paradebeispiel für die Solidarität der EU.**

Da Russland weiterhin zivile kerntechnische Anlagen gefährdet, hat die EU der Ukraine gut 54,8 Mio. EUR an materieller **Unterstützung im Bereich der nuklearen Sicherheit** aus der strategischen rescEU-Reserve bereitgestellt. Mit Mitteln aus dem Europäischen Instrument für internationale Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit wurde mit der Instandsetzung von Labors und Ausrüstungsgegenständen begonnen, die von den russischen Besatzern in der Sperrzone von Tschernobyl beschädigt wurden. Ferner wurde ein modernes automatisiertes Strahlenschutzüberwachungssystem eingerichtet.

Darüber hinaus sorgt die EU dafür, dass **ukrainische Patientinnen und Patienten**, die dringend ärztlich behandelt werden müssen, **ausgeflogen werden**. Im Rahmen des **EU-Katastrophenschutzverfahrens** wurden 2 500 medizinische Evakuierungen ukrainischer Patientinnen und Patienten erfolgreich durchgeführt. Um diese Patientinnen und Patienten weiter betreuen zu können, hat die EU im September 2022 im polnischen Rzeszów ein „Medevac-Zentrum“

eröffnet. Mit einem von Norwegen bereitgestellten und von der EU finanzierten Spezialflugzeug werden wöchentlich medizinische Evakuierungsflüge durchgeführt. Darüber hinaus wurden aus dem EU4Health-Förderprogramm Projekte unterstützt, die auf **psychische Gesundheit und psychologische Betreuung** für Menschen in der Ukraine sowie aus der Ukraine kommende Menschen in der EU ausgerichtet sind.

Angesichts der fortdauernden russischen Angriffe auf die Energieinfrastruktur der Ukraine wurden rasch Sofortmaßnahmen ergriffen. Zusammen mit humanitären Partnerorganisationen hat die EU die Ukraine mit rund **5 760 Stromaggregaten** versorgt. In puncto Größe und Kapazität reichen diese Generatoren von Geräten, die einzelne Haushalte versorgen können, bis hin zu größeren Modellen, die ganze Krankenhäuser versorgen. In Zusammenarbeit mit der Firma Enel hat die Kommission der Ukraine auch **5 700 Solarpaneele** gespendet. Sie werden im italienischen Catania mit Unterstützung des Innovationsfonds produziert. So werden Schulen, Krankenhäuser und Feuerwehren mit Strom versorgt.

Zu Beginn des Krieges hat die EU einen entscheidenden Schritt zur **Stabilisierung der Stromnetze der Ukraine und Moldaus** unternommen und ihre Stromnetze mit dem kontinentaleuropäischen Netz synchronisiert. Seit Inbetriebnahme der neuen Stromleitung Polen-Ukraine am 7. Mai 2022 konnten die Ukraine und Moldau rund 1 050 Megawatt aus Kontinentaleuropa einführen.

Inmitten der Kriegswirren ist es von größter Bedeutung, dass die Ukrainer/innen mit ihren Angehörigen in Verbindung bleiben

- **5 700**
- **Solarpaneele** von der
- Europäischen Kommission an die
- Ukraine gespendet



können. Daher bat die Kommission die Telekommunikationsbetreiber aus der EU und der Ukraine, Ukrainerinnen und Ukrainern in der EU die Roaminggebühren für einen Zeitraum von drei Monaten deutlich zu reduzieren oder ganz zu erlassen. Diese Vereinbarung, die von 38 Unternehmen unterzeichnet wurde, hat das **grenzüberschreitende Roaming erleichtert**. Zusätzlich hat die EU 2,5 Millionen SIM-Karten an Zuflucht suchende Ukrainer/innen ausgegeben und WLAN-Hotspots an Grenzübergängen und in Unterkünften eingerichtet. Am 24. April 2023 nahm die EU die Roaming-Vorschriften in das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine auf.

Umfassende Nutzung der Wirtschafts- und Finanzkraft der Europäischen Union

Seit Beginn der Invasion haben die EU und ihre Mitgliedstaaten beispiellose Solidarität mit der Ukraine gezeigt und **insgesamt 59 Mrd. EUR an finanzieller und humanitärer Hilfe, Budget-Soforthilfe und militärischer Hilfe mobilisiert**. Insgesamt wurden 38,8 Mrd. EUR – 31 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt und 7,8 Mrd. EUR von den Mitgliedstaaten – zum Ausbau der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und finanziellen Krisenfestigkeit der Ukraine bereitgestellt. Um die ukrainischen Streitkräfte bei der Verteidigung ihrer Nation zu unterstützen, wurde militärische Hilfe der EU im Umfang von rund 20 Mrd. EUR geleistet, wovon 5,6 Mrd. EUR aus der Europäischen Friedensfazilität kamen. Darüber hinaus haben die EU und ihre Mitgliedstaaten mindestens 17 Mrd. EUR zur Unterstützung von ukrainischen Flüchtlingen mobilisiert. **Damit beläuft sich die Unterstützung für die Ukraine und ihre Bevölkerung auf insgesamt 76 Mrd. EUR.**

2022 leistete die EU **Makrofinanzhilfe in Höhe von 7,2 Mrd. EUR an die Ukraine**, um das kontinuierliche Funktionieren der Regierung des Landes und die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zu gewährleisten. 500 Mio. EUR dieser Budgethilfe wurden im Rahmen der globalen Initiative „Stand up for Ukraine“ und der hochrangigen internationalen Geberkonferenz für die Ukraine im Mai 2022 zugesagt, um den dringenden Bedarf des Landes in puncto Wohnraum, Bildung und Landwirtschaft zu decken.

2023 bietet die EU der Ukraine ein beispielloses Hilfspaket im Umfang von rund **18 Mrd. EUR** in Form besonders günstiger **12 Mrd. EUR hiervon wurden bereits ausgezahlt**. Somit kann die Ukraine weiterhin Löhne und Renten zahlen und grundlegende öffentliche Dienste wie Krankenhäuser, Schulen und Unterkünfte für Binnengeflüchtete bereitstellen. Die Ukraine bleibt somit volkswirtschaftlich stabil und kann zerstörte kritische Infrastruktur wieder instandsetzen.

Die EU stellt ein Hilfspaket für die Ukraine in Höhe von bis zu **18 Mrd. EUR bereit**



© Adobe Stock

49 Millionen Tonnen landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ukraine



99 Mrd. EUR
geschätzter Wert dieser Produkte

© Adobe Stock

Im Juni 2023 hat die Europäische Kommission im Rahmen ihrer Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) **die Einrichtung einer eigenen Ukraine-Fazilität im EU-Haushalt vorgeschlagen**. Sie soll für eine kohärente, vorhersehbare und flexible finanzielle Unterstützung von 2024 bis 2027 sorgen. Die Ukraine-Fazilität sieht bis zu 50 Mrd. EUR als Finanzhilfen aus dem EU-Haushalt sowie auf den Kapitalmärkten aufgenommene Darlehen vor. Darüber hinaus wird die ukrainische Regierung in enger Abstimmung mit der Kommission einen Investitions- und Reformplan ausarbeiten.

Die **Solidaritätskorridore zwischen der EU und der Ukraine** sind zu einer Lebensader für die ukrainische Wirtschaft geworden, die den Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Umfang von 49 Mio. Tonnen erleichtert. Diese lebenswichtigen Korridore gewährleisten nicht nur die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, sondern auch die Einfuhr notwendiger Güter. Der Gesamtwert des Handels über diesen Korridor dürfte bei rund 99 Mrd. EUR liegen. Mit 1 Mrd. EUR, die von der Kommission, der Europäischen Investitionsbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Weltbankgruppe stammt, werden die Kapazitäten und die Effizienz dieser Solidaritätskorridore erhöht.

Im Februar 2023 wurde ein wegweisender Pakt zwischen der Kommission und der Ukraine geschlossen, der die **Ukraine an das Binnenmarktprogramm** koppelt, das den Marktzugang erleichtern, günstige Rahmenbedingungen für Unternehmen schaffen und ein langfristiges nachhaltiges Wachstum fördern soll. Die autonomen Handelsmaßnahmen der EU, die eine vollständige Zollliberalisierung für die Einfuhr aller ukrainischer Waren in die EU ermöglichen, gehen Hand in Hand mit den Solidaritätskorridoren, um den reibungslosen Fluss wichtiger Agrarprodukte aus der Ukraine in die und durch die EU zu gewährleisten. Am 5. Juni 2023 wurden die Maßnahmen um ein weiteres Jahr verlängert.

Die Assoziierung der Ukraine mit Horizont Europa und dem Euratom-Programm für Forschung und Ausbildung ist eine Schlüsselinitiative zur Erhaltung und **Förderung ihres Forschungs- und Innovationsökosystems**. Zudem unterzeichneten die EU und die Ukraine Anfang Juni 2023 eine Vereinbarung, wonach ukrainische Projektträger EU-Mittel für Vorhaben von gemeinsamem Interesse in den Bereichen Verkehr, Energie und Digitales beantragen können, was das Land noch besser an seine EU-Nachbarn anbindet. Die Vereinbarung unterstützt die Integration der Ukraine in den EU-Binnenmarkt und wird zu Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit beitragen.

Hilfe für die Ukraine bei der Selbstverteidigung

Die tapferen Soldaten der Ukraine schützen ihr Land, ihr Volk und ihre demokratischen Werte, aber sie brauchen dafür mehr als nur Mut. Sie brauchen entsprechende Ressourcen, um ihre Nation verteidigen zu können. Und da tritt die EU auf den Plan – und bringt ihre Stärken und Ressourcen in dreierlei Weise strategisch ein: Ausrüstung, Ausbildung und industrielle Produktion.

Die unverbrüchliche Unterstützung durch die EU macht sich auf dem Schlachtfeld deutlich bemerkbar. Die mit 5,6 Mrd. EUR ausgestattete **Europäische Friedensfazilität** hat die Lieferung von Panzern, Hubschraubern, Luftabwehrsystemen, Flugkörpern und Munition ermöglicht. Rechnet man die bilaterale militärische Hilfe der Mitgliedstaaten hinzu, bedeutet das, dass der Ukraine insgesamt **20 Mrd. EUR an militärischer Unterstützung** zur Verfügung gestellt wurden.

Die EU ist entschlossen, die Ukraine so lange weiter zu unterstützen, wie dies nötig ist, und derzeit wird ein substanzieller langfristiger Ansatz für die militärische Unterstützung im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität erörtert.

Unsere Maßnahmen beschränken sich aber nicht auf die Lieferung von Ausrüstung. Im Rahmen der **EU-Militärhilfemission** – mit einem vom Rat verwalteten Budget von 168 Mio. EUR – sollen die militärischen Fähigkeiten der ukrainischen Streitkräfte verbessert werden. In diesem Zusammenhang wurden bereits 25 000 ukrainische Soldaten ausgebildet. Bis Ende des Jahres wollen wir **30 000 ukrainische Soldaten umfassend ausbilden**.

Am 20. März 2023 stimmte der Rat der Europäischen Union einem wichtigen Vorschlag zu: der Lieferung dringend benötigter Munition an die Ukraine. Konkret sollen Lieferung und gemeinsame Beschaffung beschleunigt werden, damit die Ukraine binnen 12 Monaten eine Million Schuss Artilleriemunition erhalten kann. Die Initiative stützt sich auf die folgende dreigliedrige Strategie:

- erstens die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der sofortigen Verbringung von Artilleriemunition vom Kaliber 155 mm aus nationalen Beständen,
- zweitens die Konsolidierung der europäischen Nachfrage durch gemeinsame Beschaffung von Munition vom Kaliber 155 mm durch die Mitgliedstaaten, wobei der Europäischen Verteidigungsagentur eine zentrale Rolle zukommt,
- und schließlich den Ausbau der Kapazitäten der EU zur Herstellung von Munition, um der wachsenden Nachfrage der Ukraine gerecht zu werden.

Am 3. Mai 2023 schlug die Kommission die **Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion (ASAP)** vor, eine 500 Mio. EUR schwere Initiative. Sie beinhaltet spezifische, gezielte Maßnahmen zur Förderung der Herstellung von Munition und zur Gewährleistung einer sicheren Versorgung mit Munition in der EU. Die ASAP-Verordnung wurde am 20. Juli angenommen und trat im selben Monat in Kraft.

Die Kommission unternimmt alles in ihrer Macht Stehende, um die ASAP-Verordnung rasch umzusetzen, damit die Mitgliedstaaten die Ukraine bei Bedarf beliefern und weiter unterstützen können.

Das physische Schlachtfeld ist nicht der einzige Ort, an dem die Ukraine angegriffen wird. Russland führt auch einen hybriden Krieg gegen die Ukraine und die EU. Zur Erhöhung der **Cyber-Abwehrkraft der Ukraine** hat die EU 10 Mio. EUR in Ausrüstung, Software und andere Formen der Unterstützung investiert. Weitere 15 Mio. EUR aus einem 330 Mio. EUR schweren Paket flossen in die Förderung eines krisenfesten digitalen Wandels, um die Ukraine bei der Abwehr hybrider Angriffe Russlands zu unterstützen.



Im Februar 2023 kam bei der privaten Crowdfunding-Kampagne **Radaron!** in Litauen Geld für 16 Radare zusammen, die den ukrainischen Luftraum vor russischen Raketen schützen sollen. Das ursprüngliche Ziel von fünf Radaren wurde somit weit übertroffen.



Russland zur Rechenschaft ziehen

Beim brutalen russischen Einmarsch in die Ukraine sind unzählige Menschen tragisch ums Leben gekommen. Zahllose Menschen erlitten unendliches Leid. Butschka, einst ein friedlicher Vorort von Kiew, steht mittlerweile für Folter, Vergewaltigung und Mord an unschuldigen Zivilisten. Was im März 2022 begann, setzt sich im gesamten besetzten Gebiet der Ukraine weiter fort. Die **EU würdigt das Gedenken an alle Opfer und bekräftigt ihr unermüdliches Engagement dafür, dass die Gerechtigkeit obsiegt** – und diese Verbrechen nicht ungestraft bleiben.

Derzeit ermittelt die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine in über 100 000 Fällen mutmaßlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die als besonders schwere Völkerrechtsverstöße gelten. Da immer mehr Beweise vorliegen, wächst die Entschlossenheit der EU, diese Verbrechen strafrechtlich zu verfolgen, von Tag zu Tag.



Der Freiwillige Konstantin Gudauskas, Sohn eines litauischen Vaters und einer kasachischen Mutter, fuhr mit seinem kasachischen Reisepass durch russisch besetzte Gebiete in der Ukraine und rettete über 200 Menschen in der Region Kiew, insbesondere in Butscha, das Leben. Die Ukrainer gaben ihm den Namen **„Engel von Butscha“**.



Kinder gehören zu den schutzbedürftigsten Opfern russischer Gräueltaten. Rund 5,7 Millionen Schulkinder in der Ukraine leiden massiv unter der willkürlichen Aggression Russlands. Über 2 800 Schulen und Einrichtungen wurden beschädigt oder zerstört. Ukrainischen Angaben zufolge wurden knapp **20 000 ukrainische Kinder unrechtmäßig und gewaltsam nach Russland verschleppt**.

Seit Beginn des völkerrechtswidrigen Krieges Russlands gegen die Ukraine hat die EU Sanktionen gegen nahezu **40 Personen** verhängt, die für die Verschleppung ukrainischer Kinder nach Russland und für die Durchführung von Umerziehungsmaßnahmen verantwortlich sind, und wir arbeiten weiterhin an der Feststellung mutmaßlicher Täter. Am 17. März 2023 erließ der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und gegen Marija Alexejewna Lwowa-Belowa, Präsidialkommissarin für Kinderrechte in der Russischen Föderation. Diese Maßnahmen zeigen unmissverständlich, dass niemand über dem Gesetz steht und dass jeder zur Rechenschaft gezogen werden kann, wenn er schwere internationale Verbrechen begeht.

Die EU hat sich darauf geeinigt, die Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs zu den von Russland begangenen Kriegsverbrechen mit 7,5 Mio. EUR zu unterstützen.



7,5 Mio. EUR

zur Unterstützung der Ermittlungen des **Internationalen Strafgerichtshofs** durch die EU

Darüber hinaus hat die EU:

- die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine mit modernster IT-Ausrüstung im Wert von über 6 Mio. EUR ausgestattet,
- der Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) die Möglichkeit gegeben, Beweismittel in einer neuen zentralen Datenbank sicher aufzubewahren, zu speichern und zu analysieren,
- sowohl Eurojust als auch die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) in ihrer Funktion als nationale Ermittlungskordinatoren für die EU-Mitgliedstaaten gestärkt und
- mit globalen Partnern zusammengearbeitet, um Rechenschaftspflicht und internationales Handeln sicherzustellen

Während wir die Bemühungen des Internationalen Strafgerichtshofs unterstützen, haben wir auch die Gespräche mit unseren Mitgliedstaaten und internationalen Partnern über die Einrichtung eines Sondergerichtshof fortgesetzt, der die für die Aggression gegen die Ukraine verantwortliche russische Führung anklagen soll. Als ersten praktischen Schritt kündigte die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen am 2. Februar 2023 die Einrichtung eines **internationalen Zentrums für die Strafverfolgung des Verbrechens der Aggression gegen die Ukraine** zur Unterstützung der bestehenden gemeinsamen Ermittlungsgruppe bei Eurojust an, die in Den Haag angesiedelt ist.

Dieses Zentrum, das seine Tätigkeit im Juli 2023 aufgenommen hat, unterstützt die Koordinierung nationaler Ermittlungen zum Verbrechen der Aggression und die Beweiserhebung. Es wird eine entscheidende Rolle dabei spielen, die Fähigkeit zur Einleitung entsprechender Gerichtsverfahren zu erhöhen sowie relevante

Beweise für die Strafverfolgung und künftige Gerichtsverfahren zu sichern. Es wird eine Struktur zur Umsetzung einer gemeinsamen Ermittlungs- und Strafverfolgungsstrategie bieten und dazu beitragen, die seit Beginn des russischen Angriffskriegs gesammelten Beweismittel auszutauschen und zu analysieren. Zudem wird es für eine enge Abstimmung mit den Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs sorgen. Die EU nimmt an den Beratungen über die Einrichtung eines Sondergerichtshofs im Rahmen einer Kerngruppe mit internationalen Partnern teil.

Russland wird die rechtlichen Folgen seiner völkerrechtswidrigen Handlungen, einschließlich der Wiedergutmachung, tragen müssen. Die Kommission unterstützt auch die Beratungen über die Einführung eines **Wiedergutmachungssystems für Schäden**, die durch die Aggression Russlands gegen die Ukraine verursacht wurden. Am 12. Mai 2023 nahm das Ministerkomitee des Europarats eine Entschließung zur Einrichtung eines **internationalen Schadensregisters** in Den Haag durch ein erweitertes Teilabkommen, das Drittländern offensteht, an. Am 11. Mai 2023 wurde die EU assoziiertes Gründungsmitglied dieser Vereinbarung. Das Register dient als Verzeichnis von Beweisen und Informationen über Ansprüche aller interessierten natürlichen und juristischen Personen sowie des Staates Ukraine für Schäden, Verluste oder Zerstörung infolge der völkerrechtswidrigen Handlungen Russlands in der bzw. gegen die Ukraine.



„Mach dich nicht zum Sprachrohr der Kreml-Propaganda!“ ist eine preisgekrönte Kampagne der Vertretung der Kommission in Bratislava, bei der Darina Chmúrová, die als Kind ein russisches Märchen synchronisiert hat, ihre Mitbürger/innen davor warnt, von Russland verbreitete „Märchen“ zu glauben.



Sanktionen und Schwächung der russischen Kriegsmaschinerie

Da Russland seine willkürlichen Angriffe auf die Ukraine fortsetzt, hält die EU an ihrem Engagement für die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen unbeugsam fest.

Bislang hat die EU **elf umfassende Sanktionspakete gegen Russland beschlossen**. Diese Sanktionen sollen das Herz der russischen Wirtschaft treffen und das Land von Schlüsseltechnologien und -märkten abschneiden. Sie sollen die **Fähigkeit des Kremls, den Krieg zu finanzieren und zu führen, unterminieren** und bedeuten für die herrschende Elite Russlands, die für die Invasion verantwortlich ist, eindeutige wirtschaftliche und politische Kosten. Die Maßnahmen bauen auf geltenden Sanktionen auf, die seit 2014 nach der illegalen Annexion der Halbinsel Krim und der Destabilisierung der Ostukraine gegen Russland verhängt wurden.

Personen, die auf der Sanktionsliste stehen, dürfen in das EU-Hoheitsgebiet weder einreisen noch es durchqueren, und alle ihre EU-Bankkonten werden eingefroren. In der EU wurden **eingefrorene Vermögenswerte russischer Einzelpersonen in Höhe von 24 Mrd. EUR gemeldet**. Darüber hinaus wurden Vermögenswerte der russischen Zentralbank in Höhe von über 200 Mrd. EUR beschlagnahmt.

Unmittelbar nach der Invasion kam die EU überein, wichtige russische Banken von SWIFT, dem weltweit führenden Zahlungsverkehrssystem, abzukoppeln. Somit können diese Banken ihre Finanztransaktionen nicht mehr rasch und effizient weltweit durchführen. Etwa **70 % der Vermögenswerte des russischen Bankensystems unterliegen nun strengen Sanktionen**.

Trotz der erheblichen Erdöl- und Erdgaseinnahmen, die im ersten Jahr der Invasion noch als Puffer dienten, haben die Sanktionen **die russische Wirtschaft schwer getroffen**, und die Einnahmen aus Erdölverkäufen sind dank der von der EU, den G7 und Australien eingeführten Preisobergrenzen gesunken. Das russische Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte 2022 um mehr als 2 %, und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geht von einem weiteren Rückgang um 2,5 % bis Ende 2023 aus. Der hohe Haushaltsüberschuss des ersten Halbjahrs 2022 – vor allem aufgrund der hohen Öl- und Gaspreise – schmolz in den Folgemonaten dahin, sodass der Haushalt der Föderation zum Jahresende ein Defizit von 2,3 % aufwies.

Angesichts der anhaltenden Konjunkturschwäche und der gedämpften Energiepreise dürfte sich die Haushaltslage kurzfristig nicht verbessern.

Die Auswirkungen der Sanktionen werden sich im Laufe der Zeit weiter verschärfen, da diese langfristige Krise den Haushalt, die Finanzmärkte, die Auslandsinvestitionen sowie die industrielle und technologische Basis Russlands trifft.

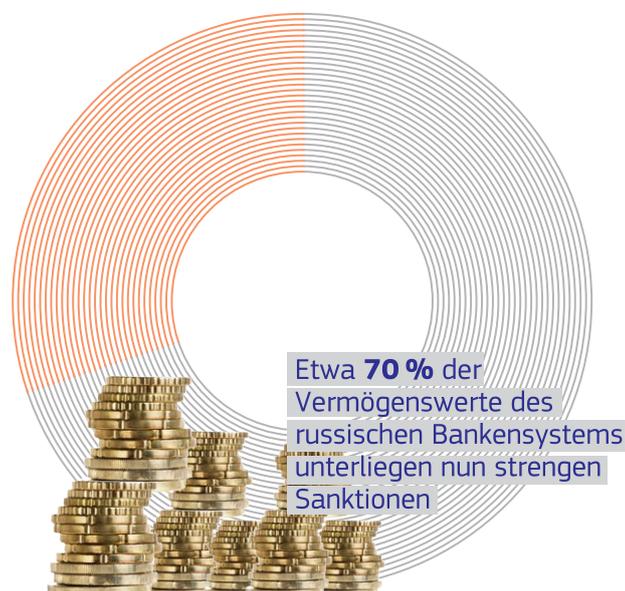
Wie bei allen EU-Sanktionen gibt es auch bei den gegen Russland wegen des Überfalls auf die Ukraine verhängten eigenen Regelungen für humanitäre und medizinische Zwecke.

Zudem hat die EU dafür gesorgt, dass ihre Sanktionen nicht den Handel in kritischen Sektoren mit Drittländern weltweit treffen – und womöglich die **Ernährungs- und Energiesicherheit** gefährden.

Über die rein wirtschaftsbezogenen Maßnahmen hinaus hat die EU gezielte Sanktionen gegen Personen verhängt, die für die Unterstützung, Finanzierung oder Durchführung von Maßnahmen verantwortlich sind, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine gefährden. Insgesamt, also einschließlich früherer individueller Sanktionen, die nach der illegalen Annexion der Halbinsel Krim im Jahr 2014 verhängt wurden, **hat die EU rund 1 800 Personen und Organisationen mit Sanktionen belegt**.

Während die meisten EU-Sanktionen gegen Russland gerichtet sind, wurden einige auch gegen

Die EU vereinbarte, wichtige **russische Banken** vom SWIFT-System **abzukoppeln**



Belarus wegen dessen Beteiligung am Überfall auf die Ukraine verhängt. Dadurch soll auch die Umgehung von Sanktionen gegen Russland verhindert werden. Auch der **Iran** wurde im Zusammenhang mit der Herstellung und Lieferung von Drohnen, die für Angriffe auf die Ukraine eingesetzt wurden, mit Sanktionen belegt.

Die EU hat auch eine strenge „**Anti-Umgehungsklausel**“ erlassen, die es EU-Bürgern oder -Unternehmen untersagt, wissentlich und vorsätzlich Sanktionen zu umgehen.

Ferner hat die EU beschlossen, den Verstoß gegen Sanktionen in die Liste der EU-Straftatbestände im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union aufzunehmen, was einen **erheblichen Fortschritt bei der Durchsetzung von Sanktionen bedeutet**. Der Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie mit Mindestvorschriften zur Festlegung von Straftaten und Strafen für Verstöße gegen EU-Sanktionen wird diese Bemühungen weiter verstärken.

Darüber hinaus dient die Ernennung eines **EU-Sonderbeauftragten für die Umsetzung von EU-Sanktionen** dazu, die Abstimmung mit den Partnerländern zu verbessern und sicherzustellen, dass von der EU verbotene Ausfuhren nicht über Drittländer nach Russland gelangen.

Wiederaufbau und Reformen auf dem Weg der Ukraine nach Europa

Der Ukraine-Krieg ist richtungsweisend für das europäische Projekt. Putins Aggression richtet sich vordergründig gegen die Ukraine. Sie ist ein inakzeptabler Angriff auf die Charta der Vereinten Nationen und das Völkerrecht und richtet sich zudem gegen unsere Werte und unsere Union. **Erstmals in unserer Geschichte wird ein Nachbarland aufgrund seines Wunsches, Teil der europäischen Familie zu sein, angegriffen**. Russland

führt Krieg gegen die souveräne Entscheidung der Ukraine – und den unmissverständlich geäußerten Willen ihrer Bevölkerung –, sich der EU anzunähern. Unsere Antwort ist klar und kraftvoll – und sie muss von Dauer sein. Wir werden der Ukraine weiterhin die Mittel bereitstellen, die sie braucht, um sich zu verteidigen, und ihr helfen, den russischen Eindringling aus ihrem Hoheitsgebiet zu verdrängen und die volle Souveränität zurückzuerlangen.

Die Unterstützung der Reformen, der Erholung und des Wiederaufbaus der Ukraine hat bereits begonnen. Die Zukunft der Ukraine liegt in der EU. Diese Verpflichtung wurde bei wichtigen Veranstaltungen wie **dem ersten Treffen des Kollegiums der Kommissionsmitglieder mit der ukrainischen Regierung** vom 2. bis zum 3. Februar 2023 bekräftigt. Unter der Bedingung, dass sie zentrale Reformen zur Angleichung an die Standards und Normen der EU durchführt, erhielt die Ukraine im Juni 2022 den Status eines EU-Bewerberlandes. Obwohl sie einen Krieg um ihre Existenz führt, hat die Ukraine bei den notwendigen Reformschritten, die in der Stellungnahme der Kommission zum EU-Beitritts gesuch der Ukraine aufgeführt sind, rasche Fortschritte erzielt.

Die internationalen Bemühungen zur Unterstützung der Ukraine sind vielschichtig. Im Oktober 2022 veranstalteten die Kommission und Deutschland als damaliger G7-Vorsitz gemeinsam die Internationale Expertenkonferenz über die Erholung der Ukraine in Berlin. Darüber hinaus wurde am 26. Januar 2023 die **behördenübergreifende Geberplattform** ins Leben gerufen, um die globale Unterstützung zu synchronisieren. Die Plattform ist in der Geschichte der internationalen Hilfe einmalig. Nie zuvor gab es für die wichtigsten internationalen Geber eine zentrale Anlaufstelle, die gewährleistet, dass die Mittel genau dahin fließen, wo die Ukraine sie am dringendsten benötigt. Erholung, Wiederaufbau und Modernisierung der Ukraine erfordern massive internationale Anstrengungen.



Im März 2023 startete die Kommission in Zusammenarbeit mit ukrainischen Organisationen im Rahmen des **Neuen Europäischen Bauhauses** ein Programm zum Kapazitätsaufbau für den Wiederaufbau der Ukraine.



Ein erheblicher Teil dieser Anstrengungen ist die vorgeschlagene **Ukraine-Fazilität mit Mitteln von bis zu 50 Mrd. EUR** aus dem EU-Haushalt, die für 2024-2027 geplant ist. Angesichts der Komplexität der Herausforderungen für den Wiederaufbau und die Reformen benötigt die Ukraine nachhaltige Unterstützung der EU. Mit der Fazilität sollen sowohl der unmittelbare Wiederaufbau als auch die mittelfristige Modernisierung vorangetrieben werden. Investitionen werden sorgfältig mit transformativen Reformen kombiniert, um die Ukraine auf ihrem Weg in die EU zu begleiten.

Besondere Aufmerksamkeit wurde den ukrainischen Kindern, also der Zukunft des Landes, gewidmet. 5,7 Millionen Schulkinder leiden unter der russischen Aggression, da gut 2 800 Schulen beschädigt oder zerstört wurden. Die Kommission hat 100 Mio. EUR für die **Instandsetzung von Schulen in der Ukraine und weitere 14 Mio. EUR für die Spende von Schulbussen** bereitgestellt. Zudem haben elf EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der Kampagne „Schulbusse für die Ukraine“ 300 Busse gespendet, damit ukrainische Kinder wieder sicher in ihre Schulen kommen.



Zur Räumung der zahlreichen Minen und Blindgänger auf ukrainischem Hoheitsgebiet stellte die Kommission **3,5 Mio. EUR an humanitärer Hilfe** über internationale Hilfsorganisationen bereit. Darüber hinaus wurde im Rahmen des **außenpolitischen Instruments** die humanitäre Hilfe für Minenräumungen mit 18 Mio. EUR unterstützt. Zudem fließen 4 Mio. EUR durch eine Unterstützungsmaßnahme der **Europäischen Friedensfazilität** in die Minenräumungsmaßnahmen der ukrainischen Streitkräfte.

Darüber hinaus befinden sich Krisenreaktionsmaßnahmen mit einem Gesamtbudget von bis zu 25 Mio. EUR in fortgeschrittener Vorbereitung, darunter die Bereitstellung weiterer Minenräumungsausrüstungen.





Minenräumtechniker aus Kroatien teilen bereits ihr Fachwissen mit Experten aus der Ukraine. Als Folge des Kriegs in den 1990er-Jahren ist Kroatien der einzige EU-Mitgliedstaat, der noch Minen räumt, mit EU-Unterstützung im Umfang von 120 Mio. EUR bis 2027. Kroatiens schmerzvolle Kriegserfahrung ist für die Ukraine bei der Erholung und beim Wiederaufbau von unschätzbarem Wert.



Die EU leitet zudem Schritte ein, **um sicherzustellen, dass Russland und seine Oligarchen die Ukraine für die Zerstörung entschädigen.** Im November 2022 wurden Optionen vorgestellt, die eingefrorenen russischen Vermögenswerte von mehr als 24 Mrd. EUR und die Einkünfte aus den beschlagnahmten Vermögenswerten der russischen Zentralbank von über 200 Mrd. EUR für die Erholung der Ukraine zu verwenden. Die Kommission und der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik arbeiten derzeit an einem Vorschlag, wonach die Ukraine für ihre Verluste entschädigt würde. In dieser Hinsicht müssen bei allen gewählten Maßnahmen die Grundsätze des Völkerrechts und des EU-Rechts sowie die Werte der EU, insbesondere der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, beachtet und auch die Abmilderung potenzieller finanzieller Folgen sowie etwaige Gegenmaßnahmen vonseiten Russlands berücksichtigt werden.

Unsere Zusammenarbeit mit der Ukraine steht im Zeichen des Strebens nach einem gerechten Frieden. Mit unserem Standpunkt belohnen wir weder den Aggressor noch gefährden wir das Recht des ukrainischen Volkes, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Vor allem bleibt der Grundsatz **„Nichts über den Kopf der Ukraine hinweg“** bestehen.

Start in eine neue Phase der Einigung unseres Kontinents

Wir in Europa haben mittlerweile verstanden, dass es Kräfte außerhalb unserer Union gibt, die versuchen, unseren Kontinent zu spalten. Sie wollen einen Keil zwischen die Völker Europas treiben. Sie wollen dem Traum von einer vereinten europäischen Familie ein Ende bereiten und Europa lieber in Einflusssphären aufteilen. Aber innerhalb der EU hat sich ein neues Bewusstsein herausgebildet. **Wir müssen Verantwortung dafür übernehmen, die angehenden Mitglieder unserer Union viel näher an uns heranzubringen.**

Die Schockwellen, die Putins Angriffskrieg ausgelöst hat, waren bei unseren sechs Partnerländern im **westlichen Balkan** unmittelbar zu spüren, aber das hat uns nur näher zusammengebracht. Wir haben dieselben Solidaritätsmaßnahmen, die wir in unserer Union ergriffen haben, auf den Westbalkan ausgeweitet. Wir haben finanziell schwächeren Haushalten bei den hohen Energiekosten unter die Arme gegriffen, und mit unserem 1 Mrd. EUR schweren Energiehilfepaket bauen wir eine neue Infrastruktur auf, um die Abhängigkeit der Region von fossilen Brennstoffen aus Russland zu verringern. Diese praktische Zusammenarbeit läuft parallel zu Fortschritten der Region auf dem Weg in die EU.

Im Dezember 2022 fand ein historischer EU-Westbalkan-Gipfel in Tirana statt – und zwar erstmalig in der Region selbst. Im Juni 2023 stellte Präsidentin von der Leyen **einen neuen Wachstumsplan für den Westbalkan** vor, der auf vier Säulen ruht: Heranführung des Westbalkans an den EU-Binnenmarkt, Vertiefung der regionalen Wirtschaftsintegration, Beschleunigung grundlegender Reformen und Aufstockung der Heranführungshilfen. Wir erwarten nicht nur, dass unsere Partner weitere Schritte auf uns zu machen, wir tun auch einen

großen Schritt in ihre Richtung. Wir sind bereit, eine Aufstockung der Mittel für eine schnellere sozioökonomische Konvergenz mit der EU zum Nutzen der Menschen im westlichen Balkan vorzuschlagen.

Im Juni kündigte Präsidentin von der Leyen bei der zweiten Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft ein neues, 300 Mio. EUR schweres Hilfspaket an, um **Moldau** bei der Bewältigung der Herausforderung eines Krieges vor seiner Haustür zu unterstützen und die Integration der Republik Moldau in die EU zu beschleunigen.

Ausbau der europäischen Verteidigung

Angesichts der Aggression Russlands gegen die Ukraine stehen die EU und die NATO entschlossen Seite an Seite. Die NATO ist das weltweit stärkste Verteidigungsbündnis und dient als Eckpfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur. Angesichts der anhaltenden und spürbaren Bedrohung durch Russland hat die **strategische Partnerschaft zwischen der EU und der NATO** nach Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO im Januar 2023 eine neue **Intensität der Zusammenarbeit erreicht**. Die Zusammenarbeit wurde auf neue Bereiche wie neu entstehende und disruptive Technologien, Klima und Verteidigung sowie Raumfahrt ausgeweitet.



EU und NATO haben auch die EU-NATO-Taskforce „Resilienz kritischer Infrastrukturen“ eingerichtet, um unsere gemeinsame Sicherheit zu erhöhen. Zwei EU-Mitgliedstaaten haben kürzlich beschlossen, dem Bündnis beizutreten. Nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen unterzeichneten Finnland und Schweden am 5. Juli 2022 die NATO-Beitrittsprotokolle. Am 4. April 2023 **trat Finnland der NATO offiziell als 31. Mitgliedstaat bei.** Somit sind nun 22 der 27 Mitgliedstaaten NATO-Mitglieder.

Nicht nur sind mehr EU-Mitgliedstaaten der NATO beigetreten, sondern auch die Verteidigungszusammenarbeit in der EU wurde gestärkt. Am 1. Juni 2022 sprachen sich die dänischen Wähler/innen bei einem Referendum für den Beitritt Dänemarks zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU aus, womit die **30-jährige Nichtbeteiligung Dänemarks an der Verteidigungszusammenarbeit der EU endete.** Folglich trat Dänemark der EU-Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung am 1. Juli 2022 bei und leistet bereits einen Beitrag zu EU-Missionen und -Operationen in diesem Bereich. Im Mai 2023 wurde Dänemark das 26. Mitglied der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ), dem Herzstück der EU-Verteidigungszusammenarbeit.

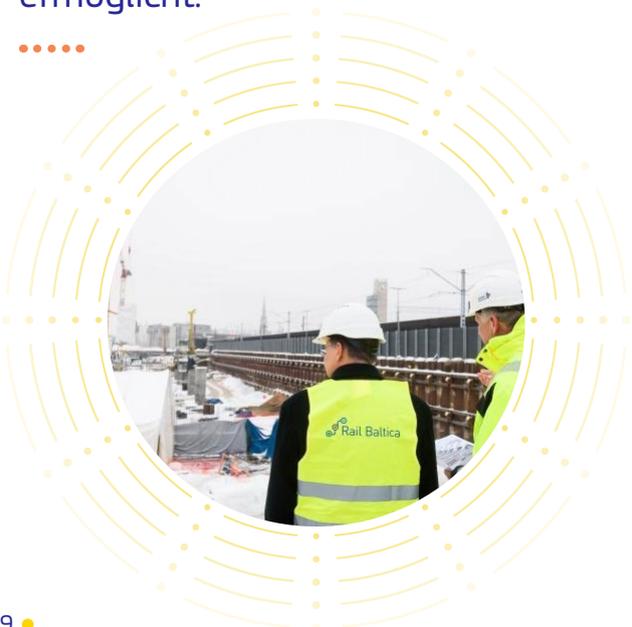
Den 2021 ins Leben gerufenen **Europäischen Verteidigungsfonds** setzt die Kommission seitdem erfolgreich um. Bislang wurden über 3 Mrd. EUR in die Projekte investiert. 2023 fließen aus dem Fonds weitere 1,2 Mrd. EUR in zentrale Verteidigungsprojekte wie Weltraumlageerfassung, Bekämpfung von Hyperschallraketen und Prototypentwicklung einer europäischen Patrouillenkorvette.

Das Wiederaufflammen des Krieges in Europa hat das Marktumfeld, in dem sich die Verteidigungsindustrie der EU bewegt, erheblich verändert. Auf der Grundlage eines Vorschlags der Kommission erzielten die beiden gesetzgebenden Organe, Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union, im Juni 2023 eine politische Einigung über die

Verordnung zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung mit einem Budget von 300 Mio. EUR. Diese Verordnung bietet den EU-Mitgliedstaaten Anreize, gemeinsam Waffen zu beschaffen, wodurch Interoperabilität, Skaleneffekte und eine starke europäische Verteidigungsindustrie sichergestellt werden. Sie ergänzt die **Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion** (ASAP), die den Ausbau der Produktionskapazitäten für die Herstellung von Boden-Boden- und Artilleriemunition sowie von Flugkörpern unterstützen soll.



Das Projekt **Rail Baltica** ist nicht nur eine symbolische Rückkehr der baltischen Staaten nach Europa, sondern hat auch eine erhebliche wirtschaftliche und geostrategische Bedeutung. Die sozioökonomischen Vorteile der Wiederanbindung der baltischen Staaten an das europäische Schienennetz dürften sich auf 16,2 Mrd. EUR belaufen. Sie erhöht auch die regionale Sicherheit, da sie den raschen und effizienten Transport von Truppen und Ausrüstung durch die Region ermöglicht.





Investitionen in Europas Wohlstand

Im vergangenen Jahr hat die EU gezeigt, dass wir Großes vollbringen können, wenn wir geschlossen und beherzt auftreten. Die Kommission hat dem Energiekrieg Russlands gegen die EU-Wirtschaft mit REPowerEU erfolgreich entgegengewirkt und unsere Energieversorgungssicherheit durch diversifizierte Lieferungen von verlässlichen Partnern, gut befüllte Gasreserven, Energieeinsparungen und eine Steigerung und Beschleunigung des Einsatzes erneuerbarer Energien gewährleistet. Mit dem Netto-Null-Industriegesetz und dem Gesetz über kritische Rohstoffe zur Umsetzung des **grünen Industriepans** stärken wir die führende Position der EU im Wettlauf um Klimaneutralität. Wir setzen auf Kompetenzen und Arbeitsplätze, passen unsere soziale Marktwirtschaft der Gegenwart an und gestalten einen auf den Menschen ausgerichteten digitalen Wandel in Europa. Folglich haben wir das **Europäische Jahr der Kompetenzen** ins Leben gerufen, um dem lebenslangen Lernen neue Impulse zu verleihen und Menschen und Unternehmen dabei zu unterstützen, in vollem Umfang zum ökologischen und digitalen Wandel beizutragen.

Wir haben Maßnahmen für mehr Innovation und Wettbewerbsfähigkeit eingeführt, die von 800 Mrd. EUR für Investitionen und Reformen aus **NextGenerationEU** flankiert werden. Die Kommission hat auch das Arbeitsprogramm 2023/2024 für **Horizont Europa** – das weltweit größte Förderprogramm für Forschung und Innovation – angenommen. Mit rund 13,5 Mrd. EUR hilft dieses Arbeitsprogramm Forschung und Innovation, Lösungen für die bedeutenden ökologischen, energiepolitischen, digitalen und geopolitischen Fragen zu finden, vor denen unsere Wirtschaft und Gesellschaft heute steht. Die **Mittel der EU-Kohäsionspolitik** in Höhe von 392 Mrd. EUR für den Zeitraum 2021-2027 tragen weiterhin zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in der Europäischen Union bei, auch durch die Korrektur von Ungleichgewichten zwischen Ländern und Regionen. Weltweit setzen wir uns in Form von **Global-Gateway**-Investitionen für europäische Werte und Interessen ein, wobei strategische Partnerschaften mit vertrauenswürdigen Demokratien Vorrang haben.

Dem **EU-Haushalt** kommt für die Verwirklichung der Prioritäten der Union eine zentrale Bedeutung zu. Seit der Annahme des derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) sind mehrere neue Prioritäten entstanden, während die Flexibilität innerhalb des MFR ausgeschöpft wird. Daher hat die Kommission eine gezielte Überarbeitung des MFR vorgeschlagen, damit der EU-Haushalt bis zum Ende des Siebenjahreszeitraums Mittel bereitstellen kann.

Die wichtigsten Elemente der Überarbeitung sind die Unterstützung der Ukraine, Migrationsmanagement, Stärkung von Partnerschaften mit wichtigen Drittländern und Bewältigung von Notlagen, eine Plattform für strategische Technologien für Europa (Strategic Technologies for Europe Platform, STEP) zur Förderung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der EU bei kritischen Technologien sowie effiziente Mittel zur Deckung des Anstiegs der Fremdfinanzierungskosten im Rahmen von NextGenerationEU und zur Erfüllung der rechtlichen Verpflichtungen. Darüber hinaus hat die Kommission neue Eigenmittel vorgeschlagen, um die EU-Haushaltsausgaben zu schützen.



REPowerEU

Erschwingliche, sichere und nachhaltige Energie für Europa

ENERGIE SPAREN

durch Koordinierung der Senkung unserer Gasnachfrage



17,7 %

Nachfragerückgang

zwischen August 2022 und März 2023

52,8 Mrd. m³(*)
eingespartes Gas

90 %

der **Gasspeicherkapazität** war bis August 2023 erreicht.

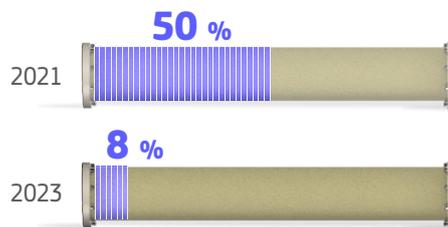
EU-ENERGIEPLATTFORM

Bis Juli 2023 zogen die ersten beiden EU-Ausschreibungen für die gemeinsame Gasbeschaffung **40** internationale Lieferanten an, die in der Lage waren, zusammen mehr als **33,9 Mrd. m³** zu liefern. Das liegt um mehr als **23 %** über der gebündelten Nachfrage in der EU (**27,5 Mrd. m³**).

DIVERSIFIZIERUNG UNSERER VERSORGUNG

Durch die gemeinsame Gasbeschaffung und neue zuverlässige Lieferanten

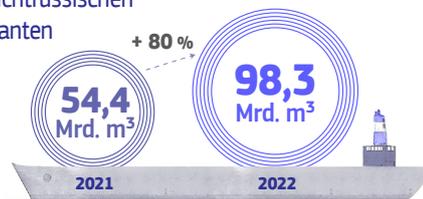
ANTEIL DER RUSSISCHEN GASEINFUHREN ÜBER PIPELINES AN DER GESAMTEN GASMENGE DER EU (IN %)



Derzeitiger Hauptlieferant für die EU: **Norwegen**

FLÜSSIGERDARGAS (LNG)

LNG-Einfuhren von nichtrussischen Lieferanten



Derzeitiger LNG-Hauptlieferant für die EU: **Vereinigte Staaten**

INVESTITIONEN IN ERNEUERBARE ENERGIEN

Den Übergang zu einer nachhaltigeren und kostengünstigeren Energie beschleunigen

EINSATZ ERNEUERBARER ENERGIEN (2022)

ERZEUGTER STROM (2022)



(*) Mrd. m³ = Milliarden Kubikmeter

REPowerEU und Wiedererlangung unserer Energieunabhängigkeit

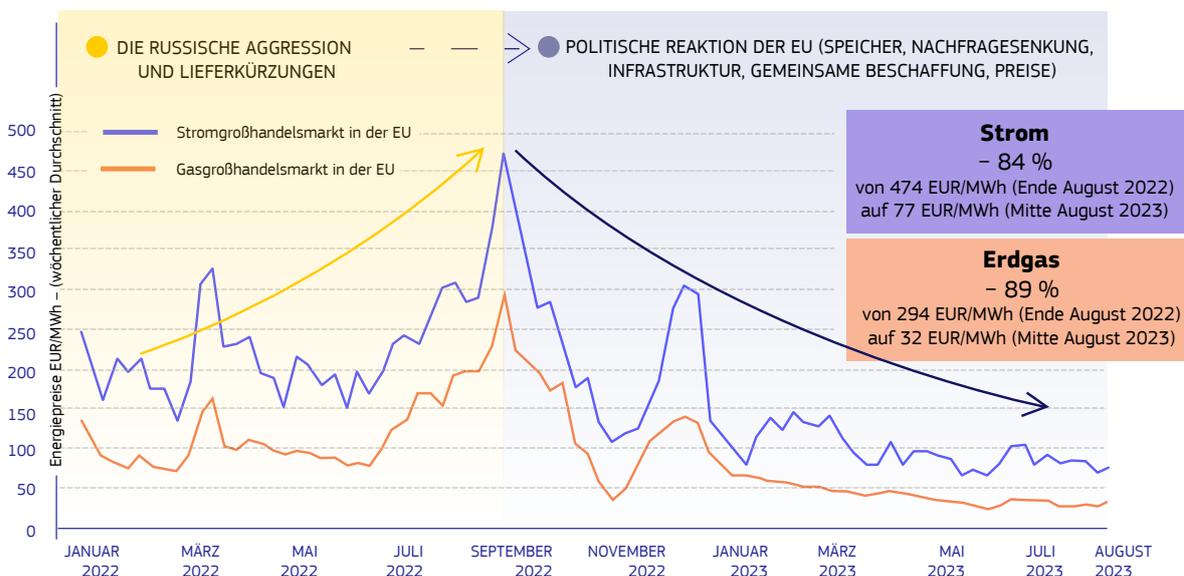
Mit seinen Versuchen, die Energieversorgung als Druckmittel einzusetzen, hat Russland nicht nur Krieg gegen die Ukraine geführt, sondern auch gegen die europäische Wirtschaft. Mit REPowerEU wollen wir uns möglichst rasch von fossilen Brennstoffen aus Russland verabschieden. **In den ersten acht Kriegsmonaten haben wir über 70 Mrd. m³ des russischen Pipelinegases anderweitig beschafft.** Im Jahr 2023 kamen weniger als 10 % unserer Gesamtgaseinfuhren aus russischen Pipelines. Wir haben die europäischen Gasreserven mit gut 95 % auf ein Rekordniveau gefüllt und unser Ziel von 80 % bis zum 1. November 2022 übertroffen. Zum Ende der Heizperiode waren unsere Speicher zu 55 % gefüllt, und bis August 2023 war unsere Gasspeicherkapazität wieder zu 90 % gefüllt. Wir haben Energie eingespart, unseren Gasverbrauch zwischen August 2022 und März 2023 um 18 % gedrosselt und damit

das freiwillige Ziel einer Senkung um 15 % übertroffen. Mit unseren Sanktionen haben wir die Einfuhr russischer Kohle gestoppt und die Einfuhr von russischem Öl drastisch reduziert.

Der Grundsatz der **Solidarität** war für unsere Reaktion auf die Energiekrise von zentraler Bedeutung und bleibt ein entscheidender Faktor. Wir haben Standard-Solidaritätsregelungen für die Gasversorgung zwischen den Mitgliedstaaten und einen Rechtsrahmen eingeführt, der es ihnen ermöglicht, die Übergewinne von Energieversorgern abzuschöpfen, um die Verbraucher/innen vor hohen Energiepreisen zu schützen.

Im gleichen Geiste der Solidarität und Zusammenarbeit hat die Kommission auch die **EU-Energieplattform** eingerichtet, um den ersten gemeinsamen Einkauf von Gas für die Mitgliedstaaten, aber ebenso für Georgien, Moldau, die Ukraine und die Länder des westlichen Balkans zu organisieren. Dieser Schritt ermöglichte es uns erstmalig, unser kollektives politisches Gewicht und unsere gemeinsame Marktmacht zu nutzen, um unsere Verhandlungsposition zu stärken und die Erdgas- und Flüssigerdgasversorgung, indem wir die Nachfrage gebündelt und Lieferanten gewonnen haben, zu sichern.

Entwicklung der Gas- und Strompreise



Quelle: © Europäische Kommission (auf der Grundlage von S&P Global Commodity Insights)

Die Bündelung der Nachfrage und die gemeinsame Beschaffung verhindern, dass sich EU-Unternehmen auf dem Weltmarkt gegenseitig überbieten. Sie sorgen auch für die Wiederauffüllung der Gasspeicher auf mindestens 15 % der Speicherkapazität der Mitgliedstaaten in Abhängigkeit von der gebündelten Nachfrage (rund 13,5 Mrd. m³ Gas). Die beiden ersten Ausschreibungsrunden im Jahr 2023 führten zu einer Gesamtmenge von 22,9 Mrd. m³ Gas, die der Nachfrage der Kunden entsprach. Aufbauend auf diesem Erfolg wird es 2023 zwei weitere Ausschreibungen geben.



WindFloat Atlantic vor der Küste von Viana do Castelo, Portugal, ist **die erste schwimmende Windkraftanlage in Kontinentaleuropa**. Mit einer installierten Kapazität von 25 MW und einer Stromerzeugung von 78 GWh versorgt sie mehr als 25 000 Haushalte mit sauberer Energie.



Dank der Zusammenarbeit mit verlässlichen internationalen Partnern konnten wir einen Großteil des Erdgases, das wir zuvor aus Russland importiert hatten, ersetzen.

Norwegen ist mittlerweile unser wichtigster Gasversorger, und die **Vereinigten Staaten** sind nach der Einrichtung unserer gemeinsamen Taskforce für Energieversorgungssicherheit im vergangenen Jahr zu unserem Hauptlieferanten von Flüssigerdgas geworden. Wir haben Absichtserklärungen mit verlässlichen Energiepartnern, darunter Ägypten, Israel und Aserbaidschan, geschlossen, um unter anderem mehr Energieversorgungssicherheit zu schaffen und auf eine Zusammenarbeit im Bereich der sauberen Energie hinzuwirken.

Gleichzeitig haben wir mit dem Ausbau von Verbindungsleitungen und Importanlagen und einer optimierten Nutzung unsere Energieinfrastruktur verbessert. In diesem Jahr wurden vier wichtige **Gasverbindungsleitungen** in Betrieb genommen: die Ostseeleitung, die Verbindungsleitung zwischen Polen und Litauen, die Verbindungsleitung zwischen Bulgarien und Griechenland und die Verbindungsleitung zwischen Polen und der Slowakei.

Während wir unsere Abhängigkeit von russischen Energieimporten drastisch verringert haben, halten wir an unserem Versprechen, der kommenden Generation ein besseres Europa zu hinterlassen, unvermindert fest. Bei erneuerbaren Energien wurden während der Krise erhebliche Fortschritte erzielt. **2022 haben wir den zusätzlichen Einsatz erneuerbarer Energien EU-weit verdoppelt.** Sage und schreibe 41 Gigawatt an neuen Solarenergiekapazitäten wurden installiert, und die Windkraft nahm um 15 Gigawatt zu, wodurch etwa 12 Mrd. m³ russisches Gas ersetzt wurden. Erstmals wurde 2022 **mehr Strom aus Wind- und Solarkraft erzeugt als aus Gas**. So konnten wir nicht nur den Anstieg der CO₂-Emissionen stoppen, sondern sie sogar um 2,5 % senken. Selbst in Krisenzeiten hat die EU konsequent an ihren Klimazielen festgehalten. Fast neun von zehn Europäerinnen und Europäern unterstützen die Bemühungen der EU um Dekarbonisierung.



Im ungarischen Szeged wurde Anfang des Jahres **das EU-weit größte geothermische Fernwärmenetz** installiert, das gut 28 000 Haushalte und über 400 öffentliche Gebäude mit erschwinglicher Energie versorgt. Das von der EU kofinanzierte Projekt liefert nicht nur saubere und erschwingliche Energie, sondern hilft Ungarn auch bei der Abkopplung von russischem Gas. Mehr als 25 % der EU-Bevölkerung leben in Gebieten mit ausreichenden Erdwärme-Ressourcen, um das „Szeged-Modell“ nachbilden zu können.



Mit unserer EU-Solarstrategie wollen wir den Einsatz von Photovoltaik-Energie noch weiter beschleunigen. Als kritische Komponente der REPowerEU-Initiative sollen mit dieser Strategie bis 2025 über 320 Gigawatt neuer Fotovoltaikanlagen – mehr als das Doppelte des derzeitigen Niveaus – und bis 2030 knapp 600 Gigawatt in Betrieb genommen werden. Auch **strukturell** haben wir das **Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien beschleunigt**. EU-weit wurden zahlreiche Energieprojekte so zügig entwickelt, dass die Genehmigung nicht Schritt halten konnte. Daher haben wir Maßnahmen vorgeschlagen, um den Prozess erheblich zu beschleunigen.



Drei **Kohlereviere in Tschechien werden zu „Wasserstofftälern“**: Mährisch-Schlesien, die nordböhmische Region Aussig und die Karlsbader Region arbeiten mithilfe des Fonds für einen gerechten Übergang an durchgehenden Wertschöpfungsketten zur Erzeugung, Speicherung und Nutzung von erneuerbarem Wasserstoff, insbesondere im Verkehrssektor.



Mit Blick auf die Zukunft ist Wasserstoff ein Schlüsselinstrument für die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft und Industrie. Die EU geht beim Aufbau einer **globalen Wasserstoffwirtschaft** voran. Die gesetzgebenden Organe arbeiten nach wie vor am Paket zur Dekarbonisierung von Wasserstoff und Gas, das einen Rahmen für die entstehende Wasserstoffwirtschaft schaffen soll, aber die EU verfügt nun über Vorschriften zur Definition von erneuerbarem Wasserstoff. Darüber hinaus haben Kommission, Wasserstoffindustrie, Wissenschaftsgemeinschaft und EU-Regionen sich am 1. März 2023 in einer Erklärung dazu verpflichtet, die gemeinsamen Maßnahmen zur Erforschung und Entwicklung und Vorstellung sowie zum Einsatz von Wasserstofftälern zu intensivieren und zu beschleunigen.

REPowerEU ist nur der Anfang. Wir **beschleunigen die Energiewende durch die Umsetzung von NextGenerationEU**, wobei den Mitgliedstaaten nahezu 270 Mrd. EUR zur Durchführung ihrer geplanten Investitionen und Reformen zur Verfügung stehen. Hierzu gehören mehr erneuerbare Energien, umweltfreundlichere Fahrzeuge, bessere öffentliche Verkehrsmittel sowie energieeffizientere Gebäude und öffentliche Räume. Darüber hinaus hat die Kommission im Rahmen der Kohäsionspolitik und von REPowerEU neue Sondermaßnahmen – SAFE (Für erschwingliche Energie) – geschaffen, um **bedürftigen Haushalten sowie kleinen und mittelständischen Betrieben bei der Bewältigung der hohen Energiekosten zu helfen**, und rund 40 Mrd. EUR umgewidmet, die nicht zugewiesen waren.

.....

Das aus dem niederländischen Aufbau- und Resilienzplan finanzierte **Investitionsprogramm für nachhaltige Energie** (ISDE) sieht Zuschüsse von rund 30 % für die Installation von Kleinwärmepumpen, Solarkesseln, Gebäudeisolierungen und Wärmenetzanschlüssen vor. Diese Regelung ist bei Haushalten und Betrieben sehr gut angekommen, da sie für niedrigere Energierechnungen sorgt und dem Schutz der Umwelt dient.

.....



Beschleunigung des europäischen Grünen Deals

Die Kommission von der Leyen präsentierte 2019 den europäischen Grünen Deal und hält seither konsequent am Kampf gegen den Klimawandel, an der Erhöhung der Ressourceneffizienz, der Umkehr des Verlusts an Artenvielfalt und der Minimierung der Umweltverschmutzung fest. Bei all dem soll niemand im Stich gelassen werden. Gut drei Jahre nach dem Aufbruch und trotz zweier beispielloser globaler Krisen **wurde der Großteil der Initiativen vorgeschlagen – und die gesetzgebenden Organe haben in den meisten dieser Bereiche Rechtsvorschriften erlassen oder kommen bei Vereinbarungen voran.** Zentrale Initiativen nehmen bereits Gestalt an. Die Kommission hat den Mitgliedstaaten auch Fachwissen für die Konzeption und Umsetzung von Reformen zur Verfügung gestellt, die den ökologischen Wandel durch das Instrument für technische Unterstützung beschleunigen sollen. In den vergangenen drei Jahren wurden in allen Mitgliedstaaten rund 150 Reformen im Sinne des ökologischen Wandels gefördert.

Klima und Energie

Kern des europäischen Grünen Deals war von vornherein ein gerechter und inklusiver Übergang, bei dem die Menschen im Mittelpunkt stehen und der **die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft macht.** Besondere Aufmerksamkeit gilt den Regionen, die am stärksten unter der Klima- und Energiewende leiden. Mit der Umsetzung des gebietsbezogenen und speziellen Dekarbonisierungsinstruments der Kohäsionspolitik, des Fonds für einen gerechten Übergang für Regionen, die schrittweise auf fossile Brennstoffe verzichten, wurde ebenfalls begonnen. Mit den 19 Mrd. EUR

schweren Finanzhilfen wird EU-weit in von fossilen Brennstoffen abhängige und CO₂-intensive Regionen investiert. Zusammen mit den beiden anderen Instrumenten des Mechanismus für einen gerechten Übergang helfen Investitionen von gut 55 Mrd. EUR diesen Regionen, ihre Wirtschaft neu auszurichten und breiter aufzustellen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird der Erwerb von Kompetenzen ermöglicht, die sie für die Arbeitswelt von morgen brauchen.

.....

Im Juni 2023 **ging das erste Projekt des Fonds für einen gerechten Übergang im estnischen Narva an den Start.**

Dort werden in einer neuen Anlage Seltenerdmagnete für Elektrofahrzeuge veredelt – die erste Anlage außerhalb Asiens. Sie ist auch mit einer neuen Mine in Grönland verbunden, was die erste europäische Lieferkette von der Mine bis hin zur Raffinerie bedeutet.

.....



Zu Beginn ihres Mandats hat die Kommission mit dem **Europäischen Klimagesetz** die Grundlage dafür geschaffen, dass die EU bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden kann — und dabei sozial gerecht und wirtschaftlich wettbewerbsfähig bleibt. Wir haben mit dem **Paket „Fit für 55“** ehrgeizige und umfassende Legislativvorschläge vorgelegt, die unsere Klima-, Energie-, Landnutzungs-, Verkehrs- und Steuerpolitik darauf ausrichten, die Nettotreibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % zu senken.

„Fit für 55“ umfasst ein überarbeitetes **EU-Emissionshandelssystem**, das als Eckpfeiler der Klimapolitik der EU dient. Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem werden in die Energiewende reinvestiert, sofern sie nicht als neue Eigenmittel für den EU-Haushalt vorgeschlagen werden. Damit ein gerechter Übergang gelingt, unterstützt der **Klima-Sozialfonds** auch bedürftige Haushalte und Betriebe finanziell. Mit einem Budget von rund 86,7 Mrd. EUR (einschließlich eines EU-Beitrags in Höhe von 65 Mrd. EUR) wird der Fonds zwischen 2026 und 2032 finanziell schwächere Haushalte, kleinere Unternehmen und Verkehrsnutzer EU-weit unterstützen. Dieses umfassende Paket vereinbarter Rechtsvorschriften umfasst auch eine überarbeitete Lastenteilungsverordnung und die Verordnung über Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft sowie überarbeitete Rechtsvorschriften mit höheren Zielen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Es umfasst ferner Ziele für den Ausbau emissionsfreier Fahrzeuge und der erforderlichen Ladeinfrastruktur sowie neue Vorschriften für die Verwendung nachhaltiger Kraftstoffe für Schiffe und Flugzeuge. Der EU-Rahmen für die Senkung von Emissionen ist nun auf das im **Europäischen Klimagesetz** festgelegte Ziel für 2030 ausgerichtet.

.....

CO₂-freier Stahl ist für den ökologischen Wandel entscheidend. Im April 2023 hat Österreichs größter CO₂-Verursacher, der Stahlkonzern Voestalpine, mit Unterstützung der EU 1,5 Mrd. EUR in moderne Elektrolichtbogenöfen investiert, die ohne fossile Energie auskommen. Wenn die Produktion 2027 voll anläuft, werden jährlich 4 Mio. Tonnen CO₂ weniger ausgestoßen, was 5 % der jährlichen Emissionen Österreichs entspricht.

.....



Gleichzeitig gewährleistet das **CO₂-Grenzausgleichssystem** der EU eine faire Bepreisung der CO₂-Emissionen im Zusammenhang mit der Herstellung CO₂-intensiver Waren, die in die EU eingeführt werden, und schafft Anreize für eine sauberere Industrieproduktion in Nicht-EU-Ländern. Das System gilt vorläufig für bestimmte Produkte in einigen der CO₂-intensivsten Sektoren: Eisen und Stahl, Zement, Düngemittel, Aluminium, Strom und Wasserstoff. Es tritt mit einer Übergangsphase am 1. Oktober 2023 in Kraft, wobei das dauerhafte System ab 2026 gilt.

Die Annahme der überarbeiteten **CO₂-Normen für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge, der Verordnung über die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe** und der **EU-Verordnungen über den Seeverkehr und nachhaltige Flugzeugtreibstoffe** sind wichtige Etappen für die Dekarbonisierung des EU-Verkehrssektors. Die Schaffung eines EU-weit vollständig interoperablen und benutzerfreundlichen Netzes von Ladepunkten und Tankstellen in Verbindung mit verbindlichen Zielen für nachhaltige Kraftstoffe für den Luft- und Seeverkehr wird zu weniger Netto-Treibhausgasemissionen und mehr emissionsfreien Fahrzeugen, Schiffen und Luftfahrzeugen führen. Nun ist es von entscheidender Bedeutung, auch rasch eine Einigung über die CO₂-Normen für schwere Nutzfahrzeuge zu erzielen.

.....

Am Tag nach der Rede zur Lage der Europäischen Union wird Präsidentin von der Leyen in Kopenhagen die Patenschaft für **das weltweit erste Containerfrachtschiff übernehmen, das mit Methanol betrieben wird**. Das zeigt das Potenzial des europäischen Grünen Deals, Anreize für die Industrie zur Dekarbonisierung und zur Innovation zu schaffen. Bis 2030 sollte ein Viertel der Maersk-Flotte mit umweltfreundlichen Kraftstoffen fahren, was angesichts der Tatsache, dass 90 % des Welthandels auf See abgewickelt werden, beträchtlich ist.

.....



Eine zügige Energiewende ist von zentraler Bedeutung für unsere Energiepolitik, die „Fit für 55“ erreichen will. In der Einigung über die Überarbeitung der **Erneuerbare-Energien-Richtlinie** wird ein EU-weites Ziel für erneuerbare Energien von 42,5 % festgelegt, das später auf 45 % angehoben werden soll.

Sektorale Ziele sollen sicherstellen, dass alle Bereiche der Wirtschaft die Umstellung auf erneuerbare Energien soweit möglich vollziehen. Die wirtschaftlichste Energie ist allerdings die Energie, die wir nicht nutzen. Unlängst hat die EU einen Konsens über die **Energieeffizienzrichtlinie** erzielt, die das Ziel setzt, bis 2030 Einsparungen von 11,7 % zu erreichen. Diese Zielvorgabe wird den schrittweisen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen fördern und gleichzeitig die Energiekosten für die Verbraucher senken.

Da Gebäude etwa 40 % des Energieverbrauchs der EU ausmachen, sind derzeit Verhandlungen über die **Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden** im Gange. Der Kommissionsvorschlag konzentriert sich auf die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der am wenigsten effizienten Gebäude.



Der europäische Grüne Deal ist mehr als nur eine Rechtsvorschrift. Bei der diesjährigen **Architektur-Biennale in Venedig unter dem Motto „Das Labor der Zukunft“** hob die EU das Neue Europäische Bauhaus hervor, eine Initiative, die den europäischen Grünen Deal mit unseren Lebensräumen und -erfahrungen verknüpft.



Um die Ziele des europäischen Grünen Deals und von REPowerEU zu erreichen, werden jedes Jahr zusätzliche Investitionen von insgesamt mehr als 620 Mrd. EUR benötigt, und zur Verwirklichung der Ziele der Netto-Null-Industrie-Verordnung sind bis 2030 Investitionen in Höhe von 92 Mrd. EUR erforderlich. Der Großteil hiervon wird aus privaten Mitteln stammen müssen. Deshalb hat die Kommission im Juni 2023 ein neues Maßnahmenpaket vorgelegt, das auf dem EU-Rahmen für ein nachhaltiges Finanzwesen aufbaut und diesen stärkt. Die Kommission hat die **EU-Taxonomie** um neue Tätigkeiten erweitert und neue Vorschriften für **Anbieter von Umwelt-, Sozial- und Governance-Ratings** vorgeschlagen, die die Transparenz auf

dem Markt für nachhaltige Investitionen erhöhen werden. Mit dem Paket soll zudem sichergestellt werden, dass der Rahmen für ein nachhaltiges Finanzwesen Unternehmen zugutekommt, die in ihren Übergang zur Nachhaltigkeit investieren wollen. Im Juli 2023 nahm die Kommission die **europäischen Standards für die nachhaltige Berichterstattung** an, mit denen hohe Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards und Transparenz gewährleistet werden sollen und gleichzeitig der Berichterstattungsaufwand für Unternehmen gering bleiben soll. Sie sind auf die EU-Politik zugeschnitten, während sie gleichzeitig auf internationalen Normungsinitiativen aufbauen und dazu beitragen.

Industrie und Innovation

Um im Klimaneutralitätswettbewerb mithalten zu können und die EU-Industrie wettbewerbsfähiger zu machen, hat die Kommission am 1. Februar 2023 ihren **grünen Industriepan** vorgestellt. Er soll ein Umfeld schaffen, das dem Ausbau der Produktionskapazitäten der EU für die Netto-Null-Technologien förderlich ist, die wiederum erforderlich sind, um die ehrgeizigen EU-Klimaziele zu erreichen.

Am 9. März 2023 beschloss die Kommission einen neuen **befristeten Krisen- und Übergangsrahmen**, um Unterstützungsmaßnahmen in Sektoren zu fördern, die für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft von zentraler Bedeutung sind. Zusammen mit der Änderung der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung ermöglicht dieser Rahmen es den Mitgliedstaaten, die in den Beihilfenvorschriften vorgesehene Flexibilität zu nutzen, um die Wirtschaft vor dem Hintergrund des russischen Kriegs gegen die Ukraine zu unterstützen und so Investitionen und die Finanzierung der Produktion umweltfreundlicher Technologien in der EU zu beschleunigen. Die Kommission hat über 320 Beschlüsse zur Unterstützung der Wirtschaft in der



derzeitigen geopolitischen Krise angenommen und dabei Beihilfen in einer geschätzten Gesamthöhe von mehr als 740 Mrd. EUR genehmigt.

Im März wurden die **drei grundlegenden Vorschläge** für das im grünen Industriepan formulierte Regelungsumfeld vorgelegt: das **Gesetz über kritische Rohstoffe**, das **Netto-Null-Industriegesetz** und die Reform der **Strommarkt-Gestaltung**, wodurch Industrie und Verbraucher die Vorteile des ökologischen Wandels nutzen können.

Während des Besuchs von Präsidentin von der Leyen im März in Washington, D.C., vereinbarten sie und US-Präsident Joe Biden, die **wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und den USA** zu stärken, um die Klimakrise gemeinsam zu bewältigen, den Cleantech-Sektor zu fördern und sichere, robuste und breiter aufgestellte Lieferketten im Cleantech-Sektor zu schaffen. Beide waren sich darin einig, dass eine verstärkte transatlantische

Zusammenarbeit gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen und Innovationszyklen fördern könnte, durch die die Kosten im Bereich Cleantech weltweit gesenkt werden und folglich die globale gerechte Energiewende vorangebracht wird, bei der niemand zurückgelassen wird.

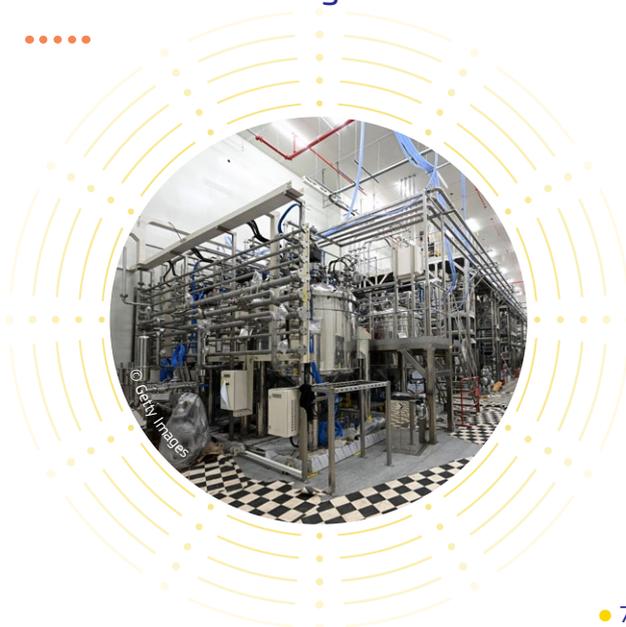
Das **Gesetz über kritische Rohstoffe** wird uns dabei helfen, den Zugang zu nachhaltigen Materialien, einschließlich seltener Erden, zu sichern, die für die Herstellung von Schlüsseltechnologien von wesentlicher Bedeutung sind. Kritische Rohstoffe sind für viele strategische Sektoren von entscheidender Bedeutung, auch für die Herstellung von Netto-Null-Technologien wie Batterien, die digitale Industrie, Luft- und Raumfahrt, Gesundheit und Verteidigung. Da die Nachfrage nach kritischen Rohstoffen drastisch ansteigen dürfte und die EU derzeit in hohem Maße von bestimmten Nicht-EU-Ländern, insbesondere China, abhängig ist, muss die EU die Lieferkettenrisiken mindern, um wirtschaftlich

krisenfester und strategisch autonomer zu werden. Die EU wird klare Prioritäten setzen, Projekt-Genehmigungen erleichtern, für reißfeste Lieferketten sorgen, Risiken mindern, sich mit Partnern zusammentun und in Forschung, Innovation und Kompetenzen investieren. Darüber hinaus hat die EU ihr ernsthaftes Engagement für den Batteriesektor unter Beweis gestellt, indem sie diesen, ausgehend von einer nahezu nicht vorhandenen Batterieproduktion im Jahr 2017, zu einem florierenden Industriesektor mit 30 angekündigten Giga-Werken und etwa 70 GWh an installierter Kapazität im Jahr 2022 gemacht hat.

.....

In diesem Sommer eröffnete Frankreich in Billy-Berclau, in der nördlichen Region Hauts-de-France, seine erste **Batteriefabrik für Elektroautos** – mithilfe öffentlicher Investitionen in Höhe von 850 Mio. EUR. Mit jährlich 2,5 Millionen Batterien bis 2030 und mehr als 2 000 neuen direkten Arbeitsplätzen wird die Fabrik unsere strategische Autonomie stärken und ist Teil eines wichtigen Vorhabens von gemeinsamem europäischem Interesse für die Batterieherstellung.

.....



Das **Netto-Null-Industrie-Gesetz** soll die inländische Fertigung von Netto-Null-Technologien steigern, die technologieneutrale industrielle Basis wettbewerbsfähiger machen und die EU in puncto Energie krisenfester aufstellen. Wir wollen beim Übergang zu sauberen Technologien eine führende Rolle spielen und unseren Bürgerinnen und Bürgern grünes Wachstum und Arbeitsplätze bieten. Der Rechtsakt nennt Ziele für die Netto-Null-Industriekapazität und einen für ihre rasche Einführung geeigneten Rechtsrahmen, der vereinfachte und beschleunigte Genehmigungsverfahren gewährleistet und gleichzeitig verschiedene Instrumente fördert. Hierzu zählen zentrale Anlaufstellen, strategische Projekte für Netto-Null-Technologien, Bedingungen für die öffentliche Förderung, die die Diversifizierung und hohe Umweltstandards begünstigen, Netto-Null-Akademien zur Vermittlung von Kompetenzen und Reallabore für innovative Netto-Null-Technologien.

Der Strommarkt, der den europäischen Verbrauchern über Jahre hinweg gute Dienste geleistet hat, ist in seiner jetzigen Form nicht mehr zweckmäßig. Die Krise um fossile Brennstoffe hat uns vor Augen geführt, wie sehr der Gaspreis die Strompreise bestimmt. Auf Ersuchen der EU-Spitzen hat die Kommission eine langfristige **Reform der Gestaltung des Strommarkts** beschlossen, um erneuerbare Energien zu fördern, die Verbraucher/innen besser zu schützen und industriell wettbewerbsfähiger zu werden. Ziel dieser Reform ist es, die Rechnungen der Verbraucher unabhängiger von den volatilen kurzfristigen Märkten zu machen, Investitionen in erneuerbare Energien zu fördern, die Verbraucherrechte zu stärken und die Märkte besser vor möglichen Manipulationen zu schützen.

Im Juni 2023 schlug die Kommission im Zusammenhang mit der Überarbeitung des mehrjährigen Finanzrahmens die Einrichtung einer **Plattform für strategische Technologien für Europa** vor, um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU bei kritischen Technologien in den Bereichen Digitaltechnologie,

Hochtechnologie, saubere Technologie und Biotechnologie zu fördern.

Für einen raschen und wirksamen Einsatz vor Ort soll diese Plattform auf bestehenden Instrumenten wie InvestEU, dem Innovationsfonds, dem Europäischen Innovationsrat sowie dem Europäischen Verteidigungsfonds aufbauen und diese aufstocken, aber auch neue Flexibilität und Anreize für kohäsionspolitische Finanzierungen in weniger entwickelten Regionen und Übergangsregionen sowie die Aufbau- und Resilienzfähigkeit schaffen. Außerdem wird das Souveränitätssiegel – das EU-Qualitätssiegel für souveränitätsrelevante Projekte – eingeführt.

Natur und Umwelt

Die Waldbrände, Überschwemmungen und Stürme in ganz Europa in den letzten Monaten zeigen, wie wichtig es ist, die Natur in der gesamten Europäischen Union wiederherzustellen und dafür zu sorgen, dass unsere natürliche Umwelt zur Bekämpfung des Klimawandels beiträgt. Die Verhandlungen über den Abschluss der **Verordnung über die Wiederherstellung der Natur** sind im Gange, nachdem der Rat und das Parlament ihre jeweiligen Standpunkte im Juni und Juli 2023 angenommen haben. Sie ist ein wichtiger Schritt zur Verhütung und Bewältigung der schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels und des Verlusts an biologischer Vielfalt wie Dürren und Überschwemmungen und steht im Einklang mit der historischen Einigung von Dezember 2022 über den **Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal**.

Diese Maßnahmen werden durch das Paket vom 5. Juli 2023 über die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen ergänzt, wozu auch der Vorschlag zur **Bodenüberwachung und die Vorschläge über neue genomische Verfahren, über Pflanzen- und forstliches Vermehrungsmaterial** sowie zur **Verringerung der Lebensmittelverschwendung** gehören, welche ein enormes Potenzial haben, zu nachhaltigen Agrar- und Lebensmittelsystemen beizutragen.



Bei einem der größten Umweltprojekte Europas stellt **Irland 33 000 Hektar Moorland wieder her**. Moore sind Ökosysteme, die reich an biologischer Vielfalt sind und doppelt so viel CO₂ speichern wie Wälder.



Mit dem **Null-Schadstoff-Aktionsplan** hat die Kommission eine ehrgeizige Vision für 2050 formuliert: Verringerung der Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung auf ein Niveau, das für Gesundheit und Umwelt nicht mehr schädlich ist. Es folgten weitere wichtige Vorschläge wie die Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden, die Überarbeitung der Luftqualitätsrichtlinien, die Einführung strengerer Emissionsgrenzwerte für Kraftfahrzeuge (Euro 7), die Überarbeitung der Grundwasserrichtlinie und der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser sowie die Überarbeitung der Richtlinie über Industrieemissionen.



Der 22-jährige Umweltschützer Fionn Ferreira aus dem irischen Cork erhielt einen Young Inventor Prize des Europäischen Patentamts für seine **Erfindung zur Befreiung der Meere von Mikroplastik**.



Die EU hat die Gespräche über die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) 2023-2027 erfolgreich abgeschlossen, und bis Dezember 2022 hatte die Kommission alle 28 GAP-Strategiepläne gebilligt. Die am 1. Januar 2023 in Kraft getretenen Rechtsvorschriften dienen den Zielen der **Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und der Biodiversitätsstrategie**, da sie den Landwirten in der EU helfen, weiterhin sichere und hochwertige Lebensmittel zu erzeugen und gleichzeitig beim Übergang zu einem nachhaltigeren und krisenfesten Agrarsektor voranzukommen. Die neue GAP unterstützt auch die **langfristige Vision der EU für ländliche Gebiete**, indem sie dazu beiträgt, die Vitalität und Vielfalt der ländlichen Gemeinschaften

zu erhalten. Insgesamt werden 32 % der gesamten GAP-Mittel für Klima, natürliche Ressourcen, biologische Vielfalt und Tierschutz verwendet, während mehr Gewicht auf Fairness für kleine landwirtschaftliche Familienbetriebe, Junglandwirte und Landarbeiter gelegt wird.



Der Bauernhof von João Coimbra in Zentralportugal, Quinta da Cholda, wurde Anfang des 20. Jahrhunderts gegründet und **nutzt heute Präzisionslandwirtschaft und Biodiversitätsverfahren, um mit weniger mehr zu produzieren**. Im Jahr 2022, das von schweren Dürren geprägt war, konnte er die Flächen entsprechend dem genauen Bodenbedarf bewässern, ohne dass es zu Ernteverlusten kam. In puncto Energie ist der landwirtschaftliche Betrieb autark.



Kreislaufwirtschaft

Die Kommission hat mehrere Vorschläge angenommen, um die Verpflichtungen aus dem Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft zu erfüllen. Hierzu gehören Vorschläge für eine **Verordnung über Verpackungen** und Abfälle und eine **Verordnung über Ökodesign für nachhaltige Produkte**, die dafür sorgen sollen, dass alle Produkte, die auf den EU-Markt gelangen, nachhaltig, wiederverwendbar, reparierbar und recycelbar sind. Für sage und schreibe 94 % der Menschen in der EU ist Umweltschutz von persönlicher Bedeutung, während 68 % zugeben, dass sich ihr Konsumverhalten sowohl in Europa als auch weltweit negativ auf die Umwelt auswirkt.

Um die negativen Folgen der EU-Nachfrage nach Gütern wie Soja, Palmöl, Kaffee, Kakao, Holz und Kautschuk zu verringern, einigten sich die gesetzgebenden Organe auf eine **neue EU-Verordnung zur Eindämmung der weltweiten Entwaldung**, die im Juni 2023 in Kraft trat. Wir haben mit den Partnerländern einen engen Dialog über ihre Umsetzung aufgenommen, wie die Einsetzung der gemeinsamen Taskforce der Europäischen Kommission, Indonesiens und Malaysias im Juni zur Umsetzung der EU-Verordnung gegen die Entwaldung zeigt.

Im März 2023 schlug die Kommission einheitliche Kriterien vor, um Greenwashing auf dem EU-Markt entgegenzuwirken. Dadurch wird **sichergestellt, dass Produkte, die als „grün“ vermarktet werden, wirklich umweltfreundlich sind**. Verbraucher/innen werden besser informiert – und Unternehmen mit wirklich nachhaltigen Produkten leichter als solche erkennbar und belohnt. Der Vorschlag konzentriert sich auf konkrete Angaben wie „T-Shirt aus recycelten Plastikflaschen“, „CO₂-neutrale Lieferung“, „Verpackung aus 30 % recyceltem Kunststoff“ oder „oceanfreundliche Sonnencreme“.

Ferner nahm die Kommission einen neuen Vorschlag an, in dem sie sich für die **Reparatur von Waren** einsetzt. Die Kommission will die Reparatur von Waren (wie Staubsaugern, Tablets und Smartphones) vereinfachen und fördern,

den Reparatursektor ankurbeln und Hersteller wie Verkäufer ermutigen, nachhaltigere Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Grüne Diplomatie

Auf der **27. Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP 27)** hat die Kommission Ehrgeiz und Flexibilität gezeigt, um das Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, in Reichweite zu halten. Ein geschlossenes europäisches Auftreten verhalf zu einer hart erkämpften Einigung, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens nicht zu verraten. Zudem hat die EU bei den Diskussionen über ausgewogene neue Finanzvereinbarungen vermittelt, die besonders betroffenen Ländern bei der Bewältigung klimabedingter Zerstörungen und Schäden helfen sollen.

Im Dezember 2022 trat die EU auf der UN-Biodiversitätskonferenz (COP 15) im kanadischen Montreal gemeinsam mit 195 Staaten dem **historischen Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal** bei. Der Rahmen beinhaltet globale Ziele und Vorgaben, um die Umwelt für die heutigen und künftigen Generationen zu schützen und wiederherzustellen, eine nachhaltige Nutzung der Natur zu gewährleisten und Investitionen in eine grüne Weltwirtschaft zu fördern. Zusammen mit dem Pariser Klimaabkommen ebnet er den Weg zu einer klimaneutralen, umweltfreundlichen und krisenfesten Welt bis 2050. Geschlossenheit und Führungsstärke der EU waren bei den vierjährigen Verhandlungen entscheidend für dieses internationale Übereinkommen. Präsidentin von der Leyen hatte bereits im Rahmen von Global Gateway angekündigt, dass die Kommission die **Mittel für die weltweite Artenvielfalt verdoppelt**, womit insgesamt 7 Mrd. EUR in den Artenschutz weltweit investiert werden.

Entsprechend schloss die internationale Gemeinschaft im März 2023 auch die Verhandlungen über den **wegweisenden Vertrag über die Hohe See** zum Schutz der Ozeane, zur Bekämpfung von Umweltzerstörung

und Klimawandel sowie zur Verhinderung des Verlusts der biologischen Vielfalt in den Weltmeeren ab. Der Artenschutzvertrag über nationale Gerichtsbarkeit hinaus wird die **Einrichtung großer Meeresschutzgebiete auf hoher See** ermöglichen. Die EU und die Mitgliedstaaten, die Teil der von Präsidentin von der Leyen ins Leben gerufenen Koalition hoher Ambitionen sind, haben beim Zustandekommen des Abkommens eine zentrale Rolle gespielt.

Um den Zusammenhang zwischen Klima, Frieden und Sicherheit besser in die Außenpolitik der EU zu integrieren, stellten die Kommission und der Hohe Vertreter im Juni 2023 **den Plan der EU vor, angesichts der sich verschärfenden Klimakrise auf mehr Krisentauglichkeit und Sicherheit zu setzen.**

Beim Pariser Gipfel für einen neuen globalen Finanzierungspakt im Juni 2023 **schlug Präsidentin von der Leyen vor, die globale CO₂-Bepreisung zu nutzen, um Gelder für den Klimaschutz zu generieren**, die die Entwicklungsländer so dringend benötigen. Die Bepreisung von CO₂-Emissionen ist eines der wirksamsten Mittel, um Emissionen so zu senken, dass die Verursacher für die Umweltverschmutzung bezahlen müssen oder den Verantwortlichen Innovationen schmackhaft gemacht werden. Seit Einführung der CO₂-Bepreisung in der EU im Jahr 2005 wurden 142 Mrd. EUR eingenommen, während der CO₂-Ausstoß um 35 % zurückging. Die EU weitet das Emissionshandelssystem nun auf Gebäude und den Straßenverkehrssektor aus.

Neben dem EU-Emissionshandelssystem sind in Kanada, China, Japan, Neuseeland, Südkorea, der Schweiz und den Vereinigten Staaten bereits nationale oder subnationale Systeme in Betrieb oder in Entwicklung. Die EU arbeitet mit diesen Partnern zusammen und unterstützt andere bei der Umsetzung der CO₂-Bepreisung.

Im Juli 2023 veröffentlichte die Kommission ihre erste *Freiwillige Überprüfung der Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung*. Seit Annahme dieser Agenda im Jahr 2015 hat die EU bei den meisten Zielen für nachhaltige Entwicklung moderate

oder starke Fortschritte erzielt. Die EU will bei der Verwirklichung dieser Ziele weiter vorankommen, indem sie die Umsetzung des europäischen Grünen Deals und der digitalen Dekade Europas beschleunigt.

Verwirklichung der digitalen Dekade Europas

Die digitale Innovation verändert unsere Wirtschaft in atemberaubendem Tempo. In diesem Jahr haben wir das extrem rasche Aufkommen generativer künstlicher Intelligenz (KI) erlebt, wozu auch große Sprachmodelle und die Erstellung von Bildern gehören. Das Aufkommen der **KI-Revolution ist keine Zukunftsperspektive mehr, sondern Realität.** Das Potenzial einer vertrauenswürdigen KI ist groß und umfasst eine positive Entwicklung im Gesundheitswesen und in der Medizin, einen sichereren und umweltfreundlicheren Verkehr, effizientere Industriezweige, Modelle zur Vorhersage des Klimawandels und kosteneffizientere, nachhaltige Energielösungen.

Der Plan der Kommission, ein innovationsfreundliches, aber auf den Menschen ausgerichtetes Regelungsumfeld für KI zu gewährleisten, war vorausschauend. Bereits im April 2021 legte die Kommission das **Gesetz über künstliche Intelligenz** vor, das dafür sorgen soll, dass die in der EU verwendeten KI-Systeme sicher, transparent, ethisch vertretbar, unvoreingenommen und unter menschlicher Kontrolle sind. Um eine innovationsfreundliche umfassende Strategie zu gewährleisten, hat die Kommission einen **risikobasierten Ansatz** vorgeschlagen. Die Trilogie zum KI-Gesetz haben vielversprechend begonnen und werden dieses Jahr hoffentlich zum Abschluss gebracht. Parallel dazu strebt die EU mit dem **koordinierten Plan für KI** eine schrittweise Aufstockung der öffentlichen und privaten Investitionen in KI im Laufe dieses Jahrzehnts auf insgesamt 20 Mrd. EUR jährlich an.



Das neu eröffnete Labor für Maschinelles Lernen zur Präzisionsbildung in Wien entwickelt **mithilfe künstlicher Intelligenz verbesserte Vorhersagemodelle für Lungenkrebs und dessen personalisierte Behandlung.**



Im Dezember 2022 wurde ein bedeutender Konsens über die **Europäische Erklärung zu den digitalen Rechten und Grundsätzen für die digitale Dekade** erzielt. Diese Erklärung ist für Mensch, Wirtschaft und Politik eine Richtschnur inmitten des digitalen Wandels in der EU, weil sie den Mensch in den Mittelpunkt des Wandels stellt und Innovationen in unsere Wirtschaftszweige fördert.

Im Dezember 2022 wurde auch das **Politikprogramm für die digitale Dekade** angenommen, eine Initiative zur Gewährleistung eines digitalen Wandels, der sich auf die EU-Bürger/innen konzentriert und auf den Grundsätzen der europäischen digitalen Souveränität und unseren gemeinsamen Werten beruht. Mit dem Programm wurde ein Überwachungs- und Kooperationsmechanismus eingerichtet, um die gemeinsamen Ziele und Vorgaben für den digitalen Wandel in Europa gemäß dem digitalen Kompass 2030 zu erreichen. Durch diesen kooperativen Ansatz werden Mehrländerprojekte – Vorhaben in einer Größenordnung, die kein Mitgliedstaat allein stemmen könnte – digitalen Fortschritt bewirken.

Es ist unbestreitbar, dass es ohne Halbleiter oder „Chips“ weder einen digitalen oder ökologischen Wandel noch eine technologische Führungsrolle der EU geben kann. Folglich wurde im März 2023 eine grundlegende Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten über das **europäische Chip-Gesetz** erzielt, das ein Jahr zuvor erstmals von der Kommission vorgeschlagen worden war. Der Gesamtbetrag der politikorientierten Investitionen zur Stützung des Gesetzes wird auf über 43 Mrd. EUR geschätzt. Diese Investitionen werden neuartige Fertigungstätigkeiten in der EU fördern, dem europäischen Design-Ökosystem neue Impulse verleihen und für Expansion wie Innovation in der gesamten Halbleiter-Wertschöpfungskette sorgen.

Parallel dazu genehmigte die Kommission im Oktober 2022 und im April 2023 gemäß den EU-Beihilfavorschriften französische und italienische Beihilfen von über 8 Mrd. EUR für Investitionen in neuartige Halbleiterwerke in der EU.



Das Land Sachsen hat erfolgreich den Wandel vollzogen und ist zu einem der **herausragendsten Technologiezentren in Europa** geworden, wobei der Schwerpunkt auf der Mikroelektronik liegt. EU-Fördermittel spielten hierbei eine zentrale Rolle, da zusätzliche Investitionen angezogen werden konnten. Das bekannteste Projekt ist ein neues Infineon-Halbleiterwerk, eine Investition von 5 Mrd. EUR, die über 1 000 neue hoch qualifizierte Arbeitsplätze schaffen dürfte. Infineon erwartet öffentliche Mittel im Umfang von 1 Mrd. EUR, die im Rahmen des EU-Chip-Gesetzes gewährt werden.



Ein weiteres Beihilfe-Instrument der Kommission zur Unterstützung der Mikroelektronikindustrie sind **wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse**. Im Juni 2023 genehmigte die Kommission ein solches Projekt zur Unterstützung von Forschung, Innovation und des ersten industriellen Einsatzes von Mikroelektronik und Kommunikationstechnologien in der gesamten Wertschöpfungskette. Die von den Mitgliedstaaten bereitgestellten öffentlichen Mittel in Höhe von 8,1 Mrd. EUR dürften zusätzliche 13,7 Mrd. EUR an privaten Investitionen mobilisieren.

Daten, die treibende Kraft für die digitale Wirtschaft Europas, müssen in den Händen der Europäer liegen. Mit der **europäischen Datenstrategie** will sich die EU in einer datengesteuerten Gesellschaft an vorderster Front positionieren. Die Schaffung eines Binnenmarkts für Daten wird den freien Verkehr innerhalb der EU und über Wirtschaftszweige hinweg zum Nutzen von Wirtschaft, Forschung und öffentlicher Verwaltung ermöglichen.

Im Juni 2023 erfolgte eine Einigung über das **Datengesetz**, einen wichtigen Rechtsakt, der eine größere Datenmenge zugänglich machen und Vorschriften für die Datennutzung und den Datenzugang in allen Wirtschaftszweigen EU-weit festlegen soll. Die neuen Regelungen dürften bis 2028 weitere 270 Mrd. EUR zum BIP der EU-Mitgliedstaaten beitragen, da die rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Fragen angegangen werden, die derzeit zu einer unzureichenden Datennutzung führen. Durch den Rechtsakt werden Verbraucher und Unternehmen, die per Nutzung von Produkten und Dienstleistungen Daten produzieren, von erschwinglicheren Anschlussmarktdiensten, neuen Möglichkeiten zur Nutzung von Diensten, die auf den Datenzugang angewiesen sind, und von einem besseren Zugang zu Daten, die von einem Gerät erfasst oder erzeugt werden, profitieren.

Das **Gesetz über digitale Dienste**, das seit November 2022 in Kraft ist, enthält umfangreiche neue Verpflichtungen für alle

Online-Plattformen, um Schäden zu mindern und die Rechte der Nutzer im digitalen Bereich zu schützen.

Am 25. April 2023 benannte die Kommission in diesem Zusammenhang 17 sehr große Online-Plattformen und zwei sehr große Online-Suchmaschinen. Somit müssen diese Dienste seit Ende August 2023 allen neuen Verpflichtungen zur Stärkung und zum Schutz der Online-Nutzer, auch Minderjähriger, nachkommen. Dazu gehört auch die Pflicht dieser benannten Dienste, systemische Risiken zu bewerten und zu mindern sowie robuste Instrumente zur Moderation von Inhalten bereitzustellen.

Um den Rechtsakt durchzusetzen, stärkt die Kommission auch ihr internes und externes multidisziplinäres Fachwissen. Das bei der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission angesiedelte **Europäische Zentrum für die Transparenz der Algorithmen** wurde am 17. April 2023 eröffnet.

Das **Gesetz über digitale Märkte**, das ebenfalls seit November 2022 in Kraft ist, soll Fairness und Bestreitbarkeit auf digitalen Märkten verbessern und klar definierte, objektive Kriterien für die Bestimmung von „Torwächtern“ festlegen.

Am 6. September 2023 benannte die Kommission sechs „Torwächter“, die nun sechs Monate Zeit haben werden, um die vollständige Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Gesetz über digitale Märkte für jeden ihrer benannten zentralen Plattformdienste sicherzustellen.

Die Kommission hat im Juli 2023 eine neue Strategie für das **Web 4.0 und virtuelle Welten** angenommen, um den nächsten technologischen Wandel zu steuern und ein offenes, sicheres, vertrauenswürdiges, faires und inklusives digitales Umfeld für die Bürger/innen sowie die Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen in der EU zu gewährleisten.

Derzeit ist die grenzüberschreitende Nutzung von nationalen elektronischen Personalausweisen

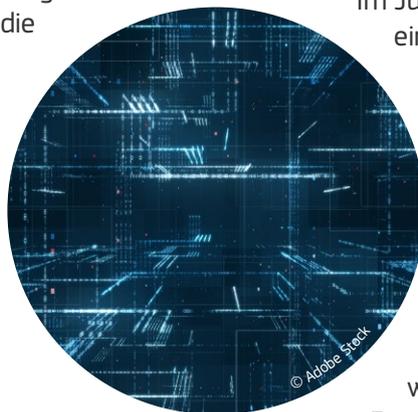
nur für etwa 60 % der EU-Bevölkerung in 14 Mitgliedstaaten möglich. Die im Juni 2023 vereinbarte **europäische digitale Identität** wird Bürgerinnen und Bürgern, Gebietsansässigen und Unternehmen in der EU zur Verfügung stehen, die sich ausweisen oder bestimmte persönliche Informationen verifizieren möchten. Bürger/innen sowie Gebietsansässige in der EU haben Anspruch auf eine persönliche digitale Brieftasche, die sowohl für öffentliche als auch private Online- und Offline-Dienste in der gesamten EU gilt.

Dies geht einher mit Investitionen in Infrastruktur und Kenntnisse, die darauf abzielen, die **digitale Kluft zu überbrücken** und zu gewährleisten, dass niemand in der EU beim digitalen Wandel unserer Gesellschaften und unserer Wirtschaft auf der Strecke bleibt. Rund 26 % der Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität sind für Maßnahmen bestimmt, die zu den Digitalzielen beitragen. Zusätzlich zu den zwischen 2014 und 2020 investierten 16 Mrd. EUR, die in die Fazilität „Connecting Europe“ und das Programm „Digitales Europa“ flossen, wird dieser Betrag um 36,6 Mrd. EUR im Rahmen der Kohäsionspolitik im Zeitraum 2021-2027 aufgestockt.

Im Juni 2023 legte die Kommission einen Vorschlag vor, mit dem die Grundlagen für einen **potenziellen digitalen Euro zur Ergänzung des Bargelds** geschaffen werden sollen. Mit der Zunahme der elektronischen und digitalen Zahlungen in der EU könnte ein digitaler Euro eine weithin akzeptierte, wirtschaftliche, sichere und stabile Form öffentlicher Gelder bieten.

Parallel dazu legte die Kommission einen Legislativvorschlag vor, mit dem sichergestellt werden soll, dass Euro-Bargeld im gesamten Euro-Währungsgebiet eine allgemein akzeptierte und zugängliche Zahlungsmethode bleibt.

Parallel dazu hat die Kommission zwei Vorschläge zur Digitalisierung des Zahlungsverkehrs und des Finanzsektors



im weiteren Sinne vorgelegt, wobei den Interessen der Verbraucher, dem Wettbewerb, der Sicherheit und dem Vertrauen Vorrang eingeräumt wird. Der erste Vorschlag bezieht sich auf eine Überarbeitung der Richtlinie über Zahlungsdienste zur Stärkung von Betrugsprävention, Verbraucherrechten und Open-Banking-Systemen.

Beim zweiten handelt es sich um einen Legislativvorschlag für einen Rahmen, der den Zugang Dritter zu Finanzdaten von Kunden in verschiedenen Finanzdienstleistungen regelt.

Diese Initiativen schließen an einen Vorschlag vom Oktober 2022 an, mit dem Sofortzahlungen in Euro für alle Bürger/innen sowie Unternehmen in der EU und im Europäischen Wirtschaftsraum zur Verfügung stehen sollen. Ziel ist es, **Euro-Überweisungen binnen zehn Sekunden an jedem Tag** zu ermöglichen und so den Finanzsektor benutzerfreundlicher und effizienter zu gestalten.

Im Jahr 2023 **trat auch Kroatien dem Euro-Währungsgebiet bei.**

Zwanzig EU-Mitgliedstaaten und 347 Millionen EU-Bürger/innen nutzen nun die gemeinsame Währung der EU.

Stärkung unseres Binnen- und Sozialmarkts

In diesem Jahr feierten wir das **30-jährige Bestehen des Binnenmarkts** – die Grundlage für die dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit der EU. Als weltweit größter Binnenmarkt mit 440 Millionen Bürgerinnen und Bürgern, 23 Millionen Unternehmen und 15 % des weltweiten BIP dürfte er das BIP der EU seit seiner Gründung vor drei Jahrzehnten um weitere 9 % erhöht haben. Mithilfe des Binnenmarkts können die Mitgliedstaaten

gemeinsame Lösungen für Herausforderungen wie den Krieg in der Ukraine, die Energiekrise und den Anstieg der Lebenshaltungskosten finden. Für Verbraucher/innen bedeutet das: mehr Auswahl, höhere Standards und niedrigere Preise; und Unternehmer/innen können global wettbewerbsfähig werden.

Anlässlich des Jahrestags des Binnenmarkts am 16. März 2023 legte die Kommission ihren Ansatz für die **langfristige Wettbewerbsfähigkeit** dar. Darin wird das Potenzial des Binnenmarkts zur Steigerung der Produktivität anerkannt und dargelegt, wie die EU auf ihren Stärken aufbauen und mehr erreichen kann, als lediglich die Wachstums- und Innovationslücke zu schließen. Durch einen zukunftsorientierten, klaren und koordinierten EU-Rahmen sollen florierende Unternehmen gefördert werden, die sich auf dem Weltmarkt behaupten können, attraktive Arbeitsplätze bieten und globale Standards setzen.



Die EU-Wirtschaft weist angesichts der aufeinanderfolgenden wirtschaftlichen Schocks der letzten Jahre nach wie vor eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit auf. Im Jahr 2022 war die **Erholung des Wachstums mit 3,4 %**

beeindruckend. Die wirtschaftliche Expansion wurde durch einen robusten Arbeitsmarkt **mit rekordträchtig niedriger Arbeitslosigkeit und steigender Beschäftigung gestützt**. Dieses Ergebnis ist in hohem Maße auf das entschlossene Handeln der EU und ihrer Mitgliedstaaten zurückzuführen.

Die starke Wirtschaftsleistung hat jedoch auch den Rückgang der Inflation verzögert. Die hohe Inflation und die sich daraus ergebende währungspolitische Reaktion der Zinserhöhungen haben zu der erheblichen Verlangsamung des Wachstums beigetragen, die sich gerade vollzieht.

Das sehr bescheidene Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 2023 hat gleichwohl frühere Ängste vor einer Rezession im Winter zerstreut. Trotz eines

hohen Maßes an Unsicherheit, insbesondere im Hinblick auf die anhaltende Invasion Russlands in die Ukraine, geben uns diese Zahlen Anlass zu Optimismus für die Zukunft. Gleichzeitig dürfte die Belastung der privaten Haushalte durch inflationsbedingte Kaufkraftverluste nachlassen und der Arbeitsmarkt weiter robust bleiben.

Die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der EU ist unserem einzigartigen Wirtschaftsmodell zu verdanken. In den letzten drei Jahrzehnten haben wir einen leistungsfähigen Binnenmarkt mit einer starken sozialen Dimension geschaffen. Dazu gehört auch das 2020 eingeführte Instrument „SURE“ (Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage) zum Schutz der von der COVID-19-Pandemie betroffenen Arbeitsplätze und Einkommen.

Aus dem **Abschlussbericht über die Durchführung und die Auswirkungen von SURE** geht hervor, dass das Instrument in diesem Jahr mehr als 2,5 Millionen Unternehmen unterstützt und rund 31,5 Millionen Arbeitsplätze gerettet hat. Ab 2022 liefen die nationalen Unterstützungsmaßnahmen eindeutig aus, wobei 40 000 Unternehmen und 350 000 Menschen im Rahmen von SURE weiterhin unterstützt werden konnten.

Mit 98,4 Mrd. EUR, die an 19 Mitgliedstaaten ausgezahlt wurden, war **SURE** zwischen den Jahren 2020 und 2022 **von entscheidender Bedeutung für die schnelle wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie**. Fast die Hälfte der Gesamtausgaben wurde für Kurzarbeitsregelungen und fast ein Drittel für ähnliche Maßnahmen für Selbstständige verwendet. Lohnausgleichsregelungen und andere ähnliche Maßnahmen machten 12 % aus, während die verbleibenden 5 % für gesundheitsbezogene Maßnahmen ausgegeben wurden, zu denen Präventionsmaßnahmen gegen COVID-19, zusätzliche Arbeitskosten für

die Einstellung und Unterstützung von Gesundheitspersonal sowie der Erwerb von medizinischer Ausrüstung und Medikamenten einschließlich Impfstoffen gehörten.

Trotz der beispiellosen Schocks – wie die Pandemie und der Krieg – hat die Kommission weiterhin für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts gesorgt. Mit der **Verordnung über Subventionen aus Drittstaaten**, die seit Januar 2023 in Kraft ist, soll binnenmarktverzerrenden Subventionen aus Drittstaaten entgegengewirkt werden. Mit diesen neuen Vorschriften kann die EU für Handel und Investitionen offen bleiben und gleichzeitig gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle in der EU tätigen Unternehmen gewährleisten. Die Verordnung gilt seit dem 12. Juli. Ab dem

12. Oktober müssen Unternehmen bei der Kommission Zusammenschlüsse und die Teilnahme an Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge anmelden, in deren Rahmen drittstaatliche finanzielle Zuwendungen an Unternehmen, die eine wirtschaftliche Tätigkeit in der EU ausüben und die einschlägigen Anmeldeschwellen erreichen, gewährt werden.



Die Reform der EU-Zollunion, die wir im Mai 2023 vorgeschlagen haben, wird traditionelle Zollanmeldungen durch einen intelligenten, datengesteuerten Ansatz für die Einfuhrüberwachung ersetzen. Dieser Vorschlag stellt die **umfassendste und ehrgeizigste Reform der EU-Zollunion seit deren Gründung im Jahr 1968** dar. Angesichts des starken Anstiegs des Handelsvolumens, der Zunahme des elektronischen Handels und der rasch wachsenden Zahl von EU-Standards, die bei Zollkontrollen eingehalten werden müssen, wird das neue System – unterstützt von einer neuen EU-Zollbehörde – die derzeit schwerfälligen Zollverfahren abbauen und den Binnenmarkt wettbewerbsfähiger, sicherer und zukunftsfähiger machen.



Am 8. Dezember 2022 schlug die Kommission eine Reihe von Maßnahmen vor, mit denen das **Mehrwertsteuersystem der EU modernisiert und dafür gesorgt werden soll, dass das System für Unternehmen besser funktioniert** und weniger betrugsanfällig wird. Dies soll geschehen, indem die Digitalisierung als Chance begriffen und gefördert wird. Die vorgeschlagenen zentralen Maßnahmen werden den Mitgliedstaaten dabei helfen, jährlich zusätzliche Mehrwertsteuereinnahmen in Höhe von bis zu 18 Mrd. EUR zu erzielen. Zudem werden sie Unternehmen, auch mittelständischen Betrieben, helfen, zu wachsen. Im selben Monat nahm die Kommission einen Vorschlag für **neue Steuertransparenzvorschriften** an, nach denen alle Anbieter von Kryptowerten in der EU dazu verpflichtet werden, Transaktionen von in der EU ansässigen Kunden zu melden. Dies wird die Fähigkeit der Mitgliedstaaten verbessern, Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung aufzudecken und zu bekämpfen, da es in diesem Bereich häufig an Transparenz mangelt. Die EU-Finanzminister/innen erzielten im Mai 2023 eine politische Einigung zu diesem Vorschlag.

Die europäischen Unternehmen profitieren nicht nur von einem integrierten Markt, hoch qualifizierten Arbeitskräften und weniger bürokratischem Aufwand, sondern auch von einem umfangreichen Rahmen für Innovation. Auf schutzrechtsintensive Wirtschaftszweige entfällt fast die Hälfte des gesamten BIP sowie mehr als 90 % aller EU-Ausfuhren. Vor diesem Hintergrund hat die Kommission am 27. April 2023 **neue Patentvorschriften** vorgeschlagen. Durch die vorgeschlagenen Verordnungen über standardessenzielle Patente, die Zwangslizenzierung von Patenten in Krisensituationen sowie die Überarbeitung der Rechtsvorschriften über ergänzende Schutzzertifikate wird ein transparenter, wirksamer und zukunftssicherer Rahmen für Rechte des geistigen Eigentums geschaffen. Sie zielen darauf ab, das Patentsystem wirksamer zu gestalten, indem die Fragmentierung des Binnenmarkts weiter beseitigt, der

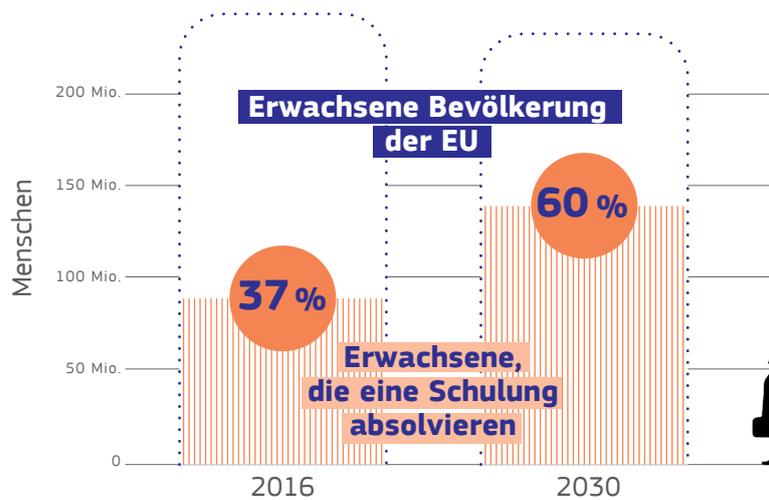
Verwaltungsaufwand verringert und die Effizienz gesteigert wird. Dies wird die Wirtschaftsakteure und die zuständigen Behörden in die Lage versetzen, Innovationen besser zu schützen und gleichzeitig einen fairen Zugang, auch in Notsituationen, zu gewährleisten.

Darüber hinaus profitiert der Binnenmarkt von einem widerstandsfähigen Bankensektor, der durch einen starken Rahmen für das Krisenmanagement gestützt wird. Am 18. April 2023 nahm die Kommission einen Vorschlag zur Anpassung und **Stärkung des bestehenden EU-Rahmens für das Krisenmanagement im Bankensektor und die Einlagenversicherung** an. Der Schwerpunkt liegt dabei auf mittelgroßen und kleineren Banken. Der Vorschlag stützt sich auf die Erfahrungswerte aus den ersten Jahren der Anwendung des Rahmens und gibt den Abwicklungsbehörden wirksamere Instrumente an die Hand, um sicherzustellen, dass Einleger – z. B. Einzelpersonen, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen – weiterhin Zugang zu ihren Bankkonten haben, sollte eine Krise auftreten und die Finanzstabilität auf dem Spiel stehen. Insbesondere soll der Einsatz von – durch die Kreditwirtschaft finanzierten – Abwicklungs- und Einlagensicherungsfonds erleichtert werden, damit die Behörden in Banken Krisen die Einleger besser abschirmen können, indem beispielsweise ihre Konten von einer notleidenden auf eine gesunde Bank übertragen werden.

Ferner ist die EU im Begriff, die Widerstandsfähigkeit der in der Union tätigen Banken zu steigern sowie ihre Beaufsichtigung und ihr Risikomanagement zu stärken, indem die **Umsetzung der weltweit vereinbarten regulatorischen Reformen, genannt Basel III, abgeschlossen wird**. Mit diesen neuen Bankenvorschriften wird sichergestellt, dass die Banken in der EU besser für mögliche wirtschaftliche Schocks gewappnet werden und gleichzeitig einen Beitrag zum Übergang zur Klimaneutralität leisten.

Kompetenzen eröffnen Chancen

EU-Ziel, dass 60 % aller Erwachsenen jährlich an einer Schulung teilnehmen



Nutzung der Chancen unserer sozialen Marktwirtschaft: Schwerpunkt auf sozialem Dialog und Qualifikationen

Da in unserer einzigartigen sozialen Marktwirtschaft sowohl kommerzielle Möglichkeiten als auch gesellschaftliche Wohlfahrt von hoher Bedeutung sind, stehen die Menschen im Mittelpunkt unseres sozialen Europas. Vor dem Hintergrund der beschleunigten Inflation und der gestiegenen Lebenshaltungskosten im vergangenen Jahr kommt es, wie im Zyklus des Europäischen Semester 2023 betont wurde, entscheidend darauf an, die Kaufkraftverluste durch politische Maßnahmen auf allen Ebenen abzumildern.

Hierfür werden wir den Aktionsplan zur **europäischen Säule sozialer Rechte** weiterhin umsetzen. Die Mitgliedstaaten haben die bis 2030 anvisierten sozialpolitischen Ziele der EU einer erwerbstätigen Beschäftigung von mindestens 78 % der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren, einer Teilnahme von mindestens 60 % der Erwachsenen an jährlichen Weiterbildungsmaßnahmen und einer Verringerung der Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen um mindestens 15 Millionen (im Vergleich zu 2019) gebilligt.

Wir müssen dafür sorgen, dass alle Menschen, die in der EU arbeiten, ein menschenwürdiges Leben führen können. Die historische Einigung über die Richtlinie über **angemessene Mindestlöhne** wird bis November 2024 in nationales Recht umgesetzt. Die Richtlinie wird dazu beitragen, Menschen in der gesamten EU aus der Erwerbstätigenarmut zu holen, indem sie ein Verfahren für angemessene gesetzliche Mindestlöhne vorschreibt und die Mitgliedstaaten verpflichtet, Tarifverhandlungen zur Lohnfestsetzung zu fördern.

Die soziale Marktwirtschaft Europas lebt vom Dialog zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierungen, bei dem Tarifverhandlungen ein zentraler Aspekt sind. Wir sind fest davon überzeugt, dass der soziale Dialog ein geeignetes Instrument zur Entwicklung gemeinsamer Lösungen für die Herausforderungen einer sich ständig wandelnden Arbeitswelt ist. Im Anschluss an unsere Mitteilung aus dem Januar 2023 nahmen die Mitgliedstaaten eine **Empfehlung des Rates mit konkreten Maßnahmen für eine stärkere Einbeziehung der Sozialpartner auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU** an. Sie sollten daher bei der Gestaltung und Umsetzung der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik konsultiert werden, Tarifverhandlungen sollten gefördert und ein Ausbau der Kapazitäten der Sozialpartner ermöglicht werden.

Im September 2022 nahm die Kommission Leitlinien an, die Rechtssicherheit für Solo-Selbständige, insbesondere solche, die in der digitalen Wirtschaft und über Online-Plattformen tätig sind, schaffen sollen, indem klargestellt wird, wann ihre Bemühungen, gemeinsam über bessere Konditionen zu verhandeln, wettbewerbsrechtlich unbedenklich sind.

In der Zwischenzeit haben die beiden gesetzgebenden Organe die abschließenden Verhandlungen über den **Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit** aufgenommen. Mit dem Vorschlag soll sichergestellt werden, dass über digitale Arbeitsplattformen Tätigen der rechtmäßige Beschäftigungsstatus gewährt wird, der ihrer tatsächlichen Arbeit entspricht, und dass sie die Rechte im Arbeitsverhältnis und die Sozialleistungen in Anspruch nehmen können, die ihnen zustehen. Im Rahmen des Schwerpunkts auf digitalen Arbeitsplattformen befasst er sich auch mit der komplexen Frage des Managements von Plattformen mithilfe von Algorithmen, um hier menschliche Aufsicht und Transparenz zu gewährleisten.



Der österreichische Aufbau- und Resilienzplan **trägt zu einer krisenfesteren Gesellschaft bei, indem er Verträge für 275 Pflegekräfte übernimmt.**

Investiert wurde auch in eine Flotte von 94 Elektroautos und 37 Elektrorädern, sodass bedürftige, zumeist ältere Menschen auch in abgelegenen Gebieten gut versorgt werden können.



Um den ökologischen, digitalen und demografischen Wandel erfolgreich zu gestalten, muss die EU massiv in lebenslanges Lernen investieren und die Kompetenzen der Menschen an den sich ständig wandelnden Arbeitsmarkt anpassen. Unser Ziel dieses **Europäischen Jahres der Kompetenzen** besteht für alle – Politik, Wirtschaft und Menschen – darin, den Stellenwert der Ausbildung zu erkennen und entsprechend zu handeln. Im Haushalt 2021-2027 stehen den Mitgliedstaaten **EU-Mittel in Höhe von rund 65 Mrd. EUR** für Investitionen in Qualifizierungsprogramme zur Verfügung, hauptsächlich über die Aufbau- und Resilienzfazilität und den Europäischen Sozialfonds Plus. Im April 2023 nahm die Kommission zwei neue Vorschläge für Empfehlungen des Rates zu **digitalen Kompetenzen und zur digitalen allgemeinen und beruflichen Bildung** an.

Sie zielen darauf ab, die Mitgliedstaaten und den Sektor der allgemeinen und beruflichen Bildung bei der Bereitstellung hochwertiger, inklusiver und zugänglicher digitaler Aus- und Weiterbildung zu unterstützen, damit die Menschen in der EU ihre digitalen Kompetenzen ausbauen können.

Im Jahr 2023 hat die Kommission die Haushaltsmittel für **Erasmus+** auf einen neuen Gesamtbetrag von 4,43 Mrd. EUR aufgestockt. Diese höchste je erreichte jährliche Finanzausstattung leistet einen wertvollen Beitrag



zum Europäischen Jahr der Kompetenzen. Neben vielen anderen Projekten unterstützt Erasmus+ nun 50 Allianzen Europäischer Hochschulen, an denen mehr als 430 Hochschuleinrichtungen in der Europäischen Union und darüber hinaus, auch in der Ukraine, beteiligt sind.

Zusätzlich zu ihren umfassenderen Initiativen zur Förderung der Entwicklung von Kompetenzen in allen Bereichen hat die Kommission auch spezifische sektorspezifische Initiativen ergriffen, um den Realitäten der verschiedenen industriellen Ökosysteme Rechnung zu tragen. Beispielsweise bringt der **Kompetenzpakt** öffentliche und private Organisationen zusammen, um festzustellen, welche Qualifikationslücken in den einzelnen Sektoren bestehen und welche Kompetenzen künftig benötigt werden, und um Zusagen für Ausbildungsmöglichkeiten für die Weiterqualifizierung und Umschulung von Menschen im erwerbsfähigen Alter einzugehen.

Bislang sind 1 500 Organisationen in den Mitgliedstaaten seit seiner Einführung im Jahr 2020 entweder einzeln oder im Rahmen von Kompetenzpartnerschaften in den 14 Industriezweigen sowie in allen EU-Mitgliedstaaten und Kandidatenländern dem Kompetenzpakt beigetreten. Zu den Mitgliedern gehören alle Arten von Organisationen des öffentlichen und privaten Sektors, auch nationale, regionale und lokale Behörden, Unternehmen, Sozialpartner, branchen- und sektorübergreifende Organisationen, Handelskammern, Aus- und Weiterbildungsinstitute sowie Arbeitsverwaltungen. Bislang haben **2 Millionen Menschen von Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen** im Rahmen des Pakts profitiert. Rund 15 500 Schulungsprogramme wurden aktualisiert oder entwickelt, und die Mitglieder des Pakts haben 160 Mio. EUR in Kompetenzinitiativen investiert.

Im Rahmen des Europäischen Jahres der Kompetenzen leitete die Kommission im Juli

auch die erste Phase der Konsultation der europäischen Sozialpartner zur Stärkung des **EU-Qualitätsrahmens für Praktika** ein. Der Rahmen zielt darauf ab, jungen Menschen durch hochwertige Praktika den Übergang von der Ausbildung und der Arbeitslosigkeit in eine Beschäftigung zu erleichtern. Laut einer kürzlich durchgeführten Eurobarometer-Umfrage haben 76 % der jungen Europäer/innen während ihres Praktikums Nützliches für ihren Beruf gelernt – und 68 % fanden nach Abschluss eines Praktikums eine Stelle.

Mit dieser Initiative werden die Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gefördert. Das Paket zur Förderung der Jugendbeschäftigung vom Juli 2020 hat bereits zu einer verstärkten Jugendgarantie, einem modernisierten europäischen Bezugsrahmen für die Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und neuen Impulsen für Ausbildungsplätze geführt.

Unser Bericht 2023 (Auswirkungen des demografischen Wandels – in einem sich wandelnden Umfeld) befasst sich mit den demografischen Trends, die unsere Wirtschaft und Gesellschaft prägen.

Angesichts der Herausforderungen aufgrund des demografischen Wandels hat die Kommission weiterhin **demografische Erwägungen in die Gestaltung einschlägiger EU-Politikbereiche einbezogen**. Um EU-Regionen zu unterstützen, die unter einer rasch schrumpfenden Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter leiden, haben wir im Januar 2023 den Mechanismus zur Talentförderung als Teil unserer umfassenden Strategie zur Nutzung von Talenten in Europas Regionen ins Leben gerufen. Im Mai 2023 haben wir im Rahmen der Initiative für technische Unterstützung Pilotprojekte ausgeschrieben und ein Vorzeigeprojekt zur Überwindung von Hindernissen für die regionale Entwicklung aus der Taufe gehoben.





Im Jahr 2022 gewann **die Jungunternehmerin Nazaret Mateos Álvarez** aus Paredes de Nava, Palencia (Spanien), bei den EU-Bio-Auszeichnungen den Titel der besten Bio-Landwirtin. Ihre bahnbrechende Pilz-Anbaumethode mit natürlichen Düngemitteln und weniger Wasser fördert die lokale Wirtschaft.



NextGenerationEU und Förderung europäischer Investitionen

NextGenerationEU ist mehr als nur eine Antwort auf die coronabedingten Herausforderungen; NextGenerationEU ist **eine historische Gelegenheit, eine Wirtschaft aufzubauen, die allen EU-Bürgerinnen und -Bürgern zugutekommt**. Wir setzen alles daran, unsere Vision eines grüneren, digitaleren und sozial gerechteren Europas Wirklichkeit werden zu lassen. 2022/2023 wurden unsere 800 Mrd. EUR schweren gemeinsamen europäischen Investitionen in NextGenerationEU mit konkreten Vor-Ort-Projekten auf den Weg gebracht, um im Sinne von Wohlstand für alle in der EU ein nachhaltiges, krisenfestes und wettbewerbsfähiges Europa aufzubauen.

Das Herzstück von NextGenerationEU ist die **Aufbau- und Resilienzfazilität**, aus der alle Mitgliedstaaten massive Finanzmittel erhalten. Sie nutzen diese Gelder zur Umsetzung transformativer Reformen und Investitionen, die Wirtschaft und Gesellschaft in Europa für künftige Generationen verändern werden. Die Fazilität ist mit 723 Mrd. EUR ausgestattet. Mit einem besonderen Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit, Innovation und der Schaffung von Arbeitsplätzen ist sie rasch zu einem Eckpfeiler unserer Wirtschaftspolitik geworden. Die Umsetzung läuft auf vollen Touren.

Insgesamt wurden bereits 153,4 Mrd. EUR ausgezahlt, davon 56,6 Mrd. EUR an Vorfinanzierungen. Die Mitgliedstaaten kommen ihren Reform- und Investitionszusagen weiterhin nach. Nach Ansicht der Kommission dürften allein die über NextGenerationEU finanzierten Investitionen das EU-BIP 2024 um rund 1,5 % steigern.

Die Säulen der **Aufbau- und Resilienz**fazilität



Grüner Wandel



Digitaler Wandel



Wirtschaftlicher Zusammenhalt, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit



Sozialer und territorialer Zusammenhalt



Gesundheit und wirtschaftliche, soziale und institutionelle Resilienz



Maßnahmen für die nächste Generation

Die Fazilität erweist sich als äußerst flexibles Instrument, mit dem die verschiedenen Krisen wirksam bewältigt werden können. Als Russland seinen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hat, haben wir REPowerEU vorgelegt, um unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland zu beenden, indem wir die Energiewende beschleunigen und die Kräfte bündeln, um ein widerstandsfähigeres Energiesystem und eine echte Energieunion zu erreichen. Die Mitgliedstaaten haben Zugang zu knapp 270 Mrd. EUR an REPowerEU-Mitteln, davon 225 Mrd. EUR als Aufbau- und Resilienzdarlehen, 20 Mrd. EUR an zusätzlichen Zuschüssen und mögliche Finanzhilfen aus anderen EU-Fonds in Höhe von bis zu 23 Mrd. EUR.

Eine Analyse der Aufbau- und Resilienzpläne der Mitgliedstaaten zeigt, dass

- 203 Mrd. EUR der Gesamtzuweisung für Maßnahmen zur Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 55 % bis 2030 bereitgestellt wurden,
- 131 Mrd. EUR für Initiativen vorgesehen sind, die den digitalen Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft in Europa vorantreiben werden,

Die Aufbau- und Resilienzfazilität hat die Umsetzung zentraler Reformen in einer Vielzahl von Politikbereichen angestoßen. **Bei mehr als einem Drittel aller in den 27 Aufbau- und Resilienzplänen vorgesehenen Maßnahmen handelt es sich um Reformen** (rund 2 187 Reformen gegenüber 3 780 Investitionsinitiativen). Diese Reformen machen die Mitgliedstaaten nicht nur langfristig krisenfester, sondern erleichtern auch die Durchführung der entsprechenden Investitionen im Rahmen der Fazilität – zusammen mit den Mitteln der Kohäsionspolitik. Konkret geschieht das beispielsweise durch die Modernisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen in Schlüsselsektoren (Digitalisierung, erneuerbare Energien, Verkehr), die Verbesserung der Genehmigungs- und Vergabeverfahren und die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Korruptionsbekämpfung. Zu den bereits verabschiedeten **Leitreformen** gehören:

- Reformen zur Gewährleistung der Cybersicherheit (Rumänien) und zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung (Slowakei),

- Reformen der Justizsysteme mit dem Ziel, ihre Effizienz zu erhöhen, indem die Verfahrensdauer verkürzt und die Organisation der Gerichte verbessert wird (Spanien, Italien),
- die Modernisierung der aktiven Arbeitsmarkt- und Qualifikationspolitik (Deutschland, Spanien),
- Reformen für mehr Berechenbarkeit und Stabilität der öffentlichen Forschungsförderung (Portugal) sowie zur Förderung wissenschaftlicher Exzellenz und zur Verbesserung der Leistung von Universitäten und öffentlichen Forschungseinrichtungen (Slowakei),
- Reformen zur Korruptionsbekämpfung und zum Schutz von Hinweisgebern (Zypern),
- Reformen zur Förderung von Investitionen in erneuerbare Offshore-Energie durch Vereinfachung der Genehmigungsverfahren oder auch zur Schaffung der Bedingungen für die Nutzung von erneuerbarem Wasserstoff (Griechenland, Spanien, Portugal),
- Reformen für den Ausbau erneuerbarer Energien und die Verkehrswende (Kroatien, Rumänien),
- Reformen zur Verbesserung der Qualität des Gesetzgebungsverfahrens (Bulgarien)
- und Reformen für mehr erschwinglichen Wohnraum (Lettland, Niederlande).

Die **zentralen Investitionsinitiativen**, zu denen bereits wichtige Schritte erfolgten, umfassen:

- Investitionen zur Förderung der Dekarbonisierung und zur Steigerung der Energieeffizienz der Industrie (Frankreich, 1,4 Mrd. EUR; Kroatien, 91 Mio. EUR),
- die Anschaffung von 600 000 neuen Laptops, die Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern leihweise zur Verfügung gestellt werden, und die Auswahl von digitalen Innovationszentren, die Unternehmen bei der Digitalisierung Hilfe leisten sollen (Portugal 600 Mio. EUR),
- Mittel zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der im Tourismussektor tätigen Unternehmen, darunter 4 000 kleine und mittlere Unternehmen (Italien, 1,9 Mrd. EUR)
- die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung im Sinne einfacher, inklusiver und sicherer Online-Dienste für Bürger/innen und Unternehmen (Portugal, 170 Mio. EUR)
- und den Ausbau der Breitbandinfrastruktur (Lettland, 4 Mio. EUR).



Einer der größten Empfänger des finnischen Aufbau- und Resilienzplans ist Solar Foods, **ein Start-up, das Protein per Bioprozess mit grünem Wasserstoff erzeugt**. Das patentierte „Solein“ kann zur Herstellung von Lebensmitteln verwendet werden – und zwar buchstäblich aus Luft. Das ist keine Science Fiction – das Start-up erhält 33,6 Mio. EUR für eine Vorführfabrik im finnischen Vantaa. Das Projekt ist auch Teil der Wasserstoff-Wertschöpfungskette der Kommission (IPCEI).



Die Kommission, **die im Namen der Europäischen Union als Emittentin von EU-Anleihen fungiert**, hat ihr Finanzierungsziel für die erste Jahreshälfte von 80 Mrd. EUR erfolgreich erreicht und beabsichtigt, bis Ende des Jahres weitere 40 Mrd. EUR zu mobilisieren.

Hiervon fließen über 100 Mrd. EUR in das Aufbauprogramm NextGenerationEU – und etwa 18 Mrd. EUR in das Makrofinanzhilfepaket MFA+ für die Ukraine. Auf diese Weise macht die Kommission wichtige Fortschritte bei der Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung in den Mitgliedstaaten, beweist Solidarität mit der Ukraine und stärkt gleichzeitig die Rolle der Union als Emittentin auf den Finanzmärkten.

Bei **grünen Anleihen** ist die Kommission nach wie vor weltweit führend. Bislang hat sie im Jahr 2023 solche Anleihen im Wert von 7,7 Mrd. EUR und insgesamt 44,2 Mrd. EUR ausgegeben. Damit ist sie auf gutem Weg, ihr Ziel von 250 Mrd. EUR zu erreichen.



(*) Diese Zahl ist in jeweiligen Preisen angegeben. Sie beläuft sich auf 750 Mrd. EUR zu Preisen von 2018.

Um die EU-Haushaltsregeln zukunftstauglich zu gestalten, schlug die Kommission am 26. April 2023 neue Vorschriften zur Umsetzung der **umfassendsten Reform der EU-Vorschriften für die wirtschaftspolitische Steuerung seit der Finanzkrise von 2008** vor. Die Vorschläge zielen darauf ab, die Tragfähigkeit der öffentlichen Verschuldung zu verbessern und zugleich in allen Mitgliedstaaten ein nachhaltiges und integratives Wachstum durch Reformen und Investitionen zu fördern. Die Reform wird die wirtschaftspolitische Steuerung vereinfachen, die nationale Eigenverantwortung stärken, einen deutlicheren Fokus auf eine mittelfristige Perspektive legen und die Durchsetzung verbessern – dies alles in einem transparenten und gemeinsamen EU-Rahmen.

Die **Förderung der Kapitalmarktunion** ist auch ein wesentliches Mittel, um private Finanzmittel in unsere Wirtschaft zu lenken und den ökologischen und digitalen Wandel zu finanzieren. In diesem Zusammenhang hat die Kommission in den Jahren 2022 und 2023 mehrere Initiativen vorgelegt und die im Aktionsplan 2020 zur Kapitalmarktunion festgelegten Verpflichtungen umgesetzt:

- EU-Clearingdienste attraktiver und krisenbeständiger machen, die offene strategische EU-Autonomie unterstützen und Finanzstabilität wahren,
- bestimmte Vorschriften über Unternehmensinsolvenzen EU-weit effizienter gestalten, um grenzüberschreitende Investitionen zu fördern,

- durch ein neues Börsennotierungsgesetz den bürokratischen Aufwand für Unternehmen jeder Größe, insbesondere jedoch für mittelständische Betriebe, verringern, damit sie per Börsennotierung besser an öffentliche Gelder herankommen,
- das Vertrauen der Endanleger stärken, damit sie sicher in ihre Zukunft investieren können und sie in die Lage versetzt werden, Anlageentscheidungen zu treffen, die ihren Bedürfnissen und Präferenzen entsprechen,
- Quellensteuerverfahren in der EU für Investoren, Finanzintermediäre und die Steuerverwaltungen der Mitgliedstaaten effizienter und sicherer machen, um Investitionen anzukurbeln und zur Bekämpfung von Steuerbetrug beizutragen.

Investitionen werden auch weiterhin durch **EU-Kohäsionsfonds** unterstützt, die ein ausgewogenes Wachstum, wirtschaftliche Konvergenz, soziale Chancen und gleiche Wettbewerbsbedingungen im gesamten Binnenmarkt gewährleisten. Im Zeitraum 2021–2027 dürften 379 von der Kommission 2022 angenommene Programme, mit denen 378 Mrd. EUR an EU-Unterstützung mobilisiert werden, zu Investitionen in Höhe von 545 Mrd. EUR führen. 70 % dieser Investitionen werden auf die am wenigsten entwickelten Regionen konzentriert. Alle Länder und Regionen profitieren jedoch von den Spillover-Effekten der Kohäsionsmittel: das BIP der EU wird bis zum Ende dieses Zeitraums um mindestens 0,5 % steigen, und dank der Kohäsionspolitik werden weitere 1,3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen.



Dank einem Zuschuss von über 363 Mio. EUR aus dem EU-Kohäsionsfonds wurde dieses Jahr die **Brăila-Brücke** eingeweiht. Mit einer Länge von fast 2 km ist sie die größte Brücke über die Donau, die größte in Rumänien und die drittlängste Hängebrücke in der EU.



Die Förderung europäischer Investitionen für den Aufbau einer grüneren, digitaleren und sozialeren Union setzt natürlich ordnungsgemäß funktionierende öffentliche Verwaltungen voraus. Denn alle öffentlichen Investitionen und Reformen müssen Dienststellen passieren. Deshalb **hilft** die Kommission den **Mitgliedstaaten noch konsequenter, ihre öffentlichen Verwaltungen auszubauen** und mit aktuellen und künftigen Herausforderungen Schritt zu halten. 2022 haben wir den ersten Kooperationsaustausch öffentlicher Verwaltungen ins Leben gerufen, der es 300 Beamtinnen und Beamten aus 19 Mitgliedstaaten ermöglicht, in einer vergleichbaren Verwaltung in einem anderen Mitgliedstaat zu arbeiten und Fachwissen und bewährte Verfahren auszutauschen.

2022 haben wir den **One-in-one-out-Grundsatz für die EU-Rechtsetzung**, der zu weniger Bürokratie führen soll, vollständig umgesetzt. In einem Jahr haben wir Initiativen vorgeschlagen, die den Verwaltungsaufwand insgesamt verringern und andere Kosten so weit wie möglich ausgleichen sollen. Im Jahr 2023 haben wir uns verpflichtet, der Rationalisierung der Berichtspflichten neue Impulse zu verleihen und vor dem Herbst erste Vorschläge für jeden der grünen, digitalen und wirtschaftlichen Bereiche vorzulegen. Dadurch soll letztlich eine Verringerung dieser Belastungen um 25 % erreicht werden, ohne die politischen Ziele zu untergraben. Darüber hinaus haben wir unser Entscheidungsverfahren um eine Prüfung der Wettbewerbsfähigkeit ergänzt.

Mit anderen Worten: Mithilfe einer intelligenteren Politikgestaltung und des Bürokratieabbaus macht die Kommission es für Bürger/innen, Unternehmen und Verwaltungen einfacher, schneller und kostengünstiger, EU-Recht umzusetzen, seine Vorteile zu nutzen und den ökologischen und digitalen Wandel zu vollziehen.

Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die EU-Wirtschaft weist angesichts der aufeinanderfolgenden wirtschaftlichen Schocks der letzten Jahre **nach wie vor eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit auf**.

Wachstum

Im Jahr 2022 lag das Wachstum bei einem beeindruckenden Wert von **3,4 %** und wir rechnen trotz einer nach wie vor bestehenden hohen Unsicherheit mit einem **Anhalten des Wachstums**.

Expansion

Die wirtschaftliche Expansion wurde durch **einen robusten Arbeitsmarkt** mit rekordträchtig niedriger Arbeitslosigkeit und steigender Beschäftigung gestützt.

Arbeitslosigkeit

Gesamtarbeitslosenquote in der EU, saisonbereinigt



Quelle: Eurostat

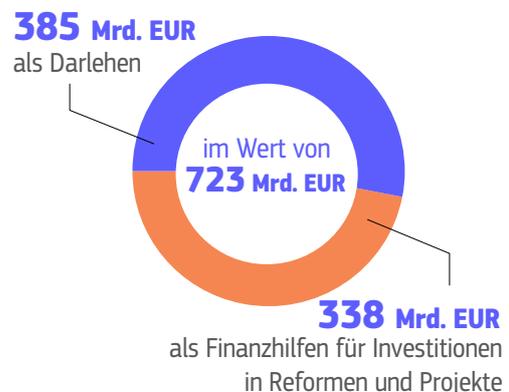
NEXTGENERATIONEU

NextGenerationEU ist mehr als nur eine Antwort auf die coronabedingten Herausforderungen; **Es ist die historische Gelegenheit, eine Wirtschaft aufzubauen, die allen EU-Bürgerinnen und -Bürgern zugutekommt**.

Investitionen

Eine gemeinsame europäische Investition in Höhe von **806,9 Mrd. EUR (*)**, um Europa gesünder, grüner und digitaler zu machen.

Aufbau- und Resilienzfazilität



Auszahlung

Insgesamt wurden bereits **153,4 Mrd. EUR** einschließlich **56,6 Mrd. EUR** an Vorfinanzierungen ausgezahlt.

BIP

Allein die über NextGenerationEU finanzierten Investitionen dürften das BIP der EU im Jahr 2024 um **1,5 %** erhöhen.

(*) Diese Zahl ist in jeweiligen Preisen angegeben. Sie beläuft sich auf 750 Mrd. EUR zu Preisen von 2018.

EUROPÄISCHES JAHR DER KOMPETENZEN

Die EU investiert massiv in **lebenslanges Lernen**, um die Kompetenzen der Menschen an den sich ständig wandelnden Arbeitsmarkt anzupassen.

Mittel

Die Mitgliedstaaten haben EU-Mittel in Höhe von rund **65 Mrd. EUR** für Investitionen in Qualifizierungsprogramme bereitgestellt, hauptsächlich über die Aufbau- und Resilienzfazilität und den Europäischen Sozialfonds Plus.

Wirkung

2 Millionen Menschen haben von Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen im Rahmen des Kompetenzpakts profitiert.

Schulungen

15 500 Schulungsprogramme wurden aktualisiert oder entwickelt.



BINNENMARKT

In den letzten drei Jahrzehnten haben wir einen leistungsfähigen Binnenmarkt, **den weltgrößten Binnenmarkt**, mit einer starken sozialen Dimension geschaffen.

BIP

Es beläuft sich auf



15 % des globalen BIP

Der Binnenmarkt dürfte das BIP der EU seit seiner Gründung vor drei Jahrzehnten um zusätzliche **9 %** erhöht haben.

Größe

Er umfasst

440 Millionen Bürger/innen

23 Millionen Unternehmen



Global Gateway und die Förderung globaler Investitionen

Die Europäische Union ist weltweit führend in Sachen Demokratie, Menschenrechte und Multilateralismus. In Zeiten beispielloser globaler Herausforderungen – vom Klimawandel bis hin zu globalen Gesundheitskrisen und zunehmenden geopolitischen Spannungen – spielt die EU eine entscheidende Rolle beim Aufbau einer Weltwirtschaft, die allen Krisenfestigkeit, Nachhaltigkeit und Wachstum verspricht. Wir wollen auf Augenhöhe mit Partnerländern Lösungen für die tatsächlichen Herausforderungen finden, mit denen ärmere Länder momentan konfrontiert sind.

Mit **Global Gateway, einem 300 Mrd. EUR schweren Plan für nachhaltige Investitionen weltweit**, unterstützt die Kommission hochwertige Infrastrukturprojekte, die Arbeitsplätze schaffen, dauerhaftes Wachstum fördern

und vor Ort zu Wertschöpfung führen. Es laufen **90 Großprojekte weltweit in diesem Jahr**. Sie sind auf die Gegebenheiten vor Ort zugeschnitten, weisen aber alle dieselben Merkmale auf.

- Das erste Merkmal ist **Nachhaltigkeit**. Wir wollen nicht nur hohe Sozial- und Umweltstandards garantieren, wir können unseren Partnern auch dabei helfen, die Technologie und die Kompetenzen einzuführen, die sie für die am schnellsten wachsenden Sektoren der Weltwirtschaft benötigen.
- Das zweite Merkmal sind **beidseitige Vorteile**. Global-Gateway kann der Schub sein, den ärmere Länder brauchen, um in der Wertschöpfungskette der industriellen Entwicklung aufsteigen zu können.
- Das dritte Merkmal ist die **Partnerschaft mit Investoren aus dem Privatsektor**. Hierdurch könnten die Investitionen von Milliarden auf Billionen Euro steigen.

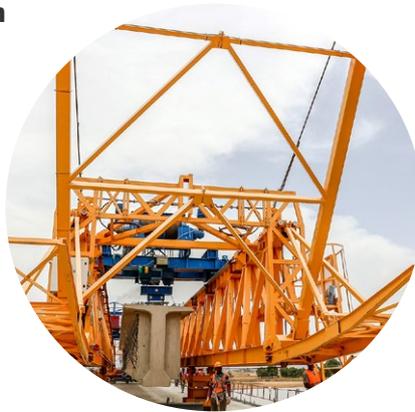
In **Namibia** beispielsweise bietet Global

Wichtigste Leitprinzipien für Investitionen

The infographic is divided into three vertical panels. The left panel, titled 'Nachhaltigkeit', features a photo of three scientists in a lab. The middle panel, titled 'Beidseitiger Nutzen', shows a worker on a solar panel farm with wind turbines in the background. The right panel, titled 'Partnerschaften', depicts a construction site with workers on a tower. Each panel has a colored background (light green, orange, and blue respectively) and a text box at the bottom.

Nachhaltigkeit	Beidseitiger Nutzen	Partnerschaften
Wir wollen nicht nur hohe Sozial- und Umweltstandards garantieren, wir können unseren Partnern auch dabei helfen, die Technologie und die Kompetenzen einzuführen, die sie für die am schnellsten wachsenden Sektoren der Weltwirtschaft benötigen.	Global Gateway kann der Schub sein, den ärmere Länder brauchen, um in der Wertschöpfungskette der industriellen Entwicklung aufsteigen zu können.	Durch Partnerschaften mit Investoren aus dem Privatsektor könnten die Investitionen von Milliarden auf Billionen Euro steigen.

Gateway Garantien für private Investitionen in **grünen Wasserstoff**. Damit werden zwei Ziele verfolgt: Erzeugung sauberer Energie und Bereitstellung neuer Einnahmen für das Land, damit es z. B. grünen Wasserstoff in die Europäische Union exportieren kann. In Ruanda arbeiten wir mit einem Impfstoffhersteller zusammen, um **mRNA-Technologie** in das Land zu bringen, damit dort lebensrettende Impfstoffe für die Region hergestellt werden können. Auf **den Philippinen** vernetzen wir unsere Copernicus-Satelliten, um das erste **Erdbeobachtungssystem** in Südostasien aufzubauen. Ein europäisches Telekom-Unternehmen investiert in die 4G- und 5G-Infrastruktur. Die Zusammenarbeit in diesen Bereichen hilft den nationalen und regionalen Einrichtungen bei der Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels und bei der Verbesserung des Katastrophenrisikomanagements.



Der erste Meilenstein, der im Rahmen der Global-Gateway-Initiative erreicht wurde, war das **Investitionspaket Afrika-Europa**. Die Hälfte der Global-Gateway-Anfangsinvestitionen im Umfang von rund 150 Mrd. EUR ist für Projekte mit afrikanischen Partnern bestimmt. Bei diesen Projekten geht es um die Förderung nachhaltiger Investitionen in lebenswichtige Infrastrukturen wie Digitales, Energie und Verkehr sowie Gesundheit, Bildung, Kompetenzen, Klimawandel und Umwelt. Unter anderem wurden folgende Projekte gefördert:

- eine Team-Europa-Initiative zur Herstellung von und für den Zugang zu Impfstoffen und Gesundheitstechnologien in Afrika – in Zusammenarbeit mit Ghana, Ruanda, Senegal und Südafrika sowie auf regionaler Ebene,
- das unterseeische Glasfaserkabel Medusa im Mittelmeer, das Nordafrika mit den

EU-Ländern verbinden wird, um die Internetgeschwindigkeiten zu erhöhen,

- Investitionen in die digitale Infrastruktur in Kenia, Mauretanien und Tunesien,
- in puncto erneuerbare Energien der geplante Bau des Wasserkraftwerks Ruzizi III für Burundi, die Demokratische Republik Kongo und Ruanda,
- Wasserkraft-, Wasserstoff-, Solar- und Hybridkraftwerke und -anlagen in Benin, Côte d'Ivoire, Madagaskar, Marokko, Namibia, Nigeria und Tansania,
- gut 280 Mio. EUR schwere Finanzhilfen der EU und ihrer Mitgliedstaaten für Südafrika im Rahmen der Partnerschaft für eine gerechte Energiewende, um politische Reformen zur grünen Erholung zu unterstützen und grüne Investitionen zu mobilisieren.

Projekte in der **EU-Nachbarschaft und auf dem westlichen Balkan** werden im Rahmen der mit den Ländern vereinbarten Wirtschafts- und Investitionspläne durchgeführt, z. B.:

- der Transbalkan-Stromkorridor in Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien – eine 400-Kilovolt-Verbindungsleitung, die die Stromnetze der Länder mit denen von Italien, Kroatien, Ungarn und Rumänien verbindet,
- ein Unterseekabel zur digitalen Anbindung im Schwarzmeerraum, das den digitalen Wandel fördern und die digitale Krisenfestigkeit der Region erhöhen wird,
- ein Unterwasser-Stromkabel durch das Schwarze Meer, um Ländern wie Georgien, Aserbaidschan und Armenien dabei zu helfen, ihren Energiemix zu diversifizieren

und das enorme Potenzial für erneuerbare Energien – Wasserkraft, Solarenergie und Windkraft – auszuschöpfen.

In **Asien und im Pazifikraum** setzen wir Global Gateway in Form regionaler und bilateraler Initiativen um, die Ergebnisse mit transformativen Auswirkungen haben werden, z. B.:

- die regionale Team-Europa-Initiative für die Grün-Blau-Allianz für den Pazifik, die den Bau des Wasserkraftwerks am Qaliwana auf Fidschi sowie Wartungsarbeiten an fünf Landebahnen und den Bau bzw. die Ausbesserung von zwei Molen auf Papua-Neuguinea umfasst,
- ein Projekt im Jahr 2023 für Investitionen in Solar- und Windenergie zur Förderung der grünen Energiewende in Bangladesch,
- die Partnerschaft mit Vietnam und Indonesien für eine gerechte Energiewende zum Ausbau erneuerbarer Energien,
- Zusammenarbeit mit Kasachstan bei der Umsetzung der Partnerschaft für Rohstoffe, Batterien und erneuerbaren Wasserstoff.
- Auf dem EU-ASEAN-Gipfel im Jahr 2022 haben die EU und ihre Mitgliedstaaten angekündigt, Investitionen in Höhe von 10 Mrd. EUR zu mobilisieren, um diese und weitere Global-Gateway-Projekte in der Region umzusetzen.

Beim Brüsseler EU-CELAC-Gipfel im Juli 2023 kündigte Präsidentin von der Leyen an, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten gut 45 Mrd. EUR in die Global Gateway-Investitionsagenda für **Lateinamerika und die Karibik** investieren, die über 130 potenzielle Investitionsprojekte umfasst:

- wir haben mit den meisten Ländern der Region eine Digitale Allianz unterzeichnet, um bei der Standardisierung unserer Digitalpolitik zusammenzuarbeiten, z. B.

in den Bereichen Datenschutz, gemeinsame Nutzung und Privatsphäre – die Allianz umfasst auch Pläne für ein regionales Copernicus-Zentrum für weltraumgestützte Dienste, das für die Luftfahrt, Drohnen und autonomes Fahren von zentraler Bedeutung sein wird,

- 2023 startet die Team-Europa-Initiative für das Amazonasbecken zur Verhinderung der Entwaldung zusammen mit dem Projekt „Fünf große Wälder Mesoamerikas“, das bis 2030 rund 10 Millionen Hektar Wald schützen soll,
- die EU hat mit Argentinien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Kolumbien, Paraguay und Uruguay Partnerschaften zur Erzeugung von grünem Wasserstoff und Rohstoffen unterzeichnet (oder wird dies in Kürze tun),
- wir helfen, den Breitbandzugang auf ganz Jamaika bis 2030 auszubauen,
- wir verbessern den intraregionalen Seeverkehr in der Karibik mit einer multimodalen Fähre, die Guyana und Surinam mit Barbados, Trinidad und Tobago, den Mitgliedern der Organisation ostkaribischer Staaten und den französischen überseeischen Gebieten, verbindet.

Global Gateway macht die Hälfte der Gesamtmittel der **G7-Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen**. aus. Die G7-Staaten arbeiten zusammen, um Teil der Lösung für die Infrastrukturinvestitionslücke zu werden. Nach dem erfolgreichen G7-Gipfel in Hiroshima werden wir weiterhin eng mit den nächsten G7-Vorsitzen zusammenarbeiten: Italien 2024 und Kanada 2025.

Neubelebung der EU-Handelsagenda

Im Februar 2021 legte die Kommission eine umfassende **Überprüfung der EU-Handelsstrategie** vor, die unser Engagement für eine Handelspolitik der Offenheit, Nachhaltigkeit und Standfestigkeit auf internationaler Bühne deutlich macht. Unser Handelsrahmen muss uns unbedingt die notwendigen Instrumente an die Hand geben, um unfaire Handelspraktiken zu verhindern. Seither hat die Kommission alles dafür getan, um diese Strategie umzusetzen und voranzubringen und so die führende Position der EU im internationalen Handel zu festigen.

Handels- und Technologieräte

Im Geiste der internationalen Zusammenarbeit haben die EU und Partnerdemokratien Handels- und Technologieräte eingerichtet, um produktive Partnerschaften zu fördern und gemeinsame Herausforderungen anzugehen. Bei der dritten und vierten Ministertagung des **EU-US-Handels- und Technologierates** am 5. Dezember 2022 bzw. 30./31. Mai 2023 vereinbarten die EU und die Vereinigten Staaten, die Transatlantische Initiative für nachhaltigen Handel und einen Dialog über Anreize für saubere Energie ins Leben zu rufen. In diesem Format kam die **Task Force „Talent for Growth“ der EU und der USA** am 17. Mai 2023 erstmals zusammen. Ihr Mandat umfasst den Austausch bewährter Verfahren, die Förderung innovativer Ansätze für die Kompetenzentwicklung und inspirierende Ausbildungsprogramme für Unternehmen aus der EU und den USA.



Auf der ersten Tagung des **EU-Indien-Handels- und Technologierates** am 16. Mai 2023 erhöhten beide Parteien ihr Engagement und vereinbarten, bei neuen Technologien und der Erforschung sauberer und umweltfreundlicher Technologien zusammenzuarbeiten und Handelsfragen anzugehen. Dieser Rat soll den bilateralen Handel zwischen der EU und Indien, der 2022 mit einem Handelsvolumen von 120 Mrd. EUR ein Rekordniveau erreichte, weiter fördern.

Vereinigtes Königreich

Im Februar 2023 einigten sich Präsidentin von der Leyen und der britische Premierminister Rishi Sunak auf den **Windsor-Rahmen**, ein umfassendes Paket gemeinsamer Lösungen, das die praktischen Probleme bei der Durchführung des Protokolls zu Irland/Nordirland endgültig beseitigen soll, um den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen in Nordirland **auf Dauer Sicherheit und Berechenbarkeit** zu bieten. Der Rahmen hat es der EU und dem Vereinigten Königreich ermöglicht, zu einer positiveren und stabileren Beziehung zu gelangen. Die vollständige, rechtzeitige und getreue Umsetzung des Windsor-Rahmens und des Austrittsabkommens im Allgemeinen sowie des Handels- und Kooperationsabkommens hat nun oberste Priorität in den bilateralen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Die volle Ausschöpfung des Potenzials dieser Abkommen kann auf beiden Seiten des Ärmelkanals Vorteile bringen. Das Handels- und Kooperationsabkommen deckt eine Reihe von Bereichen ab – so den Handel mit Waren und Dienstleistungen, Energie, Sicherheit und die Assoziierung des Vereinigten Königreichs mit bestimmten EU-Programmen. Am 27. Juni 2023 unterzeichneten die EU und das Vereinigte Königreich auch eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen im Bereich der Finanzdienstleistungen.

China

Vor ihrem Besuch in Peking hielt Präsidentin von der Leyen am 30. März 2023 eine wegweisende Rede zu den Beziehungen zwischen der EU und China. In den vergangenen drei Jahren sind unsere bilateralen Beziehungen durch die abnehmende Bereitschaft Chinas, substanziiell mit der EU zusammenzuarbeiten, durch seine zunehmende Dominanz und die Infragestellung der regelbasierten internationalen Ordnung distanzierter und schwieriger geworden. Unser Verhältnis zu China ist jedoch viel zu wichtig, als dass wir es gefährden dürften, indem wir keine klaren Bedingungen für gesunde Beziehungen festlegen. In ihrer Rede betonte die Präsidentin die **Notwendigkeit, Risiken zu mindern und die Beziehungen zwischen der EU und China neu auszutarieren**. Das bedeutet, dass wir die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen weiter ausbauen und bei der Bewältigung globaler Herausforderungen zusammenarbeiten, wobei aber auch Verzerrungen infolge des staatlich gesteuerten chinesischen Wirtschaftsmodells und seiner Subventionspolitik, die kritischen Abhängigkeiten der EU und spezifische Risiken im Zusammenhang mit Chinas zivil-militärischer Fusionsstrategie und der Anwendung von Zwangsmaßnahmen angegangen werden müssen.



Am 6. April 2023 besuchte Präsidentin von der Leyen China. Die Präsidentin betonte, dass ein Friedensschluss auf der Grundlage der ukrainischen 10-Punkte-Friedensformel angestrebt werden muss. In puncto Taiwan bekräftigte sie, dass Stabilität und Deeskalation erforderlich sind – und dass der Status quo nicht einseitig oder gewaltsam geändert werden kann. Die Präsidentin sprach auch Menschenrechtsfragen an, insbesondere in Bezug auf Xinjiang, und globale Fragen wie Schuldenerlass, Reform der Welthandelsorganisation und Pandemievorsorge. Im darauf folgenden Monat wurde die Risikominderungsstrategie in Bezug auf China von Präsidentin von der Leyen im japanischen Hiroshima von der G7 unterstützt und in das Kommuniqué aufgenommen.

Offenheit

Trotz des Schocks für die Lieferketten infolge der Pandemie und des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sind wir mit einem Anteil von über 16 % am Welthandel nach wie vor der größte Handelsblock der Welt und haben durch greifbare Erfolge Fortschritte bei der Förderung eines offenen Handels erzielt. Insbesondere wurden die Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit **Chile** und **Neuseeland** erfolgreich abgeschlossen, während die Verhandlungen mit **Australien**, dem **Mercosur**, **Mexiko**, **Indien** und **Indonesien** fortgesetzt wurden.

Die Europäische Kommission hat auch Verhandlungen mit **Angola** über ein Abkommen zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen (Sustainable Investment Facilitation Agreement – SIFA) – das erste EU-Abkommen dieser Art überhaupt – abgeschlossen. Die EU verfolgt solche Abkommen, um im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnerländern nachhaltige Investitionen zu fördern. Das SIFA zwischen der EU und Angola wird es leichter machen, Investitionen anzuziehen und auszubauen, und gleichzeitig wird es Verpflichtungen in den Bereichen Umwelt und Arbeitnehmerrechte in den Beziehungen zwischen der EU und Angola verankern.

Nachhaltigkeit

Um der zunehmenden Bedeutung der Nachhaltigkeit in unseren Handelsbeziehungen Rechnung zu tragen, führte die Kommission am 22. Juni 2022 ein wegweisendes Konzept ein, das vorschreibt, dass alle EU-Handelsabkommen **umfassende Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung** enthalten müssen. Diese Kapitel beinhalten ein breites Spektrum einvernehmlich vereinbarter Verpflichtungen, einschließlich der Aufrechterhaltung zentraler internationaler Übereinkommen wie des Übereinkommens von Paris und der Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation über Arbeitnehmerrechte.

Am 24. April 2023 **schmiedeten die EU und Norwegen eine Grüne Allianz**, die den Höhepunkt ihres bilateralen Engagements im Rahmen des europäischen Grünen Deals darstellt. Diese bahnbrechende Partnerschaft dient als solide Plattform für die Intensivierung der gemeinsamen Anstrengungen in den Bereichen Klimaschutz und Umweltschutz sowie für die Zusammenarbeit in den Bereichen saubere Energie und industrieller Wandel. Beide Parteien bekräftigten ihr unerschütterliches Engagement für ihre jeweiligen Ziele für 2030, die auf eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um mindestens 55 % gegenüber 1990 und auf Klimaneutralität bis spätestens 2050 abzielen.

Durchsetzungsfähigkeit

Um die Durchsetzungsbereitschaft der EU auf der internationalen Bühne zu stärken, einigten sich die beiden gesetzgebenden Organe im Juni auf die Schaffung des **Instrumentes zur Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen (ACI)**. Dieses neue Instrument wird es der EU ermöglichen, auf wirtschaftlichen Zwang zu reagieren und damit ihre Interessen und die Interessen ihrer Mitgliedstaaten auch weltweit besser zu verteidigen. Das Instrument gegen Zwangsmaßnahmen ist in erster Linie als Abschreckung gegen jeglichen möglichen wirtschaftlichen Zwang gedacht. Wenn dennoch wirtschaftlicher Zwang ausgeübt wird, bietet das Instrument gegen Zwangsmaßnahmen eine Struktur, um das Drittland dazu zu bewegen, die Zwangsmaßnahmen durch Dialog und Engagement zu beenden. Sollte dieses anfängliche

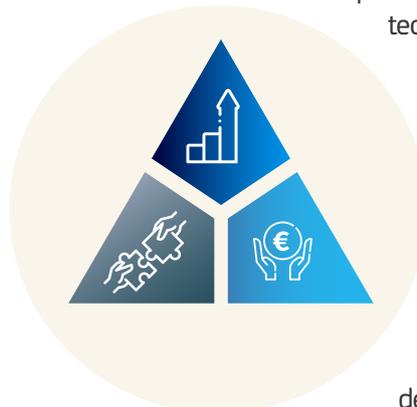
Engagement jedoch scheitern, verschafft es der EU auch Zugang zu einem breiten Spektrum möglicher Gegenmaßnahmen gegen ein Land, das Zwangsmaßnahmen anwendet. Dazu gehören die Einführung von Zöllen, Beschränkungen des Handels mit Dienstleistungen und Beschränkungen des Zugangs zu ausländischen Direktinvestitionen oder zur Vergabe öffentlicher Aufträge.

Wirtschaftliche Sicherheit

Am 20. Juni legten die Kommission und der Hohe Vertreter eine neue **europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit** vor. Im Kern geht es um eine Minimierung der Risiken, die sich aus bestimmten Wirtschaftsströmen vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Spannungen und beschleunigter

technologischer Veränderungen ergeben, wobei gleichzeitig ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Offenheit und Dynamik erhalten bleiben soll.

Mit der Strategie wird ein Rahmen festgelegt, der gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten umzusetzen ist, um die wirtschaftliche Sicherheit der EU zu gewährleisten. Hierzu soll die Stärkung der wirtschaftlichen Basis der EU, insbesondere in Schlüsseltechnologien und -sektoren, gefördert werden, Unternehmen, Bürger/innen und Regierungen in der EU sollen vor Risiken für die wirtschaftliche Sicherheit wie Zwang und Handelsbeziehungen als Waffe geschützt werden, und es sollen Partnerschaften mit einem möglichst breiten Spektrum von Ländern eingegangen werden, um gemeinsamen Anliegen und Interessen Rechnung zu tragen.



Ein stärkeres Europa in der Welt

In Zeiten beispielloser globaler Herausforderungen – vom Klimawandel bis hin zu globalen Gesundheitskrisen und zunehmenden geopolitischen Spannungen – spielt die EU eine entscheidende Rolle beim Aufbau einer Weltwirtschaft, die allen Krisenfestigkeit, Nachhaltigkeit und Wachstum verspricht. Unsere Jahresbilanz anhand ausgewählter Beispiele:

NORD-, MITTEL- UND SÜDAMERIKA

Vereinigte Staaten von Amerika

- Zwei Ministertagungen des EU-US-Handels- und Technologierates
- Transatlantische Initiative für nachhaltigen Handel und einen Dialog über Anreize für saubere Energie
- EU-US-Gesundheits-Taskforce
- EU-US-Datenschutzrahmen

LATEINAMERIKA

- Digitale Allianz EU-LAK
- Neue Agenda für die Beziehungen zwischen der EU und den LAK-Staaten
- 45 Mrd. EUR Team-Europa-Investitionen über Global Gateway in Lateinamerika und der Karibik
- 3. EU-CELAC-Gipfeltreffen
- Team-Europa-Initiative für das Amazonasbecken zur Verhinderung der Entwaldung
- Projekt „Fünf große Wälder von Mesoamerica“ zum Schutz von 10 Millionen Hektar Wald bis 2030

Brasilien

- 2 Mrd. EUR zur Unterstützung der Produktion von grünem Wasserstoff in Brasilien und zur Förderung der Energieeffizienz
- Team-Europa-Initiative „Brasiliens tropische Wälder“

Chile

- Abschluss der Verhandlungen über das fortgeschrittene Rahmenabkommen
- Team-Europa-Initiative für grünen Wasserstoff
- Vereinbarung über nachhaltige Wertschöpfungsketten für Rohstoffe

Argentinien

- Vereinbarung über nachhaltige Wertschöpfungsketten für Rohstoffe
- Vereinbarung über eine Zusammenarbeit im Energiebereich

Venezuela

- Internationale Solidaritätskonferenz für venezolanische Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten sowie für ihre Aufnahmeländer bzw. gemeinschaften

AFRIKA

150 Mrd. EUR an Finanzhilfen und Investitionen aus dem EU-Haushalt im Rahmen des Global-Gateway-Investitionspakets „Afrika-Europa“

- Team-Europa-Initiative für die Anpassung an den Klimawandel und mehr Klimaresilienz mit 1 Mrd. EUR

NORDAFRIKA

- Zwei Team-Europa-Initiativen mit Schwerpunkt auf der Migrationsroute auf dem Atlantik/im westlichen Mittelmeer sowie im zentralen Mittelmeer
- Unterseeisches Glasfaserkabel Medusa im Mittelmeer

Tunesien

- Umfassendes Partnerschaftspaket

Marokko

- Neue Kooperationsprogramme in den Bereichen ökologischer Wandel, Migration und Reformen

SUBSAHARA-AFRIKA

- 100 Mio. EUR für eine regionale Lehrerinitiative

Ägypten

- Strategische Partnerschaft für erneuerbaren Wasserstoff

Sudan

- 126,4 Mio. EUR an humanitärer Hilfe im Jahr 2023, fast 700 Mio. EUR seit 2013

EUROPA**Vereinigtes Königreich**

- Einigung auf den Windsor-Rahmen
- Vereinbarung über die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen im Bereich der Finanzdienstleistungen

Norwegen

- Grüne Allianz EU-Norwegen

Ukraine

- 76 Mrd. EUR an Gesamthilfe für die Ukraine und ihre Bevölkerung
- Allererstes Treffen zwischen dem Kollegium und der Regierung in Kiew
- Gipfeltreffen EU-Ukraine

Moldau

- Neues Unterstützungspaket in Höhe von 300 Mio. EUR

Türkei und Syrien

- Internationale Geberkonferenz für die Erdbebenopfer in der Türkei und Syrien
- Siebte Brüsseler Konferenz zur Zukunft Syriens und der Region

WEST- UND ZENTRALAFRIKA

181,5 Mio. EUR an humanitärer Hilfe

Senegal

- Partnerschaft für eine gerechte Energiewende

SÜDLICHES AFRIKA**Südafrika**

- 280 Mio. EUR an Global-Gateway-Investitionen im Rahmen der Internationalen Partnerschaft für eine gerechte Energiewende

Angola

- Abschluss der Verhandlungen über ein Abkommen zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen

WESTBALKAN

- Energiehilfepaket in Höhe von 1 Mrd. EUR
- Zusätzliches Investitionspaket in Höhe von 2,1 Mrd. EUR im Rahmen des Wirtschafts- und Investitionsplans
- Ein neuer Wachstumsplan für die Region
- Gipfeltreffen EU-Westbalkan in Tirana, Albanien

KAUKASUSREGION

Unterseekabel zur digitalen Anbindung im Schwarzmeerraum

Kasachstan

- Strategische Partnerschaft zu nachhaltigen Rohstoffen, Batterien und erneuerbarem Wasserstoff

ASIEN

10 Mrd. EUR im Rahmen von Global Gateway für Südostasien

Japan

- 29. Gipfeltreffen EU-Japan:
- Strategische Zusammenarbeit in den Bereichen Digitales, Lieferketten für kritische Rohstoffe und Entwicklung eines internationalen Wasserstoffmarktes
- Erste Tagung des Digitalpartnerschaftsrats Japan-EU

Südkorea

- Gipfeltreffen EU-Südkorea
- Grüne und digitale Partnerschaften zwischen der EU und Südkorea

China

- In einer wegweisenden Rede im Vorfeld ihres Besuchs skizziert Präsidentin von der Leyen eine Politik der Risikominderung und nicht der Entkopplung von China

Vietnam

- Partnerschaft für eine gerechte Energiewende zum Ausbau erneuerbarer Energien

Indien

- Erste Tagung des Handels- und Technologierates EU-Indien

Singapur

- Digitalpartnerschaft

Indonesien

- Partnerschaft für eine gerechte Energiewende

REGION DES**HORNS VON AFRIKA**

331 Mio. EUR an humanitärer Hilfe

Kenia

- Abschluss der Verhandlungen über ein ehrgeiziges Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

Namibia

- Strategische Partnerschaft zu nachhaltigen Rohstoffen und erneuerbarem Wasserstoff

Sambia

- 110 Mio. EUR zur Förderung von Bildung, Gesundheit und grüner Energie

OZEANIEN**PAZIFIK-REGION**

Grün-Blau Allianz für den Pazifik

Neuseeland

- Freihandelsabkommen unterzeichnet

Australien

- Rahmenabkommen tritt in Kraft

WELTWEIT

- Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal
- Neue EU-Agenda für die internationale Meerespolitik
- G7-Gipfel in Hiroshima, Japan
- G20-Gipfel in Bali, Indonesien und Indien
- Wald- und Klimapartnerschaften mit Kongo, Guyana, der Mongolei, Sambia und Uganda



3 Ausbau der gesellschaftlichen Krisenfestigkeit Europas

Europas Demokratie ist stark und intakt, doch sie muss ständig gefestigt werden. Von der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit bis zum Schutz der Unabhängigkeit der Justiz, zur Korruptionsbekämpfung und zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist die Kommission ihrer Rolle als Hüterin der Verträge 2022 und 2023 gerecht geworden. Im Vorfeld der Europawahl 2024 werden wir die **Demokratie weiterhin verteidigen**. Auch die Gleichstellung ist nach wie vor ein zentrales Anliegen der EU-Politik. So wurden wichtige gesetzgeberische Initiativen wie eine Richtlinie zur Stärkung des Grundsatzes „**Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**“ verabschiedet. Seit der Coronakrise gehört zudem die Sicherheit und Gesundheit der Menschen in der EU bei grenzüberschreitenden Bedrohungen zu den Prioritäten unserer Union. Um unsere Gesundheitsunion zu stärken, wurde auch ein **ganzheitliches Konzept in Sachen psychische Gesundheit** vorgestellt. Im Bereich Migration und Asyl hat die Kommission entscheidende Reformen eingeleitet, und sie unterstützt jetzt eine rasche Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat. Darüber hinaus hat die Kommission im vergangenen Jahr weiterhin humanitäre Maßnahmen in und außerhalb der EU unterstützt.

Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und Bekämpfung von Korruption

Was ihre Geschichte und ihre Vision für die Zukunft angeht, ist die Europäische Union einzigartig: eine Demokratie, die sich über einen Kontinent erstreckt und mehrere Nationen in ihrem Streben nach Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit vereint. Aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs hervorgehend brachte sie das Versprechen mit sich, dass Krieg zwischen den Mitgliedstaaten nicht mehr möglich ist. Seitdem sind wir in Europa in Vielfalt geeint gewachsen. Unsere Einheit gibt uns die Kraft, demokratische Werte und Grundsätze innerhalb und außerhalb unserer Grenzen zu verteidigen und zu vermitteln. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat uns vor Augen geführt, dass unsere hart erkämpfte Demokratie und mit ihr die Freiheit, die sie garantiert, verteidigt werden müssen. Im Geiste der Freiheitskämpfe von 1989 und derer, die die Ukrainer heute kämpfen muss jede Generation von Europäerinnen und Europäern ihren **Beitrag zur Widerstandsfähigkeit der europäischen Demokratie leisten** und das Versprechen des europäischen Friedensprojekts erneuern.

Die Europäische Union steht für Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit, und ihr Fundament sind **Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung des**

EU-Rechts. Die Kommission setzt sich weiterhin unbeirrt für das EU-Recht ein und schützt es. 2022 haben wir in 1 410 Vertragsverletzungsverfahren entschlossene Maßnahmen ergriffen, um das EU-Recht durchzusetzen. Unser jährlicher Bericht über die Rechtsstaatlichkeit, das zentrale Element des seit 2020 bestehenden

Rechtsstaatlichkeitszyklus der

EU, bildet die Grundlage für einen umfassenden Dialog und den Austausch bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten und gibt Raum für Debatten im Europäischen Parlament und in den nationalen Parlamenten. Dies wird auch durch die Anstrengungen deutlich, die die Mitgliedstaaten unternommen haben, um die erstmals im Bericht 2022 ausgesprochenen Empfehlungen umzusetzen. Wie dem Bericht 2023 zu entnehmen ist, wurden 65 % der Empfehlungen aus dem Jahr 2022 von den Mitgliedstaaten umgesetzt. Darin spiegelt sich ein positiver Trend wider, wobei zugleich einzuräumen ist, dass einige Reformen mehr Zeit zur Umsetzung benötigen.

Die 2021 eingeführte **allgemeine Konditionalitätsregelung** zielt darauf ab, den Unionshaushalt vor Verstößen gegen den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten zu schützen. Dieses Instrument trägt insofern zur Förderung und zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit bei, als den Mitgliedstaaten haushaltspolitische Maßnahmen auferlegt werden können, wenn Verstöße gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit die wirtschaftliche Führung des Haushalts der Union oder die finanziellen Interessen der Union beeinträchtigen oder ernsthaft zu beeinträchtigen drohen.

Im Jahr 2022 hat der Rat auf Vorschlag der Kommission Maßnahmen gegen einen Mitgliedstaat erlassen. Im Rahmen der allgemeinen Konditionalitätsregelung erlassene Maßnahmen können aufgehoben werden, wenn

der betreffende Mitgliedstaat nachweist, dass er die Situation, die zu ihrer Annahme geführt hatte, behoben hat.

Rechtsstaatlichkeit braucht ein förderliches Umfeld. Dazu gehört neben der Achtung der Unabhängigkeit der Justiz, freien und pluralistischen Medien, einer transparenten und leistungsstarken öffentlichen Verwaltung sowie einer freien und aktiven Zivilgesellschaft auch eine **wirksame Antikorruptionspolitik**. Im Mai 2023 hat die Kommission entschlossene Maßnahmen ergriffen und zwei zielgerichtete Vorschläge zur Bekämpfung der Korruption in der EU vorgelegt.

Mit den Vorschlägen werden die EU-Vorschriften über die Definitionen und Strafen für Korruptionsdelikte harmonisiert, um hohe Standards für die Bekämpfung der gesamten Bandbreite der Korruption zu schaffen und für eine bessere Durchsetzung zu sorgen. Sie zielen auch darauf ab, in den Mitgliedstaaten Strukturen zu schaffen, die Korruption von vornherein verhindern. Außerdem hat die Kommission gemeinsam mit dem Hohen Vertreter eine spezielle Sanktionsregelung zur weltweiten Bekämpfung schwerer Korruptionsdelikte vorgeschlagen.

Im Juni 2023 hat die Kommission die Schaffung eines ersten interinstitutionellen **Ethikgremiums** vorgeschlagen, das gemeinsame Standards für alle Mitglieder der Organe und Einrichtungen der EU festlegen soll. Mit diesem Gremium werden erstmals gemeinsame Standards für das ethische Verhalten der Mitglieder der Institutionen und ein förmlicher Mechanismus für die Koordinierung und den Meinungsaustausch über ethische Anforderungen zwischen den Institutionen geschaffen. Infolge dieser Änderungen werden für die Mitglieder der Organe und Einrichtungen der EU gemeinsame, klare, transparente und verständliche Standards gelten.



Förderung neuer Formen des demokratischen Engagements

2023 wurde die Kommission ihrer Zusage gerecht, die Ergebnisse der **Konferenz zur Zukunft Europas** weiterzuverfolgen. Diese Konferenz war eine zuvor nicht da gewesene Übung in partizipativer Demokratie – die bisher größte ihrer Art. Die Kommission setzt die Empfehlungen der Konferenz weiterhin um: 35 der 43 neuen Initiativen im Arbeitsprogramm der Kommission für 2023 gehen direkt oder indirekt auf diese Vorschläge zurück.

Um die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in unser Instrumentarium für die Politikgestaltung zu integrieren, hat die Kommission eine **neue Generation von Bürgerforen** eingerichtet, in denen jeweils rund 150 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürgerinnen und Bürger zusammenkommen, um im Vorfeld bestimmter wichtiger Vorschläge der Kommission Empfehlungen abzugeben. Die drei Foren im Jahr 2023, die sich mit Themen wie Lebensmittelverschwendung, virtuelle Welten und Lernmobilität befassten, unterstreichen, wie wichtig die Einbeziehung der Bürger/innen in unseren demokratischen Prozess ist. Besonderes Augenmerk wurde hierbei auf die jüngere Generation gelegt. Ein Drittel der Teilnehmenden war zwischen 16 und 25 Jahren alt, womit ihre entscheidende Rolle für die Gestaltung der Zukunft anerkannt wird.



Die Kommission erhöht weiterhin die Transparenz und die Qualität der Politikgestaltung der EU, indem sie auch die Plattform „Ihre Meinung zählt“ umgestaltet und sie zu einem Online-Hub für europaweite Debatten über ausgewählte europäische Themen macht.

Ein Meilenstein wurde am 18. April 2023 erreicht, als die **100. Europäische Bürgerinitiative** mit dem Titel „Vernetzung aller europäischen Hauptstädte und Menschen über ein Hochgeschwindigkeitsbahnnetz“ registriert wurde. Diese Initiativen sind ein wirkungsvolles Instrument der partizipativen Demokratie. Sie bestehen seit 2012, und es wurden für verschiedene Initiativen über 17 Millionen Unterschriften gesammelt.

Wir entwickeln Instrumente zur Unterstützung von Mitgliedstaaten, die die Bürgerbeteiligung bei europäischen Fragen vertiefen wollen. Das Pilotprojekt **„Europa fängt in der Gemeinde an“** liefert vielversprechende Ergebnisse und könnte in Zukunft dazu beitragen, die demokratische Widerstandsfähigkeit an der Basis zu stärken.

Die Kommission erkennt Kinder und Jugendliche uneingeschränkt als aktive Mitbürger/innen an, die zum Demokratiewandel in Europa beitragen können. Deshalb richten wir eine ständige **EU-Plattform für die Teilhabe von Kindern** (online und offline) ein, damit sie sich überall in der EU systematisch und auf sinnvolle Weise an der Entscheidungsfindung beteiligen können. Diese Plattform wird gemeinsam mit Kindern, Organisationen der Zivilgesellschaft und dem Europäischen Parlament aufgebaut.

Aufbau einer Union der Gleichheit

In der EU setzen wir uns nach wie vor für den Aufbau einer vollkommeneren Gesellschaft ein, in der alle die gleichen Möglichkeiten zur persönlichen Entfaltung haben. Die Beschaffenheit unserer Union hängt von uns allen ab. Jeder und jede Einzelne muss seine Individualität ausdrücken, seine Gedanken aussprechen, seinen Glauben frei praktizieren und lieben können, wen er oder sie will. Der Schutz dieser **Grundfreiheiten** durch das EU-Recht beweist unser dauerhaftes Engagement. Wir erkennen jedoch an, dass unsere Arbeit nie abgeschlossen ist und dass noch zahlreiche Hindernisse überwunden werden müssen, um die gleiche Freiheit und Sicherheit für alle in der EU zu gewährleisten.

.....

Das Fußballwunder **Haley Bugeja** ist fest überzeugt von der Gleichstellung im Sport und fördert aktiv den Fußball für Mädchen in Malta und anderen Ländern. Die Neunzehnjährige, die nach einer Saison in der US National Women's Soccer League vor Kurzem zu Inter Mailand gewechselt ist, fördert weiterhin die Gleichstellung, indem sie Mädchen aktiv dazu ermutigt, sportlich aktiv zu werden und darin Höchstleistungen zu erzielen.

.....



In unserer **Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025** wird die Bedeutung einer florierenden, geschlechtergerechten Gesellschaft und Wirtschaft betont. November 2022 war ein historischer Moment: Ein Jahrzehnt nach dem Vorschlag der Kommission zu Frauen in Leitungsorganen wurden wegweisende Vorschriften zur Stärkung einer **ausgewogenen Vertretung der Geschlechter in Leitungsorganen von Unternehmen** angenommen. Danach müssen bis 2026 mindestens 40 % der Posten von nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern in börsennotierten Gesellschaften mit dem jeweils unterrepräsentierten Geschlecht besetzt werden.

Im Dezember 2022 schlug die Kommission vor, die Vorschriften zur Elternschaft auf EU-Ebene zu harmonisieren, um die **Rechte von Familien in grenzübergreifenden Fällen** zu stärken. Mit diesem Vorschlag wird sichergestellt, dass eine in einem Mitgliedstaat begründete Elternschaft in allen anderen Mitgliedstaaten anerkannt wird, ohne dass dafür besondere Verfahren erforderlich sind.

Im Mai 2023 haben wir einen weiteren Schritt nach vorn getan, als wir neue Regeln zur Förderung der Anwendung des Grundsatzes „**Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**“ für Männer und Frauen angenommen haben, damit das geschlechtsspezifische Lohngefälle endlich zu einem Relikt der Geschichte wird.

Am 1. Juni 2023 trat die EU schließlich dem **Übereinkommen von Istanbul zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt** bei, sieben Jahre nachdem die Kommission einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt hatte. Darüber hinaus verhandeln wir derzeit über den im März 2022 vorgelegten Vorschlag für eine Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, mit dem im EU-Recht Mindeststandards festgelegt werden sollen, um bestimmte Formen geschlechtsspezifischer Gewalt unter Strafe zu stellen, den Zugang zur Justiz sowie Schutz und Hilfe für Opfer zu verbessern, die Koordinierung zwischen den zuständigen Dienststellen zu gewährleisten und diese Arten von Straftaten zu verhindern.

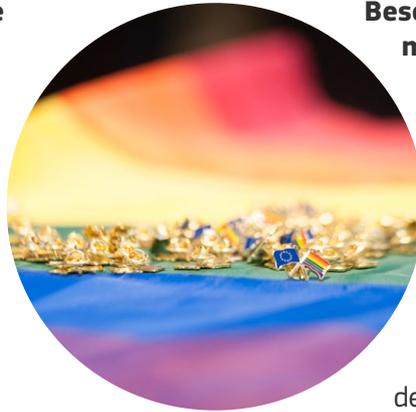
Die EU steht auch dafür ein, beim Schutz der Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender-Personen, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ-Personen) voranzugehen. In der ersten **Kommissionsstrategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen** für den Zeitraum 2020-2025 wurden Maßnahmen dargelegt, um ihre Gleichstellung in alle Politikbereiche zu tragen und ihre Stimme zu stärken. Ziel dieser Strategie ist es, dass die Mitgliedstaaten an einem Strang ziehen, um die Diskriminierung von LGBTIQ-Personen bis 2025 wirksamer zu bekämpfen. Darüber hinaus legte die Kommission im Dezember 2022 einen Vorschlag zur **Stärkung der Gleichstellungsstellen** bei der Bekämpfung von Diskriminierung durch Festlegung von Mindeststandards im Hinblick auf ihr Mandat, ihre Unabhängigkeit, Ressourcen, Aufgaben und Befugnisse vor.

Im EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020-2025 wird der Kampf gegen Rassismus durchgängig in allen Bereichen der EU-Politik berücksichtigt. Im Februar haben wir eine neue Koordinatorin für die Bekämpfung von Islamfeindlichkeit ernannt. Wir haben die Mitgliedstaaten aufgefordert, bis Ende 2022 eigene **nationale Aktionspläne gegen Rassismus** zu beschließen. Im Januar 2023 haben wir auch die nationalen Rahmen für Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma bewertet, und wir werden die Mitgliedstaaten weiterhin nachdrücklich dazu auffordern, mehr zu tun, um in unserer Union der Vielfalt allen Formen der Rassendiskriminierung ein Ende zu setzen.

Mit der **EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus** haben wir die Mitgliedstaaten nachdrücklich dazu aufgefordert, entsprechende nationale Strategien zu entwickeln.

Menschen mit Behinderungen haben wie alle anderen das Recht, uneingeschränkt am

Leben teilzuhaben. Von den 42,8 Millionen Menschen mit Behinderungen in der EU, die im erwerbsfähigen Alter sind, ist derzeit nur die Hälfte in Beschäftigung. Unser im September 2022 vorgelegtes **Paket zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen** unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Förderung der sozialen Inklusion, der Bekämpfung der Armut und beim Ausbau der Fähigkeiten und Fertigkeiten von Menschen mit Behinderungen. Wir planen die Einführung des **Europäischen Behindertenausweises**, der die grenzüberschreitende Anerkennung des Behindertenstatus gewährleisten soll, um Kurzaufenthalte in anderen Mitgliedstaaten zu erleichtern und EU-weit gleichen Zugang zu Sonderbedingungen oder einer Vorzugsbehandlung in Bezug auf Dienstleistungen zu gewähren wie Einheimischen.



Ausbau unserer Krisentauglichkeit und Schutz der Bürger/innen der EU

Im Rahmen der **Europäischen Sicherheitsunion** verschreibt sich die EU dem Schutz ihrer Bürger/innen und der Unternehmen in der EU – und zwar online wie offline. Seit der Vorstellung der EU-Strategie für eine Sicherheitsunion im Juli 2020 wurden erhebliche Fortschritte erzielt, die die vier Säulen der Strategie stärken: Beseitigung von Schwachstellen, Erhöhung der Cybersicherheit, engere Zusammenarbeit in der Strafverfolgung und Reduzierung der Anfälligkeit gegenüber hybriden Bedrohungen. Darüber hinaus gibt es nun moderne Vorschriften, die die physischen und digitalen Aspekte kritischer Infrastruktursektoren, einschließlich Energie, Verkehr, Gesundheit, Raumfahrt, Telekommunikation und Digitales, sichern.

Die **Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen** trat im Januar 2023 in Kraft und bietet einen soliden Rahmen für den Aufbau unserer kollektiven Resilienz. Diese wesentliche Rechtsvorschrift wird durch beschleunigte Anstrengungen auf allen Ebenen zur Erhöhung der Resilienz kritischer Infrastrukturen in der EU weiter gestärkt.

Die immer größere Tragweite und Häufigkeit von Cybersicherheitsvorfällen und ihre zunehmenden Auswirkungen stellen eine erhebliche Bedrohung für den störungsfreien Betrieb von Netz- und Informationssystemen und den europäischen Binnenmarkt dar. Die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine hat diese Bedrohung weiter verschärft und geht mit einer Vielzahl staatsnaher, krimineller und hacktivistischer Akteure einher, die an den derzeitigen geopolitischen Spannungen beteiligt sind. Aufbauend auf einem bereits bestehenden starken strategischen, politischen und rechtlichen Rahmen wird das im April 2023 von der Kommission vorgeschlagene **EU-Cybersolidaritätsgesetz** weiter dazu beitragen, die Erkennung von Cyberbedrohungen, die Widerstandsfähigkeit und die Abwehrbereitschaft auf allen Ebenen des Cybersicherheitsökosystems der EU weiter zu verbessern.

Es soll die Zusammenarbeit in der EU bei der Abwehr von Cyberbedrohungen durch bessere Erkennung und Sensibilisierung für solche Bedrohungen intensivieren, die Abwehrbereitschaft kritischer Einrichtungen verbessern und die gemeinsam abgestimmten Krisenbewältigungs- und Reaktionsfähigkeiten der Mitgliedstaaten stärken.

Um sicherzustellen, dass Verbraucher/innen und Unternehmen sichere digitale Produkte in ihrem Privat- und Berufsleben nutzen können, hat die Kommission überdies im September 2022 das **Cyberresilienzgesetz**, die erste EU-weite Rechtsvorschrift dieser Art, vorgeschlagen, mit dem das Ziel verfolgt wird, verbindliche und horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen während ihres gesamten Lebenszyklus einzuführen. Mit der Einführung neuer Vorschriften zur **Entfernung**

terroristischer Online-Inhalte und einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den nationalen Strafverfolgungsbehörden bekämpft die EU den unerlaubten Handel mit Feuerwaffen und gefährlichen Stoffen und stärkt Europas Krisenreaktionsfähigkeit gegen den Terrorismus.

Das Engagement der Kommission für den Schutz der EU-Bürger vor Bedrohungen erstreckt sich auch auf den Meeres- und den Weltraumbereich. Im März 2023 legte die Kommission eine aktualisierte **EU-Strategie für maritime Sicherheit** vor, mit der die Meeresgebiete vor neu auftretenden Bedrohungen geschützt werden und die friedliche Nutzung der Meere sichergestellt werden sollen. Konkret geht es um Maßnahmen zur Erhöhung der maritimen Sicherheit, die darauf abzielen, eine engere Zusammenarbeit mit Partnern wie der NATO zu fördern, damit die regelbasierte Ordnung auf See bestehen bleibt. Zu diesen Maßnahmen gehören Marineübungen auf EU-Ebene, verbesserte Einsätze der Küstenwache und verstärkte Sicherheitsinspektionen in EU-Häfen.

Im Weltraumbereich, der für Verbraucher/innen sowie für wissenschaftliche und militärische Zwecke immer mehr an Bedeutung gewinnt, hat die Kommission eine **EU-Weltraumstrategie für Sicherheit und Verteidigung** vorgelegt. Diese Strategie zeigt, dass die EU den Weltraum als umstrittenen strategischen Bereich sieht. Sie soll Weltraumressourcen wie Satelliten schützen, feindselige Aktivitäten im Weltraum wie Spionage verhindern und die strategische Autonomie der EU stärken.

Im November 2022 haben das Europäische Parlament und der Rat eine Einigung über eine Verordnung zur Einrichtung des EU-Programms für sichere Konnektivität für den Zeitraum 2023-2027 erzielt, die unter anderem das Ziel vorsieht, eine **EU-Satellitenkonstellation namens IRIS²** (Infrastruktur für Resilienz, Interkonnektivität und Sicherheit durch Satelliten) einzurichten. IRIS² bildet eine neue weltraumgestützte Säule für eine digitalisierte, widerstandsfähige und sicherere EU, die der Wettbewerbsfähigkeit Europas und dem gesellschaftlichen Fortschritt zugutekommt.



Im Januar 2023 **eröffnete Präsidentin von der Leyen den Weltraumbahnhof Esrange in Nordschweden**. Es ist nicht nur der erste Weltraumbahnhof der EU in Europa selbst, sondern von dort können auch Konstellationen kleiner Satelliten starten, die die Erdbeobachtungskapazitäten der EU verbessern, was für die Bewältigung von Umweltkatastrophen oder militärischen Bedrohungen in Echtzeit von entscheidender Bedeutung ist.



Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber Naturkatastrophen und vom Menschen verursachten Katastrophen

Damit Prävention und Reaktionsbereitschaft in ganz Europa verbessert werden, hat die Kommission im Februar 2023 eine Empfehlung und eine Mitteilung angenommen, um gemeinsame Ziele **zum Ausbau der europäischen Krisentauglichkeit im Katastrophenschutz** festzulegen.

Hierzu gehört auch eine bessere Vorsorge der EU-Länder für Naturkatastrophen wie Erdbeben, Überschwemmungen und Waldbrände, um nur einige zu nennen. Da sich die Risikoszenarien rasch wandeln, wurden die europäischen Ziele für die Krisentauglichkeit angenommen, um mit dem **Katastrophenschutzverfahren der EU** die Auswirkungen künftiger Katastrophen und Notlagen größeren Ausmaßes besser vorherzusehen und ihnen besser standhalten zu können. Diesbezüglich wurden fünf Ziele und Leitinitiativen zur europäischen Krisentauglichkeit angenommen, um besser antizipieren, vorbereiten, alarmieren, reagieren und sichern zu können.

Angesichts der zunehmenden Bedrohung für Mensch und Umwelt durch immer stärkere Waldbrände hat die EU ihre Kapazitäten zur Bekämpfung von Waldbränden gesteigert und ihre **Flotte zur Brandbekämpfung aus der Luft für den Sommer 2023 verdoppelt**, wie von Präsidentin von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union im September 2022 angekündigt. Die rescEU-Reserve für Löschflugzeuge umfasst jetzt 24 Flugzeuge und 4 Hubschrauber aus 10 Mitgliedstaaten. Im Jahr 2023 mobilisierte die EU im Rahmen des

EU-Katastrophenschutzverfahrens Hunderte von Feuerwehrleuten, Fahrzeugen und Flugzeugen für massive Brände in Europa und um Solidarität mit unseren internationalen Partnern wie Kanada zu zeigen. Nachdem sie von den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament dazu aufgefordert worden war, hat die Kommission 2022 auch einen Aktionsplan zur Verhütung von Waldbränden ausgearbeitet.

.....

Im Zuge der verheerenden Überschwemmungen **erfuhr Slowenien unglaubliche Solidarität** aus den EU-Mitgliedstaaten und aus dem Ausland, auch aus der kriegsgebeutelten Ukraine. Ein Verband schwerer Maschinen, begleitet von einem ukrainischen Katastrophenschutzteam, hat bei den Aufräumarbeiten und der Beseitigung der Folgen der Überschwemmungen, von denen zwei Drittel des Landes betroffen waren, geholfen.

.....



Die gleichzeitigen Waldbrände, Überschwemmungen und Stürme, die den europäischen Kontinent in den letzten Monaten heimgesucht haben, erfordern neben einer entschlossenen Reaktion auch mehr Prävention und Vorsorge wie Bodenüberwachung, Waldüberwachung und Wiederherstellung der Natur, um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden.

Die EU trägt auch dazu bei, die Katastrophentauglichkeit außerhalb unserer Grenzen auszubauen. Im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens koordinierte die EU im Februar 2023 die Entsendung von gut 250 Feuerwehrleuten sowie von Koordinierungsexperten und medizinischem Personal nach **Chile**. Um die schlimmsten Waldbrände der letzten zehn Jahre zu bekämpfen, hat **Kanada** ebenfalls im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens sofortige Hilfe bei der Brandbekämpfung mit 350 Feuerwehrleuten erhalten.



**Präsidentin von der Leyen
besuchte überschwemmte
Gebiete in der Emilia-Romagna**

in Italien, um sich vor Ort von der Selbstlosigkeit und Solidarität Hunderter von Freiwilligen zu überzeugen. Viele opferten ihren Urlaub, um bei den Aufräumarbeiten zu helfen und den Menschen, die Haus und Existenz verloren haben, unter die Arme zu greifen.



Überwindung der Pandemie und Aufbau einer Gesundheitsunion

Am 5. Mai 2023, nach mehr als drei langen Jahren, **wurde die Einstufung von COVID-19 als gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite offiziell aufgehoben**. Die Pandemie hat bei unseren Bürgerinnen und Bürgern, in unserer Gesellschaft und in unserer Wirtschaft unauslöschliche Spuren hinterlassen. Unser ausgeprägter Sinn für Krisenfestigkeit und Koordination, unser festes Vertrauen und unsere erheblichen Investitionen in Wissenschaft und Innovation haben uns diese beispiellose Krise überwinden lassen. Dies hat auch unser gemeinsames Solidaritätsgefühl in Europa – sei es bei der Verteilung medizinischer Hilfsgüter, bei der Behandlung von Patienten, bei der Rückholung im Ausland festsitzender Bürger/innen oder beim gemeinsamen Wiederaufbau unserer Wirtschaft – möglich gemacht. Der Weg durch die Pandemie hat die grundlegende Idee unserer Union gefestigt: Gemeinsam sind wir stärker.

Das proaktive Vorgehen der Kommission von Anfang 2020 an führte in Form der EU-Impfstoffstrategie zu beeindruckenden Ergebnissen. **Mehr als 70 % der EU-Bevölkerung sind vollständig gegen COVID-19 geimpft**, und die Kommission stellt weiterhin den Zugang zur neuesten verfügbaren Version der Impfstoffe sicher, falls in Zukunft besorgniserregende Varianten auftreten sollten. Mit der EU-FAB-Fazilität, einem Netz von Impfstoffherstellern, werden wir sicherstellen, dass ständig Kapazitäten vorhanden sind, um 500 bis 700 Millionen Impfstoffdosen pro Jahr herzustellen. Damit stehen Impfstoffe bei künftigen Krisen rasch zur Verfügung. Anfang 2023 haben wir Verträge mit Lieferanten unterzeichnet, um diese Bereitschaft sicherzustellen.

Die Kommission ist nach wie vor entschlossen, dafür zu sorgen, dass sichere und wirksame Impfstoffe weltweit zugänglich sind. Derzeit

sind etwa 65,5 % der Weltbevölkerung gegen COVID-19 geimpft. Die EU hat bei diesen Impfungen eine entscheidende Rolle gespielt und sie erleichtert, indem sie einen erheblichen Teil der erforderlichen Impfdosen exportiert oder abgegeben hat. Seit Dezember 2020 wurden **fast 2,5 Milliarden Dosen COVID-19-Impfstoffe** – etwa zwei Drittel aller in der EU hergestellten Impfstoffdosen – **in 168 Länder exportiert**. Die Kommission und die Mitgliedstaaten haben mehr als 5 Mrd. EUR für COVAX, die weltweite Initiative für einen gleichberechtigten Zugang zu COVID-19-Impfstoffen, zugesichert. Darüber hinaus unterstützen wir aktiv Impfkampagnen in Partnerländern. Die EU ist auch die größte Einzelgeberin von COVID-19-Impfstoffdosen, die über die bei der Impfstoffallianz GAVI angesiedelte Organisation COVAX mit Partnerländern geteilt werden. Bisher hat COVAX mehr als 1 Milliarde Impfdosen an 144 Teilnehmerländer geliefert.

Die COVID-19-Pandemie war die erste, die wir im Zeitalter der Digitalisierung überwinden mussten. Das **digitale COVID-Zertifikat der EU** erwies sich hierbei als ein sehr wertvolles Instrument im Kampf gegen die Pandemie. Seit seiner Einführung 2021 wurden in der EU mehr als 2,3 Milliarden Zertifikate ausgestellt. Als Reisebeschränkungen aufgrund der Pandemie für notwendig erachtet wurden, hat das Zertifikat den Bürgerinnen und Bürgern das sichere und ungehinderte Reisen innerhalb der Europäischen Union erleichtert. Darüber hinaus ermöglichte es eine koordinierte Aufhebung dieser Beschränkungen und zeigte seine Wirkung bei der Wiederherstellung eines sicheren internationalen Reiseverkehrs. Das Zertifikat steht für zentrale Grundsätze der EU wie Privatsphäre, Datenschutz, freien Zugang, Cybersicherheit, Flexibilität und Gleichheit, und es wurde zu einem globalen Standard, der von 78 Ländern und Gebieten genutzt wurde: von den 27 Mitgliedstaaten sowie 51 Ländern und Gebieten außerhalb der EU.



Nicht zuletzt deshalb übernahm die Weltgesundheitsorganisation im Juni 2023 das System der digitalen COVID-19-Zertifikate mit seinen grundlegenden Prinzipien der Wahrung der Privatsphäre und der Datenminimierung von der EU, um ein globales System zum weltweiten Schutz der Bürger/innen vor aktuellen und künftigen Gesundheitsbedrohungen zu errichten. Dies ist der erste Baustein des **globalen Netzes der WHO für die digitale Gesundheitszertifizierung**, das auch die künftige Digitalisierung anderer Gesundheitsdokumente erleichtern und wichtige Ergebnisse im Gesundheitsbereich auf internationaler Ebene liefern kann.

Im Sommer 2022, als die Affenpocken weltweit ausbrachen und eine gesundheitliche Notlage entstand, stand die Kommission bereit, um die Mitgliedstaaten bei der Notfallversorgung und der gemeinsamen Beschaffung von Medikamenten und Impfstoffen zu unterstützen. Zusammen mit gemeinschaftlichem Engagement trug dieses entschlossene Handeln dazu bei, **dass die Affenpocken in Europa nicht endemisch wurden**. Bis Ende 2022 hat die gemeinsame Beschaffung mit EU-Mitteln den Mitgliedstaaten Zugang zu mehr als 2,3 Millionen Impfstoffdosen für den Zeitraum 2022-2024 gesichert.

Der Aufbau einer starken **europäischen Gesundheitsunion**, eine große Errungenschaft der Kommission von der Leyen, wurde fortgesetzt. Sie soll die Gesundheit der EU-Bürger/innen schützen, stattdie EU und ihre Mitgliedstaaten mit den Instrumenten zur Verhinderung und Bekämpfung künftiger Pandemien aus und stärkt die Belastbarkeit des Gesundheitswesens in Europa.

2022 wurden mit der Stärkung des **Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten**

und der Europäischen Arzneimittel-Agentur sowie mit strengeren Vorschriften zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren und der Notfallrahmenverordnung die Grundpfeiler der Europäischen Gesundheitsunion gesetzt. Mit der Notfallrahmenverordnung wurden der europäischen Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen zusätzliche Befugnisse übertragen, damit sie grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren wirksamer verhindern und bewältigen kann. Unsere Fortschritte bei der Vorsorge und Reaktionsfähigkeit sind im ersten Bericht über den Stand der Gesundheitskrisenvorsorge von November 2022 dargelegt.

Im Mai 2022 schlug die Kommission den **europäischen Raum für Gesundheitsdaten** vor, um das Potenzial der Gesundheitsdaten voll auszuschöpfen und die EU in die Lage zu versetzen, einen Quantensprung bei der Gesundheitsversorgung der Menschen in ganz Europa zu vollziehen. Durch diese Initiative erlangen die Patientinnen und Patienten Kontrolle über ihre Gesundheitsdaten. Sie bietet einen zusammenhängenden Rahmen, um Gesundheitsdaten für Innovationen, neue Arzneimittel, eine bessere Gesundheitsversorgung und die Politikgestaltung zu nutzen, wobei die den höchsten Ansprüchen genügenden Datenschutznormen der EU stets eingehalten werden.

Im April 2023 wurde die europäische Gesundheitsunion um eine zentrale Säule ergänzt – **die bedeutendste Überarbeitung des Arzneimittelrechts seit zwei Jahrzehnten**. Mit dieser vorgeschlagenen Überarbeitung soll ein Binnenmarkt für Arzneimittel geschaffen werden, indem die Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Erschwinglichkeit von Arzneimitteln gefördert und gleichzeitig die Innovation und die Wettbewerbsfähigkeit der pharmazeutischen Industrie in der EU gestärkt werden. Außerdem wurden im Juli 2022 neue Vorschriften zur weiteren Erhöhung der Sicherheit und Qualität von Substanzen menschlichen Ursprungs vorgeschlagen, um den Schutz

derjenigen zu verbessern, die diese kritischen Gesundheitsprodukte spenden oder mit ihnen behandelt werden.

Europas Plan gegen den Krebs, eine zentrale Säule der Europäischen Gesundheitsunion, ist unsere Antwort auf eine anhaltende Gefahr, die die meisten Menschen in der EU persönlich erlebt haben oder erleben werden. Angesichts von mehr als 2,7 Millionen Krebsdiagnosen und 1,3 Millionen Todesfällen in der EU im Jahr 2020 ist unsere Entschlossenheit, den Krebs eines Tages zu besiegen, unerschütterlich. Der Plan ist die umfassendste Initiative zur Krebsbekämpfung, die die EU jemals hatte, und mit 4 Mrd. EUR solide finanziert. Im September 2022 wurde ein neuer wissenschaftlich fundierter Ansatz für die Krebsvorsorge eingeführt. Prostata-, Lungen- und Magenkrebs sind jetzt Bestandteil der Vorsorgeempfehlungen. Insgesamt gehören nun sechs Krebsarten dazu, auf die 55 % aller neuen Fälle und mehr als 50 % der krebsbedingten Todesfälle in der EU zurückzuführen sind. Anfang 2023 wurde eine neue europäische Initiative über bildgebende Verfahren in der Krebsmedizin ins Leben gerufen. Damit soll das Potenzial von Daten und digitalen Technologien wie der künstlichen Intelligenz besser genutzt werden, um Krebs zu erkennen und zu bekämpfen.

Im Juni 2023 haben wir das **erste ganzheitliche EU-Konzept in Sachen psychische Gesundheit** vorgestellt. Es spiegelt die bei der Konferenz zur Zukunft Europas ausgesprochenen Empfehlungen der Bürger/innen Europas wider und entspricht den Forderungen des Europäischen Parlaments nach mehr Maßnahmen für die psychische Gesundheit. Dieses ganzheitliche Konzept bezieht alle Bereiche der Politik ein und enthält Initiativen zur Förderung einer guten psychischen Gesundheit, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Kindern und Jugendlichen liegt. Mit 20 Leitinitiativen und 1,2 Mrd. EUR an EU-Mitteln wird die Kommission die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, Menschen und deren psychische Gesundheit an oberste Stelle zu setzen.

Die öffentliche Gesundheit betrifft uns alle. Seit dem Ausbruch der Pandemie hat Team Europa – die EU, die Mitgliedstaaten und europäischen Finanzinstitutionen – die öffentliche Gesundheit in unseren Partnerländern mit 47,7 Mrd. EUR unterstützt. Am 30. November 2022 hat die Kommission ihre Führungsrolle im Bereich der globalen Gesundheit mit einer neuen **EU-Strategie für globale Gesundheit** gestärkt. Diese Strategie, die externe Dimension der Europäischen Gesundheitsunion, dient der EU als Richtschnur für die Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden, die Stärkung der Gesundheitssysteme und die Förderung der universellen Gesundheitsversorgung. Am 17. Mai 2023 wurde eine wichtige Priorität der Strategie umgesetzt und die EU-USA-Gesundheits-Taskforce ins Leben gerufen, um die Partnerschaft im Gesundheitsbereich auszuweiten, wobei der Schwerpunkt auf der Zusammenarbeit in folgenden drei Bereichen liegt: Prioritäten im Bereich Krebs, globale Gesundheitsgefahren und Stärkung der globalen Gesundheitsarchitektur.

Da wir darüber hinaus der Stärkung der Pandemieprävention, der Vorsorge und der Reaktionsfähigkeit auf internationaler Ebene große Bedeutung beimessen, hat sich die EU aktiv zu den laufenden Verhandlungen über ein rechtsverbindliches Pandemieabkommen und eine gezielte Überarbeitung der internationalen Gesundheitsvorschriften eingesetzt.

Ein nachhaltiges und faires Migrationssystem

Die Migration innerhalb Europas, nach und aus Europa war stets Teil der europäischen Identität und wird es immer sein. Nach einer beispiellosen Zahl von Flüchtlingen und irregulären Migrantinnen und Migranten, die 2015 und 2016 in die EU eingereist waren, wurde jedoch deutlich, dass Reformen erforderlich sind. Im September 2020 bemühte sich die Kommission angesichts der Blockade einer zuvor vorgeschlagenen Reform, das Migrations- und Asylsystem der EU neu zu beleben, indem sie

das **neue Migrations- und Asylpaket** vorlegte – ein umfassendes und ressortübergreifendes Konzept zur fairen, humanen, nachhaltigen und wirksamen Stärkung und Integration der zentralen EU-Politik in den Bereichen Migration, Asyl und Grenzmanagement. Die interinstitutionellen Verhandlungen haben 2023 erheblich an Dynamik gewonnen, da die gesetzgebenden Organe ihre Bemühungen verstärkt haben, bei allen Legislativvorschlägen im Rahmen des neuen Pakets Fortschritte zu erzielen, damit sie bis zum Ende der Wahlperiode vereinbart werden können.

Zur Unterstützung der Mitgliedstaaten, die mit unmittelbaren Herausforderungen konfrontiert sind, reagierte die Kommission auch mit operativen Maßnahmen. Am 21. November 2022 legte die Europäische Kommission einen **EU-Aktionsplan für das zentrale Mittelmeer** vor. Dieser Plan umfasst 20 Maßnahmen, die derzeit von der EU und ihren Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Damit sollen die irreguläre und unsichere Migration verringert, die Ursachen bekämpft, Lösungen für die Herausforderungen im Bereich der Suche und Rettung geboten und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten – bei einem Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität – gestärkt werden.

Irreguläre Migrationsbewegungen entlang der Westbalkanrouten haben 2022 erheblich zugenommen. Anfang Dezember 2022 legte die Kommission einen **EU-Aktionsplan für den Westbalkan** vor, der 20 operative Maßnahmen zur Stärkung der Zusammenarbeit mit Partnern im Westbalkan im Bereich Migration und Grenzmanagement enthält. Diese Maßnahmen hatten erhebliche Auswirkungen und führten zu einem Rückgang der irregulären Bewegungen um rund 25 % im Jahr 2023 im Vergleich zu 2022.

Im Juni 2023 legte die Kommission einen **EU-Aktionsplan für die Migrationsrouten im westlichen Mittelmeerraum und im Atlantik** vor. Die EU hat ihre Partnerschaft mit wichtigen Herkunfts- und Transitländern entlang der Route verstärkt. Die von der EU, den Mitgliedstaaten und internationalen Partnern ergriffenen Maßnahmen haben zu einem erheblichen

Rückgang der irregulären Einreisen beigetragen.

Am 19. Dezember 2022 schlug die Kommission vor, die Vorschriften zur **Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel** zu verschärfen. Jedes Jahr werden mehr als 7 000 Menschen in der EU Opfer von Menschenhandel. Die meisten Opfer sind Frauen und Mädchen, aber der Anteil der Männer nimmt zu – insbesondere mit dem Ziel der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft. Die aktualisierten Vorschriften werden es den Strafverfolgungs- und Justizbehörden erleichtern, neue Formen der Ausbeutung zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen, und dazu beitragen, Opfer ausfindig zu machen und zu unterstützen.

Am 14. März 2023 legte die Kommission den ersten mehrjährigen strategischen Politikzyklus für das **integrierte europäische Grenzmanagement** vor, der die nächsten fünf Jahre umfasst – eine gemeinsame Vision für das Management der Außengrenzen. Er bietet einen koordinierten Rahmen für die nationalen Behörden, die die Grenzen managen, sowie für die mehr als 120 000 Beschäftigten der nationalen Grenzbehörden und der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, die beim Schutz der EU-Grenzen zusammenarbeiten.

Die Entwicklung **legaler Wege der Migration** bedeutet weniger irreguläre Migration und kann zur Stärkung der europäischen Wirtschaft beitragen. Wir müssen die qualifizierten Arbeitskräfte anziehen, die unsere Wirtschaft angesichts der alternden Bevölkerung und des dringlichen Fachkräftemangels braucht. Anfang dieses Jahres hat die Kommission eine neue Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für maßnahmenbezogene Finanzhilfen aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds in Höhe von 40 Mio. EUR eingeleitet, um legale Migrationswege und Integration zu fördern. Ferner wird daran gearbeitet, Fachkräftepartnerschaften mit Marokko, Tunesien, Ägypten, Bangladesch und Pakistan einzurichten, unter anderem durch finanzielle Unterstützung aus dem Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI)

– Europa in der Welt. Darüber hinaus hat die Kommission im Oktober 2022 einen EU-Talentpool als Pilotprojekt ins Leben gerufen, um die Integration von Ukrainerinnen und Ukrainern in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Für Herbst ist ein Legislativvorschlag zur Einrichtung eines vollwertigen EU-Talentpools geplant. Das wäre die erste EU-weite Plattform, die die EU für Nicht-EU-Staatsangehörige, die nach Beschäftigungsmöglichkeiten in der EU suchen, attraktiver machen soll. Sie wird Unternehmen in der EU helfen, die benötigten Fachkräfte zu finden und menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.

Im Januar 2023 hat die Kommission die **Plattform für Arbeitsmigration** ins Leben gerufen, um die Migration qualifizierter Arbeitskräfte aus Drittländern in die EU voranzubringen und sie auf den Arbeitskräfte- und Qualifikationsbedarf auszurichten. Diese neue Plattform bringt Migrations- und Beschäftigungsexperten zusammen, um eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Bereichen sowie zwischen den Mitgliedstaaten und der EU zu fördern und somit die wirksame Operationalisierung von Initiativen auf EU-Ebene zu legaler Migration und Beschäftigung zu unterstützen.

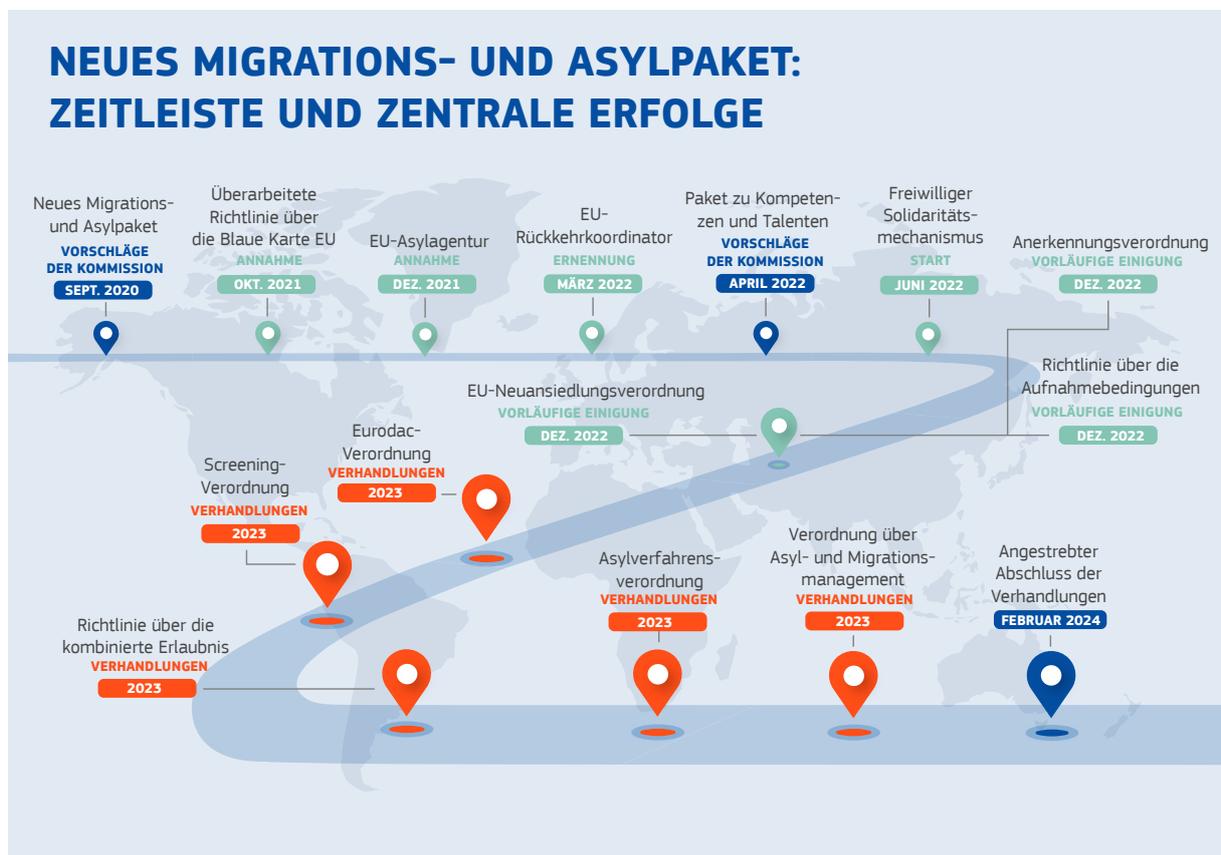
Die angemessene Integration und Inklusion von Nicht-EU-Staatsangehörigen kommt Wachstum, Resilienz und Wohlstand in der EU zugute. Die Kommission bringt die Umsetzung des **Aktionsplans für Integration und Inklusion 2021–2027** voran, der Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarktzugang, Unterbringung und Gesundheitsversorgung vorsieht. Im Dezember 2022 bekräftigte die Kommission die Europäische Integrationspartnerschaft mit den europäischen Wirtschafts- und Sozialpartnern durch eine gemeinsame Erklärung, die eine besondere Unterstützung für Menschen vorsieht, die vor dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine fliehen.

Während mit operativen Maßnahmen die unmittelbaren und anhaltenden Herausforderungen entlang der Migrationsrouten bewältigt werden sollen,

setzen strukturelle Lösungen eine **gemeinsame Migrations- und Asylpolitik der EU** voraus.

Eine Einigung über das Gesamtpaket der Asyl- und Migrationsreformen, über die derzeit verhandelt wird, ist daher von entscheidender Bedeutung. Die Kommission begrüßt die Kompromissvereinbarungen, die im Dezember 2022 in interinstitutionellen Verhandlungen über den Neuansiedlungsrahmen sowie die Vorschläge zu Qualifikationen und Aufnahmebedingungen erreicht wurden, und die erfolgreiche politische Einigung, die der Rat im Juni über zwei zentrale Säulen des neuen

Migrations- und Asylpakets – die Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement und die Asylverfahrensverordnung – erzielt hat, sowie die Arbeit, die das Europäische Parlament bei der Einigung in Bezug auf seine Verhandlungsmandate Anfang dieses Jahres geleistet hat. Die Kommission ist bereit, mit dem Europäischen Parlament und dem Rat zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass die interinstitutionellen Verhandlungen gemäß dem gemeinsamen Fahrplan bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode abgeschlossen werden.





Griechenland ist Wegbereiter bei einem aus NextGenerationEU finanzierten **Integrationsprojekt**, bei dem Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten – darunter auch Menschen mit Behinderungen – in Brand- und Erdbebenschutz geschult werden. Das Projekt bringt Einheimische sowie Migrantinnen und Migranten näher zusammen, um gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen.



Reaktion auf den Aufruf zur humanitären Hilfe

Wenn Menschen, die humanitäre Hilfe benötigen, ein Land bildeten, wäre es mit 360 Millionen Bürgerinnen und Bürgern das drittgrößte Land der Welt. Und dieses notleidende imaginäre Land wächst exponentiell – seit Anfang 2022 um 30 %.

Während die Kommission die Ukraine massiv unterstützt, leistet sie auch weiterhin weltweit humanitäre Hilfe für diejenigen, die sie am dringendsten benötigen. Dem ursprünglichen EU-Haushalt für humanitäre Hilfe für 2023 wurden dem Bedarf entsprechend zusätzliche Mittel in Höhe von 1,7 Mrd. EUR zugewiesen. Für 2023 kündigten die Mitgliedstaaten gemeinsam mit der Kommission vorläufig **humanitäre Hilfe in Höhe von 8,4 Mrd. EUR** zum Zeichen globaler Solidarität und der Führungsrolle der EU in diesem Bereich an. Um die wachsende Kluft zwischen dem humanitären Bedarf und den weltweit verfügbaren Mitteln zu schließen, haben die Mitgliedstaaten im Mai 2023 wegweisende Schlussfolgerungen des Rates angenommen, in denen das freiwillige Ziel festgeschrieben wurde, 10 % der öffentlichen Entwicklungshilfe für humanitäre Maßnahmen bereitzustellen.

Am 6. Februar 2023 wurden Syrien und die Türkei von einem Erdbeben der Stärke 7,8 getroffen, das von mindestens zwei weiteren schweren Erdbeben gefolgt wurde und weitverbreitete Zerstörungen und Tausende von Todesopfern zur Folge hatte.

Die EU hat den Beileids- und Solidaritätsbekundungen Taten folgen lassen und unmittelbar die größte Such- und Rettungsaktion gestartet, die im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens koordiniert wird. Sie war ein Paradebeispiel europäischer Solidarität. 21 europäische Länder haben Einsatz- und Ärzteteams entsandt und aus rescEU-Beständen in großer Zahl Unterkünfte, Heizgeräte, Generatoren, medizinische Ausrüstung, Nahrungsmittel und warme Kleidung gespendet.

Internationale Geberkonferenz

Gemeinsam für die Menschen in der Türkei und Syrien



Im darauf folgenden Monat haben Kommissionspräsidentin von der Leyen und der schwedische EU-Ratsvorsitz gemeinsam eine **internationale Geberkonferenz für die Erdbebenopfer in der Türkei und in Syrien** ausgerichtet.

Insgesamt wurden fast 7 Mrd. EUR zugesagt, davon 911 Mio. EUR als Zuschüsse für Syrien und 6,05 Mrd. EUR als Zuschüsse und Darlehen für die Türkei.

Am 16. und 17. März 2023 haben die EU und Kanada gemeinsam die **Internationale Solidaritätskonferenz für venezolanische Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten sowie ihre Aufnahmeländer und -gemeinschaften** ausgerichtet. Im Mittelpunkt stand die Bedeutung koordinierter Maßnahmen in puncto humanitäre Hilfe, Entwicklung und Stabilisierung.

Am 14. und 15. Juni 2023 richtete die EU die **siebte Brüsseler Konferenz zur Zukunft Syriens und der Region** aus, bei der Hilfszusagen in Höhe von 5,6 Mrd. EUR zusammenkamen. Auf dieser Konferenz wurde bekräftigt, dass die EU und die internationale Gemeinschaft das syrische Volk, die syrischen Flüchtlinge und ihre Aufnahmegemeinschaften in den Nachbarländern weiter unterstützen, jetzt da die Syrienkrise in ihr 13. Jahr geht.

Die EU folgt dem Ruf nach humanitärer Hilfe auch außerhalb unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Angesichts der sich rasch verschlechternden Lage im Osten **der Demokratischen Republik Kongo** hat die EU im März 2023 eine humanitäre Luftbrücke nach Goma eingerichtet. Mit Unterstützung Frankreichs lieferte sie auch medizinische Hilfsgüter und Nahrungsmittel. Um die Bereitstellung lebensrettender Hilfe zu erleichtern, hat die EU seit August 2021 über eine humanitäre Luftbrücke 29 Flüge nach **Afghanistan** durchgeführt. Das letzte Flugzeug landete dort am 24. Mai 2023.

Als im April 2023 im **Sudan** der Krieg ausbrach, hat die EU schnell reagiert und ihre ursprüngliche humanitäre Hilfe von 73 Mio. EUR im Juni 2023 um 60 Mio. EUR aufgestockt und eine internationale Geberkonferenz mitveranstaltet. Darüber hinaus hat die EU eine humanitäre Luftbrücke nach Sudan und in dessen Nachbarland **Tschad** eingerichtet, um lebenswichtige Güter in diese Länder zu bringen. Im November 2022 wurde eine humanitäre Luftbrücke nach **Burkina Faso** eingerichtet. So konnten Hunderttausende vom Hungertod bedrohter Menschen in blockierten Gebieten Nahrungsmittel und lebensnotwendige Güter in Empfang nehmen.

Die EU wird weiterhin mit ihren Partnern weltweit zusammenarbeiten, um Bedürftigen humanitäre Hilfe zu leisten und zur Bewältigung der strukturellen Probleme beizutragen, die Vertreibung, Hunger und Konflikte mit sich bringen.



SEPTEMBER 2022

.....

6.9.

Bosnien und Herzegowina tritt dem EU-Katastrophenschutzverfahren bei.



.....

14.9.

Die Kommission schlägt vor, das Inverkehrbringen von Produkten, die unter Zwangsarbeit hergestellt wurden, auf dem EU-Markt zu untersagen.



.....

15.9.

Die Kommission legt einen Vorschlag für ein neues Cyberresilienzgesetz vor, um Verbraucher und Unternehmen vor Produkten mit unzureichenden Sicherheitsmerkmalen zu schützen.



.....

16.9.

Die Kommission legt einen Vorschlag für ein neues Medienfreiheitsgesetz vor, um die Medienfreiheit in der EU zu stärken.



.....

7.9.

Die Europäische Kommission legt die Europäische Strategie für Pflege und Betreuung vor, um hochwertige, erschwingliche und zugängliche Pflegedienste zu gewährleisten und die Situation sowohl für Pflegebedürftige als auch für die sie betreuenden Personen zu verbessern.

.....

14.9.

Die Kommission unterbreitet den Vorschlag für eine Notfallmaßnahme auf den europäischen Energiemärkten, um den dramatischen Preissteigerungen entgegenzuwirken.

.....

16.9.

Europäisches Medienfreiheitsgesetz: Die Kommission skizziert Vorschriften zum Schutz des Pluralismus und der Unabhängigkeit der Medien in der EU.

.....

20.9.

Im Rahmen der Europäischen Gesundheitsunion schlägt die Kommission ein neues EU-Konzept für die Krebserkennung vor – mehr und bessere Vorsorge.



.....

21.9.

Gemäß den EU-Beihilfavorschriften genehmigt die Kommission ein wichtiges Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse zur Förderung von Forschung und Innovation, der anfänglichen gewerblichen Nutzung und des Aufbaus der benötigten Infrastruktur in der Wasserstoff-Wertschöpfungskette.



.....

21.9.

Die EU kündigt 715 Mio. EUR für den Globalen Fonds an, um Millionen von Menschenleben vor Aids, Tuberkulose und Malaria zu retten.



.....

28.9.

Die Kommission legt ein umfassendes Konzept für einen besseren Schutz von Mensch und Umwelt vor Asbest und für eine asbestfreie Zukunft vor.



.....

28.9.

Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Mindesteinkommensregelungen im Rahmen der laufenden Zusage zur Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung in der EU zu modernisieren.



.....

29.9.

Die Kommission nimmt Leitlinien zur Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts auf Tarifverträge über die Arbeitsbedingungen von Solo-Selbstständigen an.



OKTOBER 2022

.....

4.10.

Die EU verabschiedet ersten Jugendaktionsplan für das auswärtige Handeln der EU, um junge Menschen weltweit verstärkt einzubeziehen.



.....

4.10.

Die EU setzt an sechs Standorten in der EU ihre erste Quantentechnologie ein.



.....

4.10.

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union nehmen die Richtlinie über angemessene Mindestlöhne an, um Tarifverhandlungen zu fördern und den Mindestlohnschutz für Arbeitnehmer in der EU zu verbessern.



.....

6.10.

Aufgrund des willkürlichen Überfalls auf die Ukraine beschließt die EU das achte Sanktionspaket gegen Russland.



.....

10.10.

Ukraine: Die Kommission startet ein EU-Talentpool-Pilotprogramm, um die Fähigkeiten und Fertigkeiten von Ukraine-Flüchtlingen zu ermitteln, sie mit Arbeitgebern in der EU zusammenzubringen und ihnen bei der Arbeitssuche zu helfen.



.....

12.10.

Erweiterungspaket 2022: Die Kommission bewertet Reformen in den Westbalkanländern und der Türkei und empfiehlt EU-Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina.



.....

14.10.

Bei den Jahrestagungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds zahlt die EU 100 Mio. EUR in den Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum ein, um gefährdete Länder in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean zu unterstützen.



.....

17.10.

Luftfahrt: Wegweisendes Luftverkehrsabkommen zwischen der EU und dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN), das 1,1 Milliarden Menschen verbindet.

.....

18.10.

Die Kommission legt zusätzliche Vorschläge zur Senkung der hohen Energiepreise und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit vor.



.....

18.10.

Der Grüne Deal: Die Kommission unterzeichnet ihre erste grüne Partnerschaft mit Marokko als Teil des europäischen Grünen Deals.

.....

19.10.

Die Kommission verabschiedet einen überarbeiteten Rahmen zu staatlichen Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation.



.....

24.10.

Gesundheitsunion: Der Rat beschließt die letzten Grundlagen der Europäischen Gesundheitsunion.



.....

25.10.

Die Internationale Expertenkonferenz der Kommission und des G7-Vorsitzes bekräftigt ihr festes Bekenntnis zur Unterstützung des Wiederaufbaus in der Ukraine.

.....

26.10.

Europäischer Grüner Deal: Die Kommission schlägt Vorschriften für saubere Luft und sauberes Wasser vor.



.....

28.10.

Emissionsfreie Fahrzeuge: Mit dem ersten „Fit für 55“-Abkommen wird der Verkauf von Neufahrzeugen, die CO₂ ausstoßen, in der EU ab 2035 eingestellt.

NOVEMBER 2022

.....
1.11.

Im Rahmen des REPowerEU-Plans haben die EU-Mitgliedstaaten ihre Gasspeicher vor dem Winter zu 95 % gefüllt und damit das Ziel von 80 % übertroffen.



.....
1.11.

Gesetz über digitale Märkte: Vorschriften für digitale Gatekeeper zur Gewährleistung offener Märkte treten in Kraft.

.....
3.11.

Die Kommission investiert 3 Mrd. EUR in innovative Projekte für saubere Technologien zur Umsetzung des REPowerEU-Plans und zur rascheren Beendigung der Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen aus Russland.



.....
3.11.

Gipfeltreffen zum Berliner Prozess: Die EU kündigt ein 1 Mrd. EUR schweres Energiehilfepaket für den Westbalkan an.

.....
7.11.

Auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2022 (COP 27) schließt die EU eine strategische Partnerschaft mit Kasachstan für Rohstoffe, Batterien und erneuerbaren Wasserstoff.



.....
7.11.

Die Kommission fördert Transparenz im Bereich der kurzfristigen Vermietung von Unterkünften zum Nutzen aller Akteure.

.....

8.11.

Bei der COP 27 schließt die EU eine strategische Partnerschaft mit Namibia zu nachhaltigen Rohstoffen und erneuerbarem Wasserstoff. Sie startet auch Waldpartnerschaften mit fünf Partnerländern.



.....

8.11.

Die EU erzielt eine Einigung über nationale Emissionsreduktionen in den Bereichen Verkehr, Gebäude, Abfallwirtschaft und Landwirtschaft.



.....

9.11.

REPowerEU: Die Kommission beschleunigt den Übergang zu einer grünen Wirtschaft und die Loslösung von russischem Gas dadurch, dass sie erneuerbare Energien zügiger genehmigt.



.....

9.11.

Die Kommission schlägt für 2023 ein stabiles und berechenbares Ukraine-Hilfspaket von rund 18 Mrd. EUR vor.



.....

10.11.

Die Kommission schlägt neue Euro-7-Normen für weniger Schadstoffemissionen von Fahrzeugen und bessere Luftqualität vor.



.....

10.11.

Cyberabwehr: Die Kommission legt eine EU-Cyberabwehr-Strategie und einen Aktionsplan zur militärischen Mobilität 2.0 vor, damit die EU ihre Bürger/innen und ihre Infrastruktur besser schützen kann.



.....

11.11.

Im Rahmen des europäischen Grünen Deals beschließt die EU, in Form von Landnutzung, Forstwirtschaft und Landwirtschaft für eine größere Entnahme von CO₂ sorgen zu wollen.



.....
16.11.

Die EU und Ägypten einigen sich auf eine engere Zusammenarbeit bei der Energiewende.

.....
16.11.

Das Gesetz über digitale Dienste, ein neues Paket von EU-Vorschriften für ein sichereres und verantwortungsvolleres Online-Umfeld, tritt in Kraft.

.....
18.11.

Albanien beteiligt sich am Katastrophenschutzverfahren der Union.



.....
15.11.

Die EU und internationale Partner rufen mit Indonesien eine wegweisende Partnerschaft für eine gerechte Energiewende ins Leben.

.....
16.11.

Auf der COP 27 kündigt Team Europa im Rahmen der Global-Gateway-Strategie ein 1 Mrd. EUR schweres Paket für die Anpassung an den Klimawandel und mehr Klimaresilienz in Afrika an.

.....
18.11.

Global Gateway: Team Europa lanciert zwei Initiativen für Energie und digitale Konnektivität in Zentralasien.

.....
18.11.

Die Kommission nimmt den Vorschlag für ein interoperables Europa-Gesetz zur Stärkung der grenzüberschreitenden Interoperabilität und Zusammenarbeit im öffentlichen Sektor in der gesamten EU an.

.....

21.11.

Auf der COP 27 plädiert die EU dafür, das Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, in Reichweite zu halten, und hilft beim Zustandekommen einer ausgewogenen neuen Finanzierungsregelung.



.....

22.11.

Die Kommission schlägt ein neues EU-Instrument zur Begrenzung übermäßiger Preisspitzen bei Gas vor.



.....

28.11.

Die Kommission legt überarbeitete Vorschriften vor, damit gewerbliche Muster und Modelle EU-weit billiger, schneller und vorhersehbarer geschützt werden können.



.....

30.11.

Globale Gesundheit: Die Kommission nimmt eine neue EU-Strategie für globale Gesundheit an, um die globale Gesundheitssicherheit zu stärken und in der sich wandelnden Welt eine bessere Gesundheit für alle zu erreichen.



.....

22.11.

Wirtschaftspolitische Koordinierung: Die Kommission legt Leitlinien zur Bewältigung der Energiekrise und zur Förderung des ökologischen und digitalen Wandels in Europa vor.



.....

28.11.

Die EU und Südkorea gründen eine neue digitale Partnerschaft.



.....

30.11.

Europäischer Grüner Deal: Die Kommission schlägt neue EU-weite Vorschriften für weniger Verpackung und Verpackungsmüll sowie Vorschriften für die Zertifizierung der Entnahme von CO₂ vor, um zu Netto-Null-Emissionen zu gelangen.



DEZEMBER 2022

.....

2.12.

Die EU und Japan unterzeichnen eine Kooperationsvereinbarung zur Förderung von Innovationen und zur Entwicklung eines internationalen Wasserstoffmarktes.



.....

2.12.

Ukraine: Die Kommission regt an, den Verstoß gegen die EU-Sanktionen im Zusammenhang mit dem russischen Überfall auf die Ukraine unter Strafe zu stellen.



.....

3.12.

Die G7 vereinbart eine Preisobergrenze für Erdöl, um die russischen Einnahmen zu reduzieren und gleichzeitig die globalen Energiemärkte zu stabilisieren.



.....

6.12.

Europäischer Grüner Deal: Die EU beschließt ein Gesetz zur Bekämpfung der weltweiten Entwaldung und Waldschädigung infolge von Produktion und Verbrauch in der EU.



.....

6.12.

Der EU-Westbalkan-Gipfel im albanischen Tirana bekräftigt, dass sich die Region auf die EU-Mitgliedschaft und ihre strategische Partnerschaft mit der EU konzentriert.



7.12.

Gleichstellungspaket: Die Kommission schlägt neue Vorschriften für die Anerkennung der Elternschaft zwischen den Mitgliedstaaten vor.



.....

8.12.

Die Kommission schlägt eine Reihe von Maßnahmen zur Modernisierung des EU-Mehrwertsteuersystems vor, damit es besser für Unternehmen funktioniert und per Einbeziehung und Förderung der Digitalisierung weniger anfällig gegen Betrug wird.



.....

9.12.

Europäischer Grüner Deal: Die EU beschließt ein neues Gesetz über nachhaltigere und kreislauforientierte Batterien zur Unterstützung der Energiewende und einer wettbewerbsfähigen Industrie.



.....

6.12.

Europäischer Grüner Deal: Das Parlament und der Rat einigen sich auf neue Vorschriften für die Anwendung des EU-Emissionshandelssystems im Luftverkehr.

.....

7.12.

Die Kommission schlägt vor, die Gleichstellungsstellen – insbesondere ihre Unabhängigkeit, ihre Mittel und ihre Befugnisse – auszubauen, damit sie Diskriminierungen in der EU wirksamer bekämpfen können.

.....

9.12.

Die Kommission und ihre Partner gründen eine neue Industriallianz für mehr Solarenergie und Energieversorgungssicherheit in der EU.



.....
9.12.

Die EU und Chile schließen die Verhandlungen über das erweiterte Rahmenabkommen ab.



.....
9.12.

Europäische Gesundheitsunion: Im Anschluss an den Vorschlag der Kommission zum Ausbau der Krebsprävention durch Früherkennung verabschiedet der Rat ein neues Konzept für die Krebsvorsorge.

.....
11.12.

Die erste Sitzung des Global-Gateway-Gremiums findet statt.



.....
12.12.

Die EU und ihre afrikanischen Partner starten zwei Team-Europa-Initiativen im Bereich Migration, die sich auf die Migrationsrouten im Atlantik und im zentralen Mittelmeer konzentrieren.

.....
13.12.

Sicherheitsunion: Die Kommission schlägt neue Vorschriften über vorab übermittelte Fluggastdaten vor, um das Außengrenzmanagement zu erleichtern und die innere Sicherheit zu erhöhen.



.....
13.12.

Europäischer Grüner Deal: Das Parlament und der Rat erzielen eine Einigung zum CO₂-Grenzausgleichssystem.

.....

14.12.

EU-ASEAN-Gipfel: Die EU und ihre Mitgliedstaaten stellen 10 Mrd. EUR im Rahmen von Global Gateway in Aussicht, um Infrastrukturinvestitionen in den ASEAN-Ländern zu beschleunigen.



.....

14.12.

Die Kommission erlässt neue Vorschriften für staatliche Beihilfen im Agrar-, Forst-, Fischerei- und Aquakultursektor.

.....

15.12.

Das Parlament und der Rat erzielen eine politische Einigung über neue Vorschriften für Maßnahmen, die mehr Transparenz und eine wirksame Durchsetzung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Frauen und Männer ermöglichen.



.....

16.12.

Im Nachgang zur Konferenz über die Zukunft Europas richtet die Kommission das erste europäische Bürgerforum für weniger Lebensmittelverschwendung aus.



.....

16.12.

Ukraine: Die EU beschließt das neunte Sanktionspaket gegen Russland aufgrund des russischen Einmarsches in die Ukraine.



.....

16.12.

Die EU und die Ukraine unterzeichnen ein 100 Mio. EUR schweres Hilfspaket zur Instandsetzung kriegsgeschädigter Schulen.

.....

18.12.

Europäischer Grüner Deal: Das Parlament und der Rat erzielen eine Einigung über die Stärkung des Emissionshandelssystems und die Einrichtung eines Klima-Sozialfonds zur Unterstützung der Menschen beim Übergang zu saubererer Energie.



.....

19.12.

Die Kommission schlägt strengere Vorschriften zur Bekämpfung des zunehmenden Menschenhandels vor.



.....

31.12.

Das SURE-Instrument, mit dem die coronagebeutelten Arbeitsplätze und Einkommen geschützt werden sollen, läuft aus. SURE hat eine zentrale Rolle bei der Abfederung der Auswirkungen der Pandemie und der Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung gespielt. 2021 wurden 9 Millionen Menschen und über 900 000 Unternehmen in 15 Mitgliedstaaten von SURE erfasst, während 2022 mit 350 000 Menschen und 40 000 Unternehmen in vier Mitgliedstaaten ein deutliches Auslaufen zu beobachten war.



.....

19.12.

Bei der UN-Artenschutzkonferenz (COP 15) tritt die EU mit 195 Ländern dem historischen globalen Biodiversitätsrahmen Kunming-Montreal bei, der globale Ziele und Vorgaben zum Schutz und zur Wiederherstellung der Natur für heutige und künftige Generationen enthält.

.....

21.12.

Der Modernisierungsfonds investiert 4,11 Mrd. EUR in Projekte zur Energiewende in acht Mitgliedstaaten, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland zu verringern und den Ausbau erneuerbarer Energien zu beschleunigen.

JANUAR 2023

.....

1.1.

Kroatien tritt dem Euro- und dem Schengen-Raum bei.



.....

1.1.

2023 feiert die EU 30 Jahre Binnenmarkt – eine der wichtigsten Errungenschaften der europäischen Integration.

.....

10.1.

Die EU und die NATO unterzeichnen eine neue Erklärung zur Zusammenarbeit. Sie wollen hybride Bedrohungen, Cyberbedrohungen und Terrorismus konsequenter bekämpfen, die Zusammenarbeit bei neu entstehenden und disruptiven Technologien und Weltraumtechnologien intensivieren, die drohenden Auswirkungen der Klimakrise auf die Sicherheit angehen und die Anfälligkeit kritischer Infrastrukturen verringern.



.....

12.1.

Die Verordnung über drittstaatliche Subventionen tritt in Kraft. Mit diesem neuen Regelwerk kann die EU für Handel und Investitionen offen bleiben und gleichzeitig gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle im Binnenmarkt tätigen Unternehmen gewährleisten.

.....

17.1.

Die Kommission startet den Talent-Booster-Mechanismus zur Unterstützung von EU-Regionen, die von dem beschleunigten Rückgang ihrer Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter betroffen sind.



.....
23.1.

Europäische Gesundheitsunion: Die Kommission startet die europäische Initiative für bildgebende Verfahren in der Krebsmedizin, die Gesundheitsdienstleister, Forschungseinrichtungen und Innovatoren dabei unterstützen soll, innovative datengestützte Lösungen für die Krebsbehandlung und -versorgung bestmöglich zu nutzen.



.....
17.1.

Die Kommission richtet ihre erste strategische rescEU-Reserve für chemische, biologische, radiologische und nukleare Stoffe ein, die in Finnland angesiedelt ist.

.....
24.1.

Die Kommission stellt einen „New Deal für Bestäuber“ vor, um dem alarmierenden Rückgang wild lebender Bestäuber-Insekten in Europa entgegenzuwirken.



.....
25.1.

Die Kommission präsentiert eine Initiative zur weiteren Stärkung und Förderung des sozialen Dialogs mit eigenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU.



.....
26.1.

Die Kommission startet die regionale Lehrerinitiative von Team Europa für Subsahara-Afrika in Pretoria, Südafrika, im Rahmen von Global Gateway und mit einem EU-Beitrag von 100 Mio. EUR.

FEBRUAR 2023

.....

1.2.

Die EU und Singapur starten eine Digitalpartnerschaft.



.....

1.2.

Die Kommission stellt einen grünen Industrieplan vor, der die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen CO₂-neutralen Industrie erhöhen und den raschen Übergang zur Klima-Neutralität unterstützen soll.

.....

3.2.

Der EU-Ukraine-Gipfel findet in Kiew statt.

.....

2.2.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und 15 Kommissionsmitglieder reisen zum ersten Treffen zwischen dem Kollegium und der Regierung nach Kiew, um die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine in einer Reihe von Bereichen zu vertiefen.



.....

6.2.

Die EU und Indien richten einen Handels- und Technologierat ein, um Fragen im Zusammenhang mit Handel, vertrauenswürdiger Technologie und Sicherheit anzugehen.

.....

4.2.

Ukraine: Die EU und die G7-Partner vereinbaren eine Preisobergrenze für russische Erdölzeugnisse.



.....

6.2.

Unmittelbar nach dem verheerenden Erdbeben in der Türkei und in Syrien startet die Kommission ihre größte Such- und Rettungsoperation im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens, um Menschenleben in der Türkei zu retten und gleichzeitig humanitäre Hilfe für die syrische Bevölkerung im ganzen Land bereitzustellen.

.....

8.2.

Die Kommission verabschiedet EU-Ziele für Katastrophentauglichkeit mit Empfehlungen an die Mitgliedstaaten, damit sie gegen künftige Katastrophen in ganz Europa besser gewappnet sind.



•••••

10.2.

Im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens entsendet die EU gut 250 Einsatzkräfte aus Spanien, Frankreich und Portugal nach Chile, um die Helfer vor Ort bei der Bekämpfung der extremen Waldbrände zu unterstützen.



•••••

14.2.

Die Kommission schlägt ein Nullemissionsziel für neue Stadtbusse bis 2030 sowie eine Verringerung der Emissionen für neue Lkw um 90 % bis 2040 vor.



•••••

25.2.

Die EU beschließt das zehnte Sanktionspaket gegen Russland.



•••••

28.2.

Global Gateway: Die Kommission unterzeichnet mit der Europäischen Investitionsbank Vereinbarungen im Umfang von 4 Mrd. EUR – bestehend aus einer Garantievereinbarung, die bis zu 3,5 Mrd. EUR an Darlehen mobilisieren soll, und einem Beitrag aus dem Treuhandfonds in Höhe von 500 Mio. EUR – zur Unterstützung von Unternehmen in den Ländern Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans bis 2027.



•••••

13.2.

Die Kommission legt Vorschriften für erneuerbaren Wasserstoff fest.



•••••

23.2.

Die Kommission stellt eine Reihe von Maßnahmen vor, mit denen sie bis 2030 für alle Bürger/innen und Unternehmen EU-weit Gigabit-Konnektivität verfügbar machen will.

•••••

27.2.

Die Kommission und die Regierung des Vereinigten Königreichs erzielen eine grundsätzliche politische Einigung über den Windsor-Rahmen, ein umfassendes Paket von Lösungen zur Bewältigung der praktischen Herausforderungen, mit denen Bürger und Unternehmen in Nordirland konfrontiert sind.

MÄRZ 2023

.....

1.3.

Sicherheit im Straßenverkehr: Die Kommission schlägt moderne Anforderungen an Führerscheine und eine bessere grenzüberschreitende Durchsetzung der Straßenverkehrsvorschriften vor.



.....

9.3.

Die Kommission beschließt einen neuen befristeten Krisen- und Übergangsrahmen für staatliche Beihilfen, um Unterstützungsmaßnahmen in Sektoren zu fördern, die für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft von zentraler Bedeutung sind. Sie befürwortet ferner eine Änderung der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung für staatliche Beihilfen, um die Unterstützung des ökologischen und digitalen Wandels in der EU weiter zu erleichtern, zu vereinfachen und zu beschleunigen.



.....

10.3.

Die EU aktualisiert ihre Strategie für maritime Sicherheit, um die friedliche Nutzung der Meere zu gewährleisten und den maritimen Bereich vor neuen Bedrohungen zu schützen.



.....

7.3.

Sicherheitsunion: Inbetriebnahme des erweiterten Schengener Informationssystems.

.....

10.3.

Die Kommission präsentiert die EU-Weltraumstrategie für Sicherheit und Verteidigung, die eine stärkere und krisenfestere EU gewährleisten soll.

.....

10.3.

Europäischer Grüner Deal: Die EU einigt sich auf strengere Regeln zur Steigerung der Energieeffizienz.

.....

14.3.

Die Digitale Allianz EU-Lateinamerika und Karibik, eine gemeinsame Initiative zur Förderung eines auf den Menschen ausgerichteten Ansatzes für den digitalen Wandel, wird in Bogotá (Kolumbien) ins Leben gerufen.



.....

14.3.

Die Kommission schlägt eine Reform der Gestaltung des EU-Strommarkts vor, die erneuerbare Energien fördern, die Verbraucher besser schützen und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erhöhen soll.

.....

16.3.

Die Kommission schlägt ein Netto-Null-Industrie-Gesetz vor, um die Herstellung sauberer Technologien in der Europäischen Union zu steigern und dafür zu sorgen, dass die EU gut für die Umstellung auf saubere Energie gerüstet ist.



.....

16.3.

Die Kommission schlägt ein umfassendes Maßnahmenpaket vor, mit dem eine sichere, diversifizierte, bezahlbare und nachhaltige Versorgung mit kritischen Rohstoffen für die EU gewährleistet werden soll.

.....

16.3.

Zum 30-jährigen Bestehen des Binnenmarkts legt die Kommission dar, wie sie die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU über 2030 hinaus gewährleisten wird.



.....

16.3.

Im Rahmen der Initiative „Neues Europäisches Bauhaus“ startet die Kommission ein Programm zum Kapazitätsausbau für den Wiederaufbau der Ukraine.

17.3.

Auf der Internationalen Solidaritätskonferenz 2023 zur venezolanischen Krise stellt die Kommission 75 Mio. EUR an humanitärer Hilfe für das Land bereit.



20.3.

Auf der Brüsseler Geberkonferenz für die Opfer der verheerenden Erdbeben im Februar 2023 mobilisieren die EU und internationale Geber 7 Mrd. EUR für die Menschen in der Türkei und in Syrien.



22.3.

Die Kommission führt neue Verbraucherrechte ein, die die Reparatur von Waren einfacher und attraktiver machen. Ferner werden einheitliche Kriterien zur Bekämpfung von grünem Etikettenschwindel und irreführenden Umweltschutz-Behauptungen vorgeschlagen.



23.3.

Europäischer Grüner Deal: Das Parlament und der Rat einigen sich auf eine Verringerung der Emissionen im Seeverkehr durch die Förderung nachhaltiger Kraftstoffe für die Schifffahrt.



28.3.

Europäischer Grüner Deal: Die EU vereinbart ein ehrgeiziges neues Gesetz zum Aufbau einer ausreichenden Infrastruktur für alternative Kraftstoffe.



29.3.

Die Kommission schlägt zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der EU mehr Transparenz und weniger Bürokratie für Unternehmen vor.



.....
30.3.

Europäischer Grüner Deal: Die EU vereinbart strengere Rechtsvorschriften zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien.



.....
30.3.

Präsidentin von der Leyen hält ihre Rede zu den Beziehungen zwischen der EU und China.

.....
31.3.

NextGenerationEU: Die Auszahlungen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität knacken die 150-Milliarden-Euro-Marke.



....
31.3.

REPowerEU: Die EU erfüllt ihr freiwilliges Ziel, den Gasverbrauch um 15 % gegenüber den vergangenen fünf Wintern zu senken, und verfügt nach dem Winter noch über 60 % ihrer Gasspeicherkapazitäten.

APRIL 2023

.....
3.4.

Die Kommission feiert das 30-jährige Bestehen des Kohäsionsfonds. Seit seiner Einrichtung hat der Kohäsionsfonds fast 179 Mrd. EUR in den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt der EU investiert.



.....
4.4.

Die EU legt eigene rescEU-Bestände für Notunterkünfte an, die bei Krisen oder Katastrophen verwendet werden können. Sie gehen über die Bestände hinaus, die von Kroatien, Polen, Slowenien, Spanien, Schweden und der Türkei angelegt werden sollen.

.....
5.4.

Im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit schlägt die Kommission Vorschriften für die Übertragung von Strafverfahren zwischen Mitgliedstaaten vor.

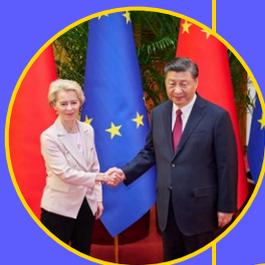


.....
5.4.

Die Kommission reagiert auf die 7. Europäische Bürgerinitiative, die mit 1 Million Unterschriften unterstützt wurde: „Bienen und Bauern retten! Eine bienenfreundliche Landwirtschaft für eine gesunde Umwelt!“

.....
6.4.

Präsidentin von der Leyen besucht China.



.....
17.4.

Die Kommission richtet das Europäische Zentrum für algorithmische Transparenz ein, das bei der Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste helfen soll.



.....
18.4.

Politische Einigung über das europäische Chip-Gesetz, das die EU in diesem strategischen Sektor wettbewerbsfähiger und weniger krisenanfällig machen soll.



.....
18.4.

Die Kommission nimmt einen Vorschlag für das EU-Cyber-solidaritätsgesetz an, das für größere Cybersicherheitskapazitäten in der EU sorgen soll, und präsentiert die künftige Akademie für Cybersicherheitskompetenzen.



.....
18.4.

Bankenunion: Die Kommission schlägt eine Reform des Rahmens für das Krisenmanagement im Bankensektor und für die Einlagensicherung vor.

.....

20.4.

Die Ukraine tritt dem EU-Katastrophenschutzverfahren bei.



.....

23.4.

Das Bürgerforum zu virtuellen Welten formuliert 23 Empfehlungen für faire und auf den Menschen ausgerichtete virtuelle Welten in der EU.



.....

24.4.

Europäischer Grüner Deal: Die EU und Norwegen gehen ein Grünes Bündnis zur Vertiefung der Zusammenarbeit in den Bereichen Klima, Umwelt, Energie und saubere Industrie ein.



.....

25.4.

EU-Energieplattform: Die Kommission veröffentlicht die erste Aufforderung an Unternehmen zur gemeinsamen Gasbeschaffung.



.....

25.4.

Gesetz über digitale Dienste: Die Kommission benennt die erste Gruppe sehr großer Online-Plattformen und Suchmaschinen im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste.



.....

26.4.

Die Kommission legt Legislativvorschläge vor, um die umfassendste Reform der EU-Vorschriften zur wirtschaftspolitischen Steuerung seit der Wirtschafts- und Finanzkrise umzusetzen.



.....

26.4.

Europäische Gesundheitsunion: Die Kommission schlägt eine Reform des Arzneimittelrechts vor, um Arzneimittel zugänglicher, erschwinglicher und innovativer zu machen.

.....

26.4.

Europäischer Grüner Deal: Das Parlament und der Rat erzielen eine Einigung über ein neues Gesetz zur Verringerung der Luftverkehrsemissionen durch die Förderung nachhaltiger Flugkraftstoffe.



.....

27.4.

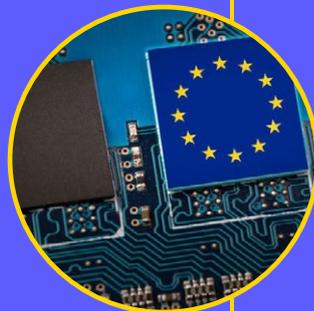
Global Gateway: Die Kommission und die Europäische Investitionsbank geben bekannt, Investitionen in Klimaschutz und nachhaltige Wirtschaft mit 18 Mrd. EUR ankurbeln zu wollen.



.....

27.4.

Die Kommission schlägt neue Vorschriften vor, damit Unternehmen ihre Erfindungen optimal verwerten, neue Technologien nutzen und die EU wettbewerbsfähiger und technologisch souveräner machen können.



MAI 2023

..... 3.5.

Die Kommission nimmt einen Vorschlag für ein Gesetz zur Unterstützung der Munitionsherstellung an. Konkret geht es um 500 Mio. EUR für den dringenden Ausbau der Kapazitäten der EU-Verteidigungsindustrie zur Unterstützung der Ukraine.



..... 3.5.

Die Kommission schlägt strengere Vorschriften zur Korruptionsbekämpfung in der EU und weltweit vor.

..... 4.5.

Die Kommission empfiehlt Maßnahmen zur Bekämpfung von Online-Piraterie bei Sport- und anderen Live-Veranstaltungen.



..... 9.5.

Das Europäische Jahr der Kompetenzen startet mit einem Kompetenzfestival.

..... 10.5.

Angesichts des steigenden Bedarfs an humanitärer Hilfe aufgrund des Konflikts in Sudan richtet die EU eine humanitäre Luftbrücke ein, über die wichtige Hilfsgüter zu ihren humanitären Partnern in Port Sudan gelangen.



..... 16.5.

Die EU und Indien halten die erste Ministertagung des Handels- und Technologierates in Brüssel ab. Im Mittelpunkt des Treffens steht ein stärkeres strategisches Engagement in den Bereichen Handel und Technologie.

.....

17.5.

Die EU-USA-Gesundheits-Taskforce nimmt ihre Arbeit auf.



.....

17.5.

Die Kommission legt Vorschläge für die ehrgeizigste und umfassendste Reform der EU-Zollunion seit deren Gründung im Jahr 1968 vor.



.....

18.5.

Die Kommission stellt den ersten „Ausblick für die europäische Medienindustrie“ vor, der Nachfrage- und Angebotstrends bei audiovisuellen Medien, Videospielen und Nachrichtenmedien untersucht.



.....

21.5.

Als Reaktion auf das Ersuchen Italiens um Hilfe bei den verheerenden Überschwemmungen im Norden des Landes mobilisiert die Kommission unverzüglich die von Belgien, Frankreich, Slowenien und der Slowakei im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens bereitgestellte Soforthilfe.



.....

19.-21.5.

Präsidentin von der Leyen nimmt am G7-Gipfel in Hiroshima (Japan) teil.



.....

22.5.

Beim Gipfeltreffen EU-Südkorea in Seoul wird eine grüne Partnerschaft zur Vertiefung der Zusammenarbeit in den Bereichen Klimaschutz, saubere Energie und Umweltschutz angekündigt.



.....

22.5.

Angesichts des weltweit beispiellosen Bedarfs an humanitärer Hilfe nimmt der Rat das freiwillige Ziel an, 10 % der öffentlichen Entwicklungshilfe für humanitäre Maßnahmen aufzuwenden.



.....

24.5.

Kapitalmarktunion: Die Kommission schlägt neue Vorschriften vor, mit denen Kleinanleger in der EU geschützt und gestärkt werden.

.....

30.5.

Im Verbund mit den Mitgliedstaaten verdoppelt die Kommission die rescEU-Luftflotte zur Brandbekämpfung in Europa.



.....

30.5.

Das Notfallabwehr- und Koordinierungszentrum, Rückgrat der Notfallabwehrkapazitäten der EU und Motor des EU-Katastrophenschutzverfahrens, feiert sein zehnjähriges Bestehen.

.....

31.5.

Die vierte Ministertagung des Handels- und Technologierates EU-USA findet im schwedischen Luleå statt. Die EU und die Vereinigten Staaten einigen sich darauf, die Ergebnisse von Inspektionen der guten Herstellungspraxis für Tierarzneimittel gegenseitig anzuerkennen.



JUNI 2023

.....

1.6.

Die Kommission verabschiedet überarbeitete Vorschriften mit klareren und aktuellen Leitlinien, damit Unternehmen besser beurteilen können, ob ihre Vereinbarungen über horizontale Zusammenarbeit mit den EU-Wettbewerbsvorschriften vereinbar sind.



.....

1.6.

Präsidentin von der Leyen kündigt neues Unterstützungspaket für Moldau an.

.....

7.6.

Die EU legt eine neue Agenda zum Ausbau ihrer Partnerschaft mit Lateinamerika und der Karibik fest.



.....

7.6.

Europäische Gesundheitsunion: Die Kommission legt einen Vorschlag für ein ganzheitlichen Konzept in puncto psychische Gesundheit vor.

.....

8.6.

Ethikgremium der EU: Die Kommission schlägt Einführung gemeinsamer Ethikstandards für alle EU-Institutionen vor.



.....

8.6.

Die Kommission genehmigt nach den EU-Beihilfevorschriften ein wichtiges Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse zur Förderung von Forschung, Innovation und der ersten gewerblichen Nutzung von Mikroelektronik und Kommunikationstechnologien.

.....

8.6.

Die EU entsendet knapp 300 Feuerwehrleute aus Spanien, Frankreich und Portugal zur Bekämpfung extremer Waldbrände in Kanada.



.....

12.-16.6.

Präsidentin von der Leyen reist nach Brasilien, Argentinien, Chile und Mexiko und kündigt Global-Gateway-Investitionen der EU in Höhe von 10 Mrd. EUR in Lateinamerika und der Karibik an.



.....

14.6.

Die EU bringt die Verhandlungen mit den USA über das Abkommen über kritische Mineralien voran.



.....

19.6.

Die EU und Kenia bringen Verhandlungen über ein ehrgeiziges Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit strengen Bestimmungen zur Nachhaltigkeit zum Abschluss.



.....

20.6.

Die Kommission und der Hohe Vertreter legen eine europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit vor. Im Kern geht es darum, die Vorteile der wirtschaftlichen Offenheit und Dynamik in der EU zu maximieren und gleichzeitig die Risiken wechselseitiger Abhängigkeiten zu minimieren.



.....

13.6.

Sozialwirtschaft: Die Kommission schlägt Maßnahmen zur vollen Ausschöpfung des Potenzials in puncto Beschäftigung, Innovation und soziale Inklusion vor.

.....

15.6.

Auf der 7. Brüsseler Konferenz zur „Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region“ sagt die internationale Gemeinschaft für 2023 und darüber hinaus 5,6 Mrd. EUR zu.

.....

20.6.

EU-Haushalt: Die Kommission schlägt Aufstockung des langfristigen EU-Haushalts vor, um die dringendsten Herausforderungen bewältigen zu können. Sie legt auch ein angepasstes Paket für die nächste Generation von Eigenmitteln vor.

.....

20.6.

Ukraine: Die Kommission schlägt die Einrichtung einer speziellen Fazilität zur Unterstützung der Erholung, des Wiederaufbaus und der Modernisierung der Ukraine vor.

.....

23.6.

Die EU beschließt das elfte Sanktionspaket gegen Russland wegen seines anhaltenden völkerrechtswidrigen Kriegs gegen die Ukraine.

**28.6.**

Die EU schlägt ein neues ganzheitliches Konzept zur Bewältigung der Bedrohungen von Frieden, Sicherheit und Verteidigung durch Klimawandel und Umweltzerstörung vor.



.....

28.6.

Die Kommission legt zwei Vorschläge vor, um sicherzustellen, dass Bürger/innen und Unternehmen im gesamten Euro-Währungsgebiet weiterhin Zugang zu Euro-Banknoten und -Münzen haben und damit bezahlen können, und um einen Rahmen für eine mögliche neue digitale Form des Euro zu schaffen, die die Europäische Zentralbank in Zukunft als Ergänzung zu Bargeld ausgeben könnte.

JULI 2023

.....

5.7.

Die Kommission beschließt ein Maßnahmenpaket für die nachhaltige Nutzung der wichtigsten natürlichen Ressourcen, das auch die Lebensmittelsysteme und die Landwirtschaft in der EU weniger krisenanfällig machen soll.



.....

3.7.

Ukraine: Das Internationale Zentrum für die Verfolgung des Verbrechens der Aggression Russlands gegen die Ukraine (ICPA) nimmt seine Arbeit auf.

.....

5.7.

Die Kommission veröffentlicht den vierten Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit, in dem sie die letztjährigen Empfehlungen bewertet und spezifische Empfehlungen an die Mitgliedstaaten richtet.

.....

9.7.

Die EU und Neuseeland unterzeichnen ein ehrgeiziges Freihandelsabkommen.



.....

11.7.

Die Kommission stellt die EU-Initiative für das Web 4.0 und virtuelle Welten vor.



.....

11.7.

Die Kommission schlägt Maßnahmen vor, um den Güterverkehr effizienter und nachhaltiger zu gestalten, indem das Eisenbahninfrastrukturmanagement verbessert und bessere Informationen über Treibhausgasemissionen im Güterverkehr bereitgestellt werden.



.....

12.7.

Die Kommission regt an, die Rechte der Opfer von Straftaten EU-weit zu stärken und ihnen so zu Unterstützung, Informationen, Gerechtigkeit und Entschädigung zu verhelfen.



.....

13.7.

Der 29. EU-Japan-Gipfel findet in Brüssel statt.



.....

16.7.

Tunesien: Es wird politische Einigung über ein umfassendes Partnerschaftspaket erzielt.



.....

17./18.7.

Beim dritten EU-CELAC-Gipfel kommen die Führungsspitzen der EU und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) in Brüssel zusammen. Die Kommission präsentiert die Global-Gateway-Investitionsagenda EU-LAK.



.....

19.7.

Beim hochrangigen politischen Forum der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung legt die EU ihre erste freiwillige Überprüfung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung vor.



.....

31.7.

Global Gateway: Präsidentin von der Leyen startet Team-Europa-Initiative zur grünen Wirtschaft auf den Philippinen.



AUGUST 2023

.....

9.8.

Nach den verheerenden Überschwemmungen in Slowenien leistet die EU Soforthilfe und mobilisiert mittel- und langfristige Unterstützung.



.....

18.8.

Die EU erreicht das Gasspeicherziel von 90 % über zwei Monate vor Ablauf der Frist vom 1. November.



Amt für Veröffentlichungen
der Europäischen Union

Print	ISBN 978-92-68-05617-2	doi:10.2775/731703	NA-09-23-325-DE-C
PDF	ISBN 978-92-68-05620-2	doi:10.2775/634600	NA-09-23-325-DE-N